Die da unten

Ausgabe Nr. 40, 05. Juli 2016

Arbeiter_innen gegen Arbeiter_innen, Marginalisierte gegen Marginalisierte, Prekäre gegen Prekäre: Verteilungskämpfe fechten die aus, die sowieso schon kaum etwas haben. Auch die Schuldfrage klären die Ausgebeuteten und Unterdrückten häufig unter sich. Warum treten Menschen so schnell (noch weiter) nach unten, anstatt ihre Wut gegen diejenigen auf der anderen Seite des Klassenverhältnisses zu richten?

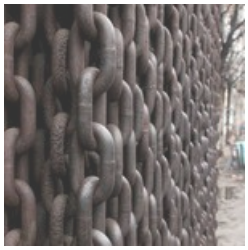
Es hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein Wissen durchgesetzt, das Armut und Arbeitslosigkeit mit falschem Verhalten der Menschen begründet. Alle wissen, dass Erwerbslose sich nicht genügend angestrengt haben. Alle wissen von der Unterklasse. Wir haben dieses Wissen von Kolleg_innen, Fallmanager_innen, Politiker_innen, Intellektuellen und Journalist_innen. Ein honoriger Philosoph zerbricht sich den Kopf über den angeblichen Niedergang der „Leistungsträger“. Ein ehemaliger Berliner Finanzsenator popularisiert die Intelligenzforschung. Comedians machen sich lustig über die „Unterschicht“. Ein rechter Publizist und AfD-Mitbegründer schlägt ein Dreiklassenwahlrecht vor. Kinokomödien und Realityshows präsentieren alltägliche Probleme der Chantals und Kevins. SPD-Politiker behaupten, es gebe kein Recht auf Faulheit, wer nicht arbeite, solle auch nicht essen – und ein Besuch beim Friseur und eine gute Rasur würden ausreichen, um wieder einen Job zu finden.

All dies wirkt ideologisch – und beeinflusst unseren Alltag, unser Denken, unser Handeln. Und es dient dem positiven Selbstbild: Wer wird sich schon selbst in Florida-Rolf erkennen? So ist die Diskursfigur der Unterschicht das Gegenstück zum Idealbild der fleißigen und ehrgeizigen Bürger_innen. Doch auch Linke sind nicht gefeit: Das fällt etwa Arbeiterkindern auf, wenn sie sich in Kreisen wiederfinden, die geprägt sind von Kids aus dem Bildungsbürgertum. Die Hetze gegen die Armen finden wir in offener oder subtiler Form überall: an den Unis, am Arbeitsplatz, im JobCenter, in der Szenekneipe, am WG-Küchentisch, in der Politgruppe.

Seit einiger Zeit greifen Linke vermehrt auf den Begriff des Klassismus zurück. Dieser stammt aus den USA: Die Lesbengruppe The Furies attackierte mit Hilfe des Begriffs in den 1970er Jahren den Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-Mythos. Im deutschsprachigen Raum thematisierten linksautonome Gruppen ab Ende der 1980er Jahre den Klassismus in den eigenen Reihen. In Berlin waren es etwa die Prololesben, die sich gegen Bevormundungen in aktivistischen Zusammenhängen richteten. Momentan hat der Begriff Konjunktur: Fast jede linke deutschsprachige Publikation hat sich dem Thema in den vergangenen Jahren gewidmet. Dem wollen wir in nichts nachstehen.

Viel Spaß beim kritischen Lesen.

Know your enemy



Ein Gespräch mit Klaus Viehmann

Kritisch-lesen.de sprach mit Klaus Viehmann über die Verknüpfung von Theorieproduktion und politischem Handeln unter kapitalistischen Verhältnissen, die Möglichkeiten der Kritik an einem überkommenen Klassenbegriff und den Kampf gegen die dreifache Unterdrückung durch Kapital, Rassismus und Patriarchat.

kritisch-lesen.de: Das Thema Klassenkampf ist in der Linken mindestens out, an mancher Stelle sogar verschrien. Das Proletariat wird gern mit dem rassistischen Mob assoziiert. Warum müssen wir über Klasse und Klassenkampf diskutieren?

Klaus Viehmann: Na ja, über Klassenkampf müssen alle diskutieren, die über materielle Bedingungen diskutieren. Nur wer glaubt, dass Kämpfe und gesellschaftliche Veränderungen lediglich eine Frage der subjektiven Haltung sind, kann es sich schenken, die kapitalistischen Bedingungen menschlichen Handelns zu beachten. Bei Klassenkämpfen geht es aber auch immer um mehr als den Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit. Zu Unterdrückungsverhältnissen wie Patriarchat oder Rassismen gibt es wichtige stabilisierende und wechselseitige Verbindungen. Eine rein ökonomistische Analyse neigt zu der selektiven Wahrnehmung, dass Klassenkämpfe von der männlichen, weißen Arbeiterklasse gemacht werden und übersieht, dass es ein breites Spektrum an Kampfmotiven, Kampfformen und Kämpfenden selbst gibt.

Dass Angehörige des Proletariats Teil eines rassistischen Mob sein können, ist leider wahr, aber das können Pegida-Mittelschichtler und Sarrazin-Bürger auch nur zu gut.

KL: Du bist schon ein paar Tage politisch aktiv. Wie kam das?

KV: Ich komme aus der eher praktischen Ecke. Studiert habe ich nie. 1969 habe ich die ersten Flugis gegen die NPD verteilt und bekam prompt meine erste Vorladung zur politischen Polizei. Mein Bezugspunkt war damals die subkulturell geprägte Lehrlings- und Jugendzentrumsbewegung. 1970 gab's dann bei einer kleinen Demo das erste Mal auf die Fresse – völlig grundlos, aber umso lehrreicher. Ab 1973 habe ich als Lehrling in einem Buchladenkollektiv die Westberliner Linke kennengelernt und das Abflauen der APO erlebt. Ich bin dann aus diversen Gründen zur damaligen Stadtguerilla in Westberlin, der Bewegung 2. Juni, gegangen, das waren die mit der Lorenz-Entführung. Von 1976 bis 1978 war ich als „Illegaler" unterwegs und von 1978 bis 1993 war ich im Knast. Wen's interessiert: mein Fazit der Knastzeit wurde vor ein paar Jahren in der Rote-Hilfe-Zeitung (S. 15ff.) abgedruckt.

KL: Als Nichtakademiker in der linken Szene aktiv zu sein ist zumindest heute eher selten. Wie war es damals?

KV: Das gilt wirklich nur für die „Szene". In Betrieben oder Gewerkschaften gab es viele nicht-akademische und ziemlich radikale Linke. Wie auch immer: Das Problem der Akademisierung linker Theorie wurde schon in den 1970er Jahren diskutiert. Einerseits war es in der studentisch geprägten Linken eher cool, Lehrling oder „Proll" zu sein, weil die Arbeiterklasse ja noch als revolutionäres Subjekt der Geschichte galt. Andererseits glaubten aber nicht wenige – die sogenannten Kopfrocker –, dass sich aus der Auseinandersetzung mit komplizierten Texten die richtige Praxis automatisch ergeben würde, zum Beispiel nach drei ausgiebigen Kapital-Schulungen. Welch ein Illtum... Ich habe schon damals gedacht, dass es eine Denkfalle ist, Theorie und Praxis zu trennen. Das eine ist ein Korrektiv und eine Anregung für das andere. Theorie um ihrer selbst willen – also auf einer sozialen Glatze akademische Locken drehen – ist im Effekt so

sinnlos wie eine politische Praxis, die nicht reflektiert und nötigenfalls korrigiert wird.

KL: Wie wurde denn über unterschiedliche Klassenlagen innerhalb der Linken diskutiert?

KV: Klar, jemand aus einer Arbeiterfamilie macht andere Erfahrungen und verarbeitet sie auch anders als jemand aus der Mittelschicht, auch, was Erfahrungen mit Rassismus und patriarchalen Strukturen angeht. Man erlebt Geldmangel abstrakt oder konkret, nimmt die Fabrik als alltägliches Terrain oder theoretischen Schauplatz von möglichen Arbeitskämpfen wahr. Und natürlich werden auch politische Angriffsziele von der Klassenlage geprägt: Linke Arbeiterinnen und Arbeiter müssen im Alltag gegen Chefs und Kapitalinteressen kämpfen, und wer studieren kann, hat eher Raum für andere, globalere Aktivitäten.

Damals, erste Hälfte der 70er-Jahre, kamen zwar noch mehr Studierende aus ArbeiterInnenfamilien, aber die Mehrzahl der Linken war Mittelschicht. Diese Klassenzusammensetzung war aber nach meinem Eindruck seinerzeit stark politisch und lebensweltlich überformt: In WGs oder Kneipen und auf Demos trafen Studierende auf Lehrlinge und GewerkschafterInnen, AkademikerInnen auf Junkies und Kleinkriminelle, MLerInnen und TrotzkistInnen auf AktivistInnen der neuen Schwulenbewegung und die schon länger aktive Frauenbewegung. Breite Diskussionen über die jeweilige Klassenlage gab es eher nicht, höchstens mal am Küchentisch. Die Situation in Westberlin war ja damals auch anders, es gab viele große billige Wohnungen, und wenn jeweils zwei, drei von sechs Leuten jobbten, reichte das für alle. Dazu kam womöglich Bafög oder Geld der Eltern in die gemeinsame Kasse. Dieses Modell taugte aber ganz sicher nicht für Alleinlebende oder (proletarische) Kleinfamilien. Außerdem lagen Welten zwischen jemandem, der/die sich ohne Lohnarbeit selbstverwirklichen will, und, ich sag' mal: SchichtarbeiterInnen. Manche Lebensstile, die in den Großstadtszenen von Linken gelebt werden, sind ja bis heute ziemlich exklusiv-ausschließend.

KL: Wie können denn Theorie und Praxis trotzdem zusammen gebracht werden?

KV: Wenn du die Gesellschaft wirklich radikal verändern willst, geht es bei der Aneignung oder Diskussion von Theorie ja nicht um Scheine und eine akademische Karriere. Theorieproduktion könnte stattdessen als Teil sozialer Kämpfe verstanden werden. So wie die alte Parole der Lehrlingsbewegung: Leben – Lernen – Kämpfen. Und das nicht individuell, sondern kollektiv. Damals konnte das eine Basis-Stadtteilgruppe sein, ein Buchladenkollektiv, die Arbeitsstelle, die WG oder Kommune. Auch bei den Stadtguerillagruppen wurde übrigens viel, viel mehr gelesen und diskutiert – untereinander oder mit anderen Linken – als mit Waffen herumgemacht. Die meisten hatten die üblichen Kapital-Schulungen gemacht und die linken Säulenheiligen wie Lenin, Mao, Bakunin, Che, Frantz Fanon, George Jackson, Vera Figner und so weiter gelesen. Dazu kamen dann Bücher über Befreiungsbewegungen, Organisation und ein paar technische Fachbücher. Wir wollten eine Einheit von Denken und Handeln herstellen, die Trennung von Überzeugungen und deren Verwirklichung aufheben. In dem Sinne haben wir uns als Militante verstanden, nicht im Sinne von „Streetfightern" mit hohlem Gepose. Militant zu sein hieß, für deine politische Überzeugung kämpfend die eigene Person und Lebensperspektive in die Waagschale der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu werfen.

KL: Du warst 15 Jahre im Knast. Hat dir dieses Militanz-Verständnis geholfen?

KV: Oh ja! Die Fronten im Knast sind zwar klar, und an klaren Fronten lässt sich gut kämpfen: Du wehrst dich gegen das Knastregime, das dich fertig machen und von deinen linken Überzeugungen abbringen will. Aber du musst, wie draußen auch, „militant" gegen den Meinungsmainstream und den stummen Zwang der Verhältnisse andenken, und dafür brauchst du Theorie, Wissen, Lesen und Schreiben. Es geht im Grunde all die Jahre darum, zu leben oder gelebt zu werden. Peter Weiss hat in der „Ästhetik des Widerstands" geschrieben: „Die Wachheit der Gedanken ist die letztlich bleibende Waffe." Das ist im Knast eine echte Herausforderung, denn die Voraussetzungen für die Wachheit der Gedanken sind dort Mangelware: Bücher, Zeitungen und Radio gibt es nicht so im Überfluss wie draußen. Du musst ständig gegen die Knastzensur kämpfen, um nicht nur

ausgesuchte Bücher und Zeitungen zu bekommen, alle Besuche und Briefe wurden bis zum Entlassungstag kontrolliert und so weiter.

KL: Kann man im Knast dennoch eine kollektive Theorie und Praxis entwickeln?

KV: Natürlich ist es schwierig, in der Isoliertheit des Knasts theoretisch zu arbeiten. Isolation macht zunächst einmal blind für Wirklichkeiten außerhalb der eigenen Erfahrungen und Wissenshorizonte. Gegen diese Isolation und Vereinzelung sind immerhin Bücher, Zeitungen und Briefe ein Zugang zur Geschichte anderer Menschen, ihren Kämpfen, ihren Niederlagen, ihren Hoffnungen und Enttäuschungen. So kannst du internationale Verhältnisse reflektieren und deine eigenen Überzeugungen überprüfen. Und dann muss du natürlich versuchen, irgendwie in Austausch mit anderen über diese Überlegungen zu kommen. Die Diskussionen über Theorie – über praktische Aktionen kannst du ja unter der Zensur schlecht diskutieren – sind damit der kollektive Prozess, der Gefangenen bleibt. Dazu gehören eine große Portion Wissbegierde, hungrige Augen und Ohren und Lust auf andere Erfahrungen und Analysen.

KL: Die theoretische Arbeit im Knast ist von den Bedingungen her also eine ziemlich einsame, zumal mittelbare Angelegenheit. Wie schafft man es, in diesem Gefangensein – das ja auch zum Gefangensein im eigenen Denken werden kann – den Bezug zum Draußen herzustellen?

KV: Ja, das ist eine wichtige Frage und du brauchst ein paar Jahre, um sie zu beantworten. Nach meiner Erfahrung darfst du nicht der Versuchung erliegen, nur das hören, lesen und sehen zu wollen, was dich nicht verunsichern kann. Wer das tut, riskiert, dass seine Überzeugungen zu hohlen Parolen verkommen und nur noch ein Stützkorsett bilden, das beim ersten ernsthaften Zweifel völlig zerbricht. Es ist besser, immer wieder Zweifel zuzulassen, nachzudenken und weiterzudenken, sich als soziales Wesen in Bezug zu setzen zu den lebendigen Realitäten draußen. Und deshalb sind die Kontakte nach draußen für Gefangene auch so wichtig. Reflexion und Selbstreflexion finden durch Sprache statt, und da ist das Schreiben und Bekommen von Briefen ganz wichtig, um Gedanken zu sortieren, zu reflektieren und von anderen bestätigt oder korrigiert zu werden. Mit Marx gesagt ist Sprache praktisches Bewusstsein, das heißt, was du nicht formulieren kannst, kannst du auch nicht denken.

Im Idealfall war Theorieproduktion im Knast immer zweierlei: Ein Mittel gegen das intellektuelle Ersticken im Knast und ein Beitrag für deine Genossinnen und Genossen draußen.

KL: Welche Themen und Theorien waren das, an denen du während deiner Zeit im Knast gearbeitet hast?

KV: In den ersten Jahren im Knast drehten sich die Debatten oft um Konzepte des bewaffneten Kampfes, um Fragen des Knastkampfes, darum, wie man sich im Prozess gegen die Justiz verhält und so weiter. Das waren alles Fragen, die unter der Käseglocke eines Hochsicherheitstraktes wahnsinnig wichtig wirken und auch sind. Wer sich - wie ich - nicht dem Kollektiv der RAF-Gefangenen angeschlossen hatte, musste sich mehr um Kontakte nach außen, zu verschiedensten linken Gruppen oder Individuen bemühen, um politische Diskussionen führen zu können. Also auch über Themen, die in den politischen Gruppen draußen, gerade auf internationaler Ebene, kontrovers diskutiert wurden.

KL: Aus solchen Diskussionen ist ja auch der Aufsatz „Drei zu Eins“ entstanden. Damit bezeichnet ihr die „triple oppression“. Was ist damit gemeint?

KV: Es geht um die Kritik an einem überkommenen Klassenbegriff und eine unvollständige Kapitalismusanalyse. Mit „triple oppression“ wird die dreifache Unterdrückung durch Kapital, Rassismus und Patriarchat angesprochen. Um das jetzt mal geschichtlich einzusortieren: Mitte bis Ende der 1980er war eigentlich deutlich zu sehen, dass die autonome gemischte Linke viele Unterdrückungsverhältnisse nicht gut genug sieht und sie auch auf der praktischen Ebene nicht ausreichend bekämpft, nicht mal in den eigenen Reihen. In der Zeit entstand ein lockerer

Zusammenhang von Leuten, die mir geschrieben oder mich besucht haben, die alle unzufrieden mit der autonomen Bewegung und deren „weißen Flecken“ waren.

KL: Woher kamen diese „weißen Flecken“?

KV: Solche Fragen haben wir uns damals auch gestellt: Welcher Klasse entstammt die autonome Linke, welches Geschlecht hat sie, wie deutsch und wie weiß ist sie eigentlich? Wie kann eine Linke damit umgehen und trotzdem emanzipatorisch wirken und alle Verhältnisse umwerfen, die unterdrückerisch sind? Da ging es also um bewusstseinsmäßige und praktische Konsequenzen der eigenen materiellen Bedingungen.

KL: Und welche Antworten habt ihr auf diese Fragen gefunden?

KV: Bei der Suche nach Antworten stießen wir bald auf Texte von Schwarzen, etwa aus den Postcolonial Studies von Stuart Hall, Paul Gilroy und Hazel V. Carby, oder auch auf Diskussionen US-amerikanischer Stadtguerillagruppen wie dem Weather Underground oder der Black Liberation Army. Man muss dazu sagen: Das alles waren Ansätze, die damals vom linken Mainstream weit entfernt waren. Viele Texte waren noch nicht mal auf Deutsch erschienen. Hinzu kamen feministische Kritiken am Marxismus von Christel Neusüß und den „Bielefelderinnen“ wie Maria Mies.

Dass anderswo solche Diskussionen viel weiter waren, macht ein Zitat von Neville Alexander deutlich, einem Schwarzen Anti-Apartheid-Aktivisten, der zehn Jahre lang auf Robben Island gefangen war. Er sagt sinngemäß, dass man nicht von drei Stadien oder verschiedene Kämpfen sprechen kann, sondern von einem einzigen Kampf der Befreiung: gegen Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat. Der Kampf ist unteilbar und kann nicht gewonnen werden, solange eine der anderen Unterdrückungsformen weiter besteht.

Wir wollten diese wichtigen Gedanken für die deutschsprachige Linke aufgreifen und für die Kämpfe hier nutzbar machen. Alle 3:1-DiskutantInnen kamen ursprünglich aus einer marxistischen Ecke und im 3:1-Papier wird keineswegs behauptet, dass die Marx'sche Theorie erledigt sei. Aber der triple-oppression-Ansatz unterstreicht, dass Kämpfe nicht nur von einer weißen, männlichen Arbeiterklasse in den Metropolen gemacht wurden oder werden, sondern dass gegen Imperialismus, Patriarchat und Rassismen ebenso wichtige Widersprüche und Kämpfe existierten und sich weiter entwickeln werden.

Es ist klar, dass es den Kapitalismus, das Patriarchat oder die Rassismen nicht ohne spezifische historische Entwicklungslinien gibt. Das heißt, dass in konkreten Situationen Unterschiede in der „Zusammensetzung“ der Unterdrückungen zutage treten, die sich dann, in unterschiedlicher Ausprägung, etwa gegen Arbeiterinnen und Arbeiter, gegen Frauen oder gegen Schwarze richten – oder auch imperialistisch gegen trikontinentale Befreiungskämpfe, also Kämpfe des antikolonialen Widerstands in Asien, Afrika und Lateinamerika. Es gibt kein schematisches Nebeneinander von Unterdrückungen in der Wirklichkeit. Keine ist völlig auf eine andere zurückführbar oder völlig vereinnahmt von anderen, sie bilden eine zusammenhängende Wirklichkeit.

KL: Deswegen geht es also um die Unteilbarkeit der Kämpfe, die du ja schon mit der Aussage von Neville Alexander angesprochen hast.

KV: Das ist ein zentraler Punkt! Unvollständiges Erkennen des Feindes hatte immer eine Verkürzung der revolutionären Versuche und ihrer Utopien zur Folge. Entweder wurde der Feind um seine rassistische Seite verkürzt, und die Befreiung der Schwarzen fiel unter den Tisch, oder die patriarchalische Seite des Feindes wurde übergangen, und die Frauenunterdrückung blieb, oder die kapitalistische Seite des Feindes wurde nicht wahrgenommen und (nicht nur) die ArbeiterInnen hatten es auszubaden. Wurden eurozentristisch die imperialistischen Aspekte des Feindes tatenlos hingenommen, so konnte er von seinen Kernländern aus Kriege führen und den Globus ausbeuten.

Der triple oppression-Ansatz kritisiert übrigens nicht etwa den linken Universalismus des „Umwerfens aller Verhältnisse“, er kritisiert vielmehr, dass die (alte) Linke ihrem eigenen universalistischen Anspruch nie gerecht wurde, denn „Der Mensch“ war für sie männlich, weiß, Lohnarbeiter und Metropolenbewohner – und auch nur die ihn unterdrückenden Verhältnisse wollte sie umwerfen.

KL: Welche Perspektiven ergeben sich aus dieser Analyse für das konkrete Handeln?

KV: Wir haben das im 3:1-Papier zwar nicht so ausdrücklich gesagt, aber: Es war auch ein ganz praktischer Vorschlag an die Linke, die Autonomie und Selbstorganisation der Frauenbewegung, die ja oft als Spalterei kritisiert wurde, und auch die Selbstorganisation von MigrantInnen zu akzeptieren und solidarisch zu unterstützen. Der triple-oppression-Ansatz verlässt ja den alten unergiebigen Haupt- versus Nebenwiderspruch-Zirkel und versucht einen gemeinsamen vielgestaltigen Feind zu definieren. Das ist wichtig, denn nur Leute, die ihren Feind in einer zumindest sehr ähnlichen Weise identifizieren, können darauf hoffen, ihre Kräfte zu vereinigen. Den Feind unvollständig zu erkennen hatte historisch gesehen immer eine Verkürzung der revolutionären Versuche und ihrer Utopien zur Folge, und damit auch böse linke Niederlagen. Also: Know your enemy!

Das ursprüngliche 3:1-Papier war gar nicht als Publikation gedacht und hat einige zeittypische Mängel in Hinsicht auf die Antisemitismusanalyse oder die Kritik der Behindertenbewegung an linken Vorstellungen vom optimierten „neuen Menschen“, dazu habe ich vor der Entlassung aus dem Knast dann noch zwei ergänzende „Nachbemerkungen“ geschrieben (siehe hier).

Aber das zentrale Motiv des 3:1-Papiers ist wohl zeitlos: Eine "militante" gemeinsamere linke Theorie und Praxis, die auf der Anerkennung der Autonomie und Erfahrungen anderer Unterdrückter beruht und von einem Bewusstsein von der Unteilbarkeit ihrer Kämpfe getragen wird.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: Know your enemy. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1351. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Menschenbilder vom Grabbeltisch

Essay von Stephanie Bremerich

Die „neue Unterschicht" ist ein Etikettenschwindel und lenkt den Blick ab von echten Verteilungsungleichheiten und der Verantwortung des Sozialstaats.

Essay von Stephanie Bremerich

Gut 50 Kilo Übergewicht sind nicht Markus' einziges massives Problem: Säckeweise stapelt sich Müll in den Fluren und Zimmern seines Hauses, unter Essensresten, Schimmel und Ungeziefer ist der Fußboden kaum noch zu erkennen. In einer Ecke verwest eine Katze. Irgendwie hat Markus die Kontrolle verloren; der 32-jährige Arbeitslose braucht Hilfe. Und er bekommt sie: dienstags, 20.15 Uhr. Auf RTL 2 hat das Schicksal von „Messies" wie Markus Prime-Time-Qualitäten:

"*Messie-Therapeutin Sabina Hankel-Hirtz und Entrümpelungsprofi Dennis Karl packen das Problem an der Wurzel und räumen das Leben der Betroffenen auf. Ihr Ziel ist es aber nicht nur für eine saubere Wohnung zu sorgen, sondern ihnen die Rückkehr in das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen.*"

So lautet die Sendeinfo auf der Website von RTL 2. Für „die Rückkehr in das gesellschaftliche Leben", so ist im Verlauf der Sendung zu erfahren, braucht es nur ein paar scharfe Chemikalien und einige sanfte Therapiesitzungen mit Spielfiguren – schon sind Seele und Wohnung der verwahrlosten Protagonistinnen und Protagonisten ordentlich entrümpelt. Die Komplettsanierung beschädigter Existenzen, wie sie das „Messie-Team" seit der Pilotfolge mit Markus im Juli 2011 bündig zwischen ein paar Werbeblöcken vorstellt, ist Trash-TV, das man wörtlich verstehen darf.

Trash sells – zum Wertstoffkreislauf des „Unterschichtenfernsehen"

Müll ist paradox. Er ist das, was übrig bleibt, das Ausgeschiedene, Abgestoßene und Gemiedene. Minderwertig ist Müll jedoch nur so lange, bis man ihn wiederverwertet. Dann wird er Teil eines ökonomischen Kreislaufs. Auch das Fernsehen hat den Trash fest in seinen Programmkreislauf integriert. Vom nachmittäglichen Sozialporno bis zum abendlichen Ekel-TV im „Dschungelcamp", in dem das Fernsehen gewissermaßen sein hausgemachtes Prekariat recycelt, reicht das Spektrum. Dabei haben insbesondere Doku-Soaps, Coaching-Formate und Kuppel-Shows wie „Messie-Team", „Raus aus den Schulden" oder „Schwiegertochter gesucht" die Ausgesonderten und Überflüssigen – mit Zygmunt Baumann drastischer: den „menschlichen Abfall" (Baumann 2005, S. 12) – für sich entdeckt.

Und als genau dieser „Abfall" werden die Menschen auch dargestellt. Das ist billig, menschenverachtend und geschmacklos. Und zahlt sich vor allem für die Sendeanstalten aus: Die schnell und einfach zu produzierenden Scripted-Reality-Formate bescheren RTL, RTL 2 und SAT 1 seit Jahren beachtliche Quoten. Insbesondere seit 2000 stellen Medienwissenschaftler einen regelrechten „Doku-Boom" bei gleichzeitigem „Verfall der Doku-Kultur" fest, die mit einer zunehmenden „Ausdifferenzierung des Genres" sowie einer „Tendenz zur Verbilligung der Produktion" einhergehen (Elias/Weber 2009, S. 183). Welche Ausbeutungsmechanismen und Inszenierungstechniken hinter der vorgeblichen „Reality" stehen, hat in jüngerer Vergangenheit Jan Böhmermanns so genannter „Verafake" ins öffentliche Bewusstsein gerückt, bei dem zwei Schauspieler in die RTL-Sendung „Schwiegermutter gesucht" eingeschleust wurden.

Gemeinhin wird diese Art des Trash-TV auch als „Unterschichtenfernsehen“ bezeichnet. Was genau darunter zu verstehen ist – ob es sich um Fernsehen von, für, über oder mit Unterschichten handelt (oder gar alles zusammen?) – bleibt dabei meist ebenso unreflektiert wie die Frage, was genau mit „Unterschicht“ gemeint sein soll.

Dumm, faul, arbeitslos: Feindbild „Neue Unterschicht"

Was das betrifft, ist es hilfreich, sich bewusst zu machen, dass der Begriff des „Unterschichtenfernsehen“ – übrigens eine Wortprägung Harald Schmidts – genau dann zum beliebten Schlagwort wurde, als die Agenda 2010 auf den Weg gebracht wurde. Dabei erlebte der Begriff der „Unterschicht“ eine diskursive Neuauflage und etablierte sich als „neue Unterschicht“ sowie „Unterschichtskultur" in der öffentlichen Debatte. Maßgeblich angeregt wurde dies 2004 durch Paul Noltes „Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik“, das eine Art Programmschrift für eine neoliberale Sozial- und Sparpolitik darstellt.

Terminologisch ist die „Unterschicht“ freilich nicht neu: Seit den 1950ern und 1960ern taucht sie in nahezu allen klassischen sozialwissenschaftlichen Schichtungsmodellen auf. Neu ist hingegen die aktuelle Begriffsverwendung: Die„neue Unterschicht“ wird nicht vorrangig nach ökonomischen, sondern vor allem entlang moralischer und kultureller Maßgaben definiert. Die stigmatisierenden, menschenverachtenden Auswirkungen, die diese diskursive Verschiebung auf das öffentlich skizzierte Bild von Armut und Elend hat, zeigen sich anschaulich in einem Artikel aus dem *Stern* von 2004:

„Das Elend ist keine Armut im Portemonnaie, sondern die Armut im Geiste. […] In den vergangenen Jahrzehnten hat die Unterschicht eigene Lebensformen entwickelt, mit eigenen Verhaltensweisen, eigenen Werten und eigenen Vorbildern: die Unterschichtskultur. […] Der schlechte Gesundheitszustand der Unterschicht ist keine Folge des Geldmangels, sondern des Mangels an Disziplin. Disziplinlosigkeit ist eines der Merkmale der neuen Unterschichtskultur. […] Die Unterschicht verliert die Kontrolle, beim Geld, beim Essen, beim Rauchen, in den Partnerschaften, bei der Erziehung, in der gesamten Lebensführung. […] Die Armut ist eine Folge ihrer Verhaltensweise, eine Folge der Unterschichtskultur. In Deutschland sind nicht immer die Armen die Dummen, sondern die Dummen sind immer arm. Wer nicht ein Mindestmaß an Selbstdisziplin gelernt hat, wer seinen Körper nicht gesund hält, ist nicht arbeitsfähig.“ (Wüllenweber 2004)

Deutlich wird hier, dass eine krankende Unterschicht als Gegenpol eines Menschenbilds entworfen wird, das tief im christlich-abendländischen Wertekanon und kulturellen Erbe der Aufklärung verankert ist. Die derart inszenierte neue Unterschicht widerspricht nicht nur tradierten bürgerlichen Kardinaltugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Ordentlichkeit und Disziplin, sondern auch modernen neoliberalen Leistungskonzepten. Damit verschiebt sich die Debatte aber auf problematische Weise; Ursache und Wirkung drehen sich nachgerade um. Armut erscheint als etwas, das selbst verschuldet ist. Was dabei ins Hintertreffen gerät, sind reale Verteilungsungerechtigkeiten.

Wenn bei Paul Nolte zudem aus finanzieller Unterstützung „fürsorgliche Vernachlässigung“ wird und er stattdessen die „Vermittlung kultureller Standards und Leitbilder“ fordert, um diese „Kulturen der Armut und der Abhängigkeit, des Bildungsmangels und der Unselbständigkeit“ ins helle Licht aufgeklärter Mündigkeit zu führen (Nolte 2003), so lässt sich ein volkspädagogischer, elitärer Ton nur schwerlich überhören.

Die politische Folie der Unterschichtsdebatte bildete zwischen 2004 und 2006 ein Sparkurs, in dessen Zuge auch der Begriff des „Sozialen“ neubestimmt und verschoben wurde (gut ersichtlich beispielsweise im 2005er-Wahlkampfslogan der CDU: „Sozial ist, was Arbeit schafft“). Die Attraktivität der Schublade „neue Unterschicht“ gründet also zum einen darin, dass sie als „Motor

für politische Positionierungen dient, die sich vom bisherigen ‚Lösungsmodell', dem Modell der Wohlfahrtsstaatlichkeit, […] verabschieden wollen" (Kessl/Reutlinger/Ziegler 2007, S. 10). Zum anderen wurzelt sie in dem Abgrenzungsbedürfnis und den Abstiegsängsten einer bröckelnden, verunsicherten Mittelschicht, die sich zunehmend nicht mehr über *Einkommen*, sondern *Einstellungen* definiert, also nicht in erster Linie durch ökonomisches, sondern durch kulturelles Kapital von „denen da unten" abzuheben sucht: Wenn die Kontoauszüge gleich aussehen, wird das gesellschaftliche Label umso wichtiger. Besser arm und sexy („Generation Praktikum", „digitale Bohème") als arm und asozial („neue Unterschicht", abgehängtes Prekariat).

Marode Haushalte, kaputte Körper

Die entsprechenden Geschichten liefert das Privatfernsehen. Doku-Soaps und Lebenshilfe-Formate stellen Bilder und Texte bereit, um soziale und materielle Ungleichheit mit Sittenverfall, Krankheit, sexueller Ausschweifung, Faulheit und Dummheit gleichzusetzen, denen nur noch mit radikaler Sozialdisziplinierung beizukommen ist.

Das bevorzugte TV-Personal ist dabei die Familie, die als kaputter Mikrostaat mit maroder Haushaltsführung in Szene gesetzt wird, wobei sich Chaos und Unordnung auch im Setting widerspiegeln (im Extremfall: als Messie-Hölle). Bei näherem Hinsehen wird schnell klar, dass es gerade nicht um die differenzierte Darstellung von Persönlichkeiten und Schicksalen geht. Vielmehr ist die Konzeption der Figuren statisch und eindimensional, so dass sie als Typen reproduzierbar sind und sich als Klischees verfestigen können (die sexuell aktive Rabenmutter, das verhaltensauffällige Kind, der faule Langzeitarbeitslose und so weiter). Das ist ungefähr so individuell, originell und passend wie ein T-Shirt im Sommerschlussverkauf. Menschenbilder vom Grabbeltisch.

Dem Fernsehen als Leitmedium kommt in der Konstruktion entsprechender Stereotype eine wichtige Rolle zu, die jedoch mit dem Begriff „Unterschichtenfernsehen" nur unzureichend erfassbar ist. Vielmehr verschleiert dieser, dass „die Unterschichten auf dem Bildschirm und davor […] mediale Inszenierungen [sind], die die gesellschaftliche Teilung stützen und jenen neoliberalen Mythen Vorschub leisten, denen zufolge heute allein Leistung und individuelle Kompetenzen zählen" (Klaus/Röser 2008, S. 272).

Notwendiges Element des Merkmalskatalogs „Unterschicht" sind Arbeitslosigkeit und Hartz IV, die oft als generationenübergreifend dargestellt werden oder eine andere Form von Referenzgruppe (Freunde, Bekannte) binden. Diese geschlossenen Gruppen sind den Zuschauenden im wahrsten Sinne des Wortes „unverständlich" – ihre derbe und dialektal gefärbte Sprache muss mitunter mit Lauftiteln übersetzt werden. Auffällig sindaußerdem das konservative Geschlechterverständnis und traditionell-bürgerliche Familienbild, die zugrunde liegen. Denn der Mutter kommt oft eine Schlüsselfunktion zu; ihre Fehlbarkeit wird meist als Dreh- und Angelpunkt der brüchigen Verhältnisse fokussiert, wohingegen die männlichen Protagonisten bemerkenswert blass und passiv bleiben (auch Messie Markus aus dem Eingangsbeispiel muss in der „Playmobil-Therapie" herausfinden, dass ihn das Chaos erst übermannte, als die Frau fehlte, nämlich als seine Mutter gestorben war). Innerhalb dieser Gruppe spielen sich dann die eigentlichen (zwischenmenschlichen) Konflikte ab, wobei die Hintergründe für die Arbeitslosigkeit nicht oder nur schwach ausgeleuchtet und implizit als Eigenverschuldung dargestellt werden. So tritt die beliebte Figur des Langzeitarbeitslosen nicht selten als Frührentner auf, der, wie der übergewichtige Markus, aufgrund körperlicher Beeinträchtigungen nicht mehr arbeiten kann.

Damit ist das wohl auffälligste Merkmal in der Inszenierung von Unterschichten angesprochen: der Körper. An diesem "Unterschichtskörper" lässt sich der gesamte Katalog lasterhaften Fehlverhaltens durchdeklinieren; zugleich figuriert er als Zerrspiegel des verwirtschaftlichten Körperideals der Leistungsgesellschaft, also des gesunden, flexiblen, vor allem aber belastbaren und ausdauernden Körpers. Es sind maßlose, kranke, stigmatisierte und gezeichnete Körper. Sie sind übergewichtig,

tätowiert und gepierct, ihnen fehlen Zähne, sie sind suchtmittelabhängig, schlecht frisiert, nicht selten spärlich bekleidet – kurzum: Sie sind „unerträglich“, und zwar sowohl im ästhetischen als auch im ökonomischen Sinn.

Als Kontrastfiguren treten die adrett gekleideten und manierlichen Coaches oder Moderator_innen auf, die ihre Autorität entweder als offizielle Berufsbezeichnung im Namen mitführen („Diplom-Sozialpädagoge“ Peter Zwegat) oder – wie im „Messie Team“– kurzerhand zum passgenauen Experten ernannt werden („Entrümpelungsprofi“ Dennis Karl). Sie helfen den Verzweifelten beim Abspecken, Verlieben, Kindererziehen und Aufräumen oder bringen sie „raus aus den Schulden“: streng, kontrolliert, vorausschauend und gern mit einem ironischen Augenzwinkern in Richtung Kamera. Was hier fröhlich zwischen mehreren Werbeblöcken inszeniert wird, ist eine Form von Sozialdisziplinierung, wie man sie auch aus diversen Casting-Shows kennt. Auch dort geht es nur vordergründig um Talente und Fertigkeiten der einzelnen Kandidat_innen, vor allem aber um Wettbewerbsorientierung, Konkurrenz, Formung und Marktanpassung durch Mentor_innen wie „Poptitan“ Dieter Bohlen oder „Modelmama“ Heidi Klum, die ihre Schäfchen gut gelaunt zum „Kämpfen“ (Leitmetapher aller Casting-Shows) animieren.

Klassismus als Entertainment

Formate wie „Messie Team“ oder „Schwiegermutter gesucht“ sind das, was in vergangenen Jahrhunderten Freak-Shows auf Jahrmärkten oder Wander-Menagerien waren. Sie sind übertrieben, schrill, obszön, grausam – und letztlich unernst. Wo die starke Überzeichnung auf Ebene der Personen zur Karikatur tendiert, tendiert sie auf Ebene des Formates insgesamt zur Groteske. Insofern kann man es konsequent nennen, dass die schnell und leicht zu konsumierenden Formate eine durchaus zeitgemäße Discount-Ästhetik bedienen und ihre Billigkeit nicht kaschieren, sondern offensiv zur Schau stellen.

Allerdings bedeutet dies nicht, dass man diese Art von Schau-Geschäft und die damit einhergehende, suggerierte „Reality“ nicht ernst nehmen sollte.Trash-TV wirft ganz grundsätzliche Fragen auf – danach, wie soziale Ungleichheit gesellschaftlich und medial wahrgenommen (und für wahr genommen) wird, nach den Wertvorstellungen und wirtschaftlichen Leitbildern, die dabei reproduziert werden, aber auch nach Wert und Wertschätzung von Arbeit innerhalb einer Branche, hinter der große Produktionsfirmen und mittlerweile immer mehr Laiencasting-Agenturen stehen, die unterbezahlte Darstellende nach Komparsen-Sätzen vermitteln und ihre Klientel hinter den Kulissen als „gehirnamputierte Hartz-IV-Empfänger“ (vgl. Pauer 2010) bezeichnen.

Armut bekommt dabei ein seifenoperfähiges, fratzenhaftes Gesicht. Und das ist in mehrfacher Hinsicht eine sehr ernste Angelegenheit: Erstens, weil es den Blick ablenkt von Verteilungsungerechtigkeiten und sozialer Ungleichheit, die jenseits von Reality handfeste Realität sind – und zwar für einen Großteil der Bevölkerung. Zweitens, weil in der Debatte über die "neue Unterschicht" die Frage nach der Verantwortung des Sozialstaates ausgelagert wird auf die moralische Integrität der Betroffenen selbst: Wer arm ist, ist selbst schuld und verdient keine Unterstützung. So einfach ist das. Und drittens, weil dabei gesellschaftliche Abgrenzungsmechanismen salonfähig werden, die genau das Lügen strafen, was ursprünglich einmal die Idee hinter Demokratie und Sozialstaat gewesen ist: Solidarität.

Zusätzlich verwendete Literatur

Zygmunt Bauman (2005): Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Aus dem Englischen v. Werner Roller. Hamburg: Hamburger Edition.

Caroline Elias/Thomas Weber (2009): Defekt als Referenz. Von neuen Hybrid-Formaten zum Verfall der Doku-Kultur. In: Harro Segeberg (Hrsg.): Referenzen. Zur Theorie und Geschichte des

Realen in den Medien. Marburg: Schüren Verlag, S. 177–197.

Fabian Kessl/Christian Reutlinger/Holger Ziegler (2007): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht" – eine Einführung. In: dies. (Hrsg.): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht". Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–15.

Elisabeth Klaus/Jutta Röser (2008): „Unterschichtenfernsehen": Beobachtungen zum Zusammenhang von Medienklassifikationen und sozialer Ungleichheit. In: Ulla Wischermann/ Tanja Thomas (Hrsg.): Medien – Diversität – Ungleichheit. Zur medialen Konstruktion sozialer Differenz. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 263–281.

Paul Nolte (2003): Das große Fressen. In: Die Zeit 52/2003, abrufbar hier.

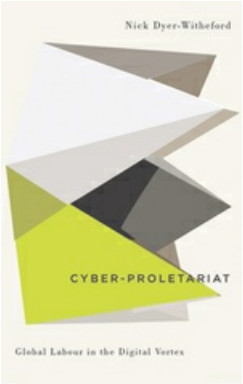
Nina Pauer: Der produzierte Prolet. In: Die Zeit 32/2010, abrufbar hier.

Walter Wüllenweber: Unterschicht: Das wahre Elend. In: Der Stern 52/2004, abrufbar hier.

Der Essay basiert auf folgendem Aufsatz: Stephanie Bremerich: Mediale Armutszeugnisse. Narrative der Unmündigkeit im Unterschichtenfernsehen. In: Ilse Nagelschmidt u.a. (Hrsg.): Omnia vincit labor? Narrative der Arbeit und Arbeitskulturen in medialer Reflexion. Berlin: Frank & Timme 2013, S. 209–226.

Zitathinweis: Stephanie Bremerich: Menschenbilder vom Grabbeltisch. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1352. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Klassenkampf rebooten



Nick Dyer-Witheford
Cyber-Proletariat
Global Labour in the Digital Vortex

Nick Dyer-Withford zeigt auf, wie der digitale Kapitalismus die weltweite Klassenzusammensetzung prägt.

Rezensiert von Nina Scholz

Seit Anfang des neuen Jahrtausends ist die Rede vom digitalen Kapitalismus. Auf linken Veranstaltungen, in Feuilletons und auf hip-getrimmten Panels irgendwelcher Telekommunikationsfirmen wird über ihn diskutiert. Digitaler Kapitalismus, das klingt catchy und ruft Bilder hervor: Man denkt an die Konzernzentralen von Google und Facebook im Silicon Valley. Notebooks, Smartphone und andere hippe Technik-Gadgets fallen genauso so mühelos ein wie selbstfahrende Autos, Uber-Apps und Airbnb-Wohnungsangebote. Wir hören, dass die Arbeit verschwindet, sie wird prekär oder immateriell, und die Roboter werden uns ersetzen.

Auch in den deutschen Feuilletons wird das Thema durchaus kritisch diskutiert. Die Autor_innen stellen sich Fragen wie: Wird mein Leben noch prekärer, wenn die Sharing Economy das Private jetzt auch noch zum Beruflichen macht? Kann ich mir in meiner Nachbarschaft bald keine Wohnung mehr leisten, wenn noch mehr Ferienwohnungen über Airbnb vermietet werden? Was macht Facebook mit meinen Daten? Haben wir dank der technischen Tools eigentlich nie Feierabend, und wann stoppt Twitter die Trolle? Die Fragen spiegeln meistens jedoch nur das Milieu derjenigen wieder, die da diskutieren, und reichen sehr selten darüber hinaus.

Vielleicht ist Digitaler Kapitalismus ja auch ein irreführender Begriff, weil er suggeriert, es sei ein anderer Kapitalismus, einer, der nur irgendwie mit Apps, Smartphones und technischen Tools zu tun hätte, einer, der cooler, neuer und hipper ist. Die Bücher linker Autor_innen, die zum Thema erscheinen, tragen zur Verwirrung bei, weil sie immer nur Phänomene in den Blick nehmen. Noch schwieriger wird es, wenn Krisen und Kämpfe auf den ersten Blick gar nichts damit zu tun haben, wenn es zum Beispiel um das Elend der Geflüchteten weltweit oder die Gentrifizierung im eigenen Stadtbezirk geht.

Politische Kämpfe geben schon lange keine Antwort mehr, und nicht nur das: Oft findet mehr ein Gegeneinander als ein Miteinander statt. Statt Kollektivierung reibt man sich untereinander und streitet erbittert darüber, welcher Kampf mehr Berechtigung hat. Wer in der linken Geschichte zurückblickt, weiß, wieso das so ist: Als der Industriekapitalismus noch ein klassenkämpferisches Subjekt hatte, den meist weißen, meist männlichen, meist heterosexuellen Arbeiter, waren alle anderen von diesen Kämpfen weitgehend ausgeschlossen. Viele Linke wollen zwar zu Recht diese Fehler nicht wiederholen und versuchen in ihren Kämpfen nicht rassistisch, homophob oder sexistisch zu sein. Doch dabei bleibt es dann auch oft. Vereinzelt gibt es natürlich aber auch heute Proteste, die Hoffnung machen, wie gerade in Frankreich die Streiks und Versammlungen gegen das neue Arbeitsgesetz, doch auch sie bleiben letztlich ohne Anschluss, vereinzelt und folgenlos.

Die Geschichte der kybernetischen Revolutionen

Doch was sollen wir tun? Einer, der versucht darauf eine Antwort zu geben, ist Nick Dyer-Withford in seinem Buch „Cyber-Proletariat“. Dyer-Withford nennt seine Schrift selbst an einer Stelle eine „whirlwind tour of the cybernetic vortex“ (S. 129), eine wirbelsturmartige Reise durch den kybernetischen Vortex, und beschreibt damit präzise das Gefühl, das einem beim Lesen oft überkommt. Es ist tatsächlich sehr schwer, all das, was Dyer-Withford an Zusammenhängen aufmacht, in eine Besprechung zu packen, solch eine Tour de Force leistet er in seinem Buch. Auf knapp 205 Seiten versucht er die Versäumnisse anderer linker Autor_innen und Konzepte wettzumachen, eine gültige und allumfassende Analyse aktueller kapitalistischer Verhältnisse zu leisten, die Geschichte der kybernetischen Revolution in sämtlichen Facetten zu umreißen und auch noch vergangene, aktuelle und zukünftige Kämpfe dazu in Beziehung zusetzen. Wer also eine Einführung in diese Themen oder einen Überblick zu ihnen sucht, ist hier gut aufgehoben.

„Cyber-Proletariat“ beeindruckt aber nicht nur aufgrund der angestrebten Vollständigkeit, sondern wegen der Zusammenhänge, die Dyer-Withford herstellt. Die sogenannte kybernetische Revolution begann zur Zeit des Kalten Krieges im militärisch-industriellen Komplex der Vereinigten Staaten. Die Automatisierung, die gerade wieder heiß debattiert wird – zum Beispiel von deutschen Unternehmen unter dem Stichwort Industrie 4.0 oder von Linken, die sich davon etwas versprechen, unter dem Stichwort „FullyAutomatedLuxuryCommunism“ – hat damals schon angefangen. Der industrielle Kapitalismus begann damals, menschliche Arbeitskräfte zu ersetzen, in Büros, in Fabriken, eigentlich überall dort, wo es Forschung und Technik zuließen. Zugleich fand in den westlichen Staaten ein Prozess statt, der unter Outsourcing bekannt wurde: In den Industrieländern wurden Arbeitsplätze an Externe vergeben, die man nicht festanstellen musste, während ein großer Teil der Produktion in sogenannte Billig-Lohn-Länder verlegt wurde.

Der digitale Kapitalismus betrifft alle

Das ist der Gedanke, der „Cyber-Proletariat“ im Kern zusammenhält: der Digitale Kapitalismus ist nicht bloß eine Frage von Gadgets und Apps, vom Neuen Arbeiten und Start-Ups, er hat längst den Kapitalismus, so wie wir ihn bisher kannten, komplett transformiert und betrifft das Leben von allen. Algorithmen regeln den Finanzmarkt, der durch seine Krisenanfälligkeit zuletzt 2008 Länder und Menschen in den Abgrund gerissen hat. Und er betrifft längst auch die (Arbeits-)Leben derer, die sich die Frage nach Smartphone-Besitz, nach coolen Apps und noch cooleren Gadgets gar nicht erst stellen. Dyer-Withforts These: Der Kapitalismus schafft ein neues, weltweites Cyber-Proletariat,beziehungsweise: Er hat es schon geschaffen, und die Proletarisierung schreitet weltweit unaufhörlich voran.

Wer ist dieses globale Proletariat? Im Grunde wir alle, und das ist auch die Stärke des Begriffs. Nicht nur wird die Arbeit immer mehr durch Maschinen ersetzt, auch ehemals noch qualifizierte Arbeit wird schnell zu unqualifizierter und damit auch schlecht bezahlter abgewertet. Doch während es bei den elenden Jobs von Konzernen wie Foxconn schnell klar ist, dass sie zum Cyber-Proletariat gehören, wähnen sich gut bezahlte Programmierer_innen, Akademiker_innen und andere noch in Sicherheit.

Das Konzept des Cyber-Proletariat ermöglicht es, komplexe Zusammenhänge global zu denken und vor allem die Unterdrückungen, die der Kapitalismus produziert, als Klassenfragen zu denken. Vieles von dem, was in „Cyber-Proletariat“ endlich wieder als Klassenfrage diskutiert wird, debattiert die Linke heute als vereinzelte Probleme des Systems; Rassismus, Homophobie und Sexismus werden dann nur noch als Diskriminierungen, Ausbeutung als Chancenungleichheit wahrgenommen. Dyer-Withford liefert nicht nur eine sehr aktuelle Beschreibung des globalen Klassenwiderspruchs, der durch die fortschreitenden Digitalisierungen noch verschärft wird, sondern bietet auch an, sich mit den Kämpfen anderer, egal ob der Nachbarin nebenan oder dem technologischen Lumpenproletariat in Indonesien, das unsere Smartphones zusammenschraubt, zu

verbinden, ohne sich mit deren Lebenswirklichkeit identifizieren zu müssen. Nichts anderes ist Klassensolidarität.

Beeindruckend ist „Cyber-Proletariat“ immer dort, wo es Dyer-Withford gelingt, die Zusammenhänge und Widersprüche deutlich herauszuarbeiten. Gleich zu Beginn des Buchs stellt er die Zusammenhänge, um die es ihm geht, her: Er stellt VITAL vor, ein Künstliches-Intelligenz-Programm, das über Algorithmen Investment-Entscheidungen vorhersagen und treffen kann und neuerdings ein vollständiges Mitglied im Vorstand der in Hong Kong beheimateten Venture-Capital-Firma „Deep Knowledge Ventures“ ist. Am selben Tag, nämlich am 13. Mai 2014, als die Berufung eines Algorithmus in den Vorstand bekannt gegeben wurde, ereignete sich in der Türkei eine Explosion, die in der deutschen Presse als „Grubenunglück“ beschrieben wurde. Bei einem Streik in der Kohlengrube im türkischen Soma kamen 301 Arbeiter ums Leben. Ganz ähnlich wie aktuell in Frankreich hatten sie im Anschluss an die Gezi-Proteste in Istanbul gegen die unwürdigen Arbeitsbedingungen gestreikt. Die bereits im Jahr 2007 privatisierte Mine liefert unter anderem jene Rohstoffe, die man braucht, um Elektrizität herzustellen. Ohne Elektrizität kein digitaler Kapitalismus, ohne digitalen Kapitalismus keine fortschreitende Privatisierung und so weiter. Es geht hier natürlich nicht darum, ein geschlossenes, esoterisches System zu entlarven, sondern darum, die verschiedenen Ereignisse in Zusammenhang zu bringen.

Das Cyber-Proletariat im Silicon Valley

Besonders deutlich wird das an einem Ort wie dem Silicon Valley: Auf der einen Seite stehen die bunten Konzernzentralen, die ihren meist weißen und männlichen Angestellten eine Arbeit versprechen, die Spaß macht, die Rutschen, Bällebäder und Snackräume einerseits, gute Bezahlung andererseits bieten. Aber selbst dort gibt es Schattenseiten: Fast jeder Programmierer ist ersetzbar, mit der Folge, dass der Konkurrenzdruck hoch und Arbeitstage von 12 bis 14 Stunden keine Seltenheit sind. Die hohen Einkünfte gehen für hohe Mieten und Grundstückpreise sowie die bitternötige Entspannung drauf. Ganz unten im sozialen Gefüge des Silicon Valley stehen migrantische Frauen, für die drei Jobs gleichzeitig eher Regel als Ausnahme sind. Sie kümmern sich um ihre Familien, haben ein bis zwei schlechtbezahlte Service-Jobs im Silicon Valley, für die sie oft lange Busreisen in Kauf nehmen müssen, weil in den Vierteln, in denen viele von ihnen vormals gelebt haben, jetzt die gutbezahlten Programmierer leben. Viele schrauben außerdem in Heimarbeit die Platinen für die Hardware des Silicon Valley zusammen, eine Arbeit, die aufgrund der giftigen Materialien krank macht. An dieser Stelle werden aber nicht nur die Zusammenhänge sehr deutlich, sondern auch, wie immanent diesem System Rassismus und Sexismus sind, und warum es so wichtig ist, sie in Relation zur Klassenfrage zu behandeln. Und hier wird auch klar, dass sich kein Problem dadurch erledigen wird, dass wir an den Türen dieser Konzerne rappeln und lediglich fordern, mitmachen zu dürfen.

Das Konzept des Cyber-Proletariats selbst ist aber auch nicht ohne Probleme: Dyer-Withford scheitert im Grunde bei seinem Versuch, ein allumfassendes Konzept zu schaffen, das beides ist, Analysekategorie und kollektivierender Kampfbegriff. Aber letztlich bleibt er eben genau das: wieder ein weiterer Begriff, der in die Debatte eingeführt werden muss, der sich erst durchsetzen müsste, der in Konkurrenz zum Prekariat, zur Multitude, zu den 99 Prozent tritt. Und er schafft es auch nicht, neue Formen der Arbeit in den Blick zu nehmen. Er reißt zwar an, dass das, was wir beispielsweise jeden Tag für Facebook machen, dass jeder Klick im Grunde unbezahlte Arbeit ist. Aber er beschränkt sich darauf, zu beschreiben, wie prekär und ersetzbar sie ist, und vergisst, dass sich hierüber auch Kollektivierungen ergeben könnten sowie ein Anknüpfen an die deutlich geschichtsträchtigeren Begriffe der Arbeit, der Arbeiter_innen und des Arbeitskampfs.

Doch Dyer-Withford hört hier noch lange nicht auf: Er diskutiert die Proteste, die wir seit der letzten Finanzkrise 2008 gesehen haben, stellt diese ebenfalls in Zusammenhang zur fortschreitenden Digitalisierung und zeigt auf, dass wir als Linke zwar technisch versiert sein müssen, dass von Twitter- und Facebook-Revolutionen aber keine Rede sein kann. Wie bereits in

seinem „Cybermarx“ (1999) diskutiert er all das im Hinblick auf die Debatten und Kämpfe der Autonomen Marxisten und Post-Operaisten, zeigt aber auch deren Limitierungen auf. Er hat mit dem Wirbelwind durch den digitalen Vortex wirklich nicht zu wenig versprochen. Und zum Schluss gibt er dann noch einen pathetischen Ausblick auf kommende Kämpfe, bei denen er unter anderem durchaus sinnvolle Argumente für einen bewaffneten Kampf liefert. Und selbst wenn man dem nicht folgen mag, geht man am Ende aus „Cyber-Proletariat“ wie aus einem richtig guten Blockbuster-Film raus: leicht durchgebügelt und überwältigt, voller neuer Erkenntnisse und bereit für die Tat. Und alleine schon deswegen ist das Buch natürlich unbedingt empfehlenswert.

Nick Dyer-Witheford 2015:
Cyber-Proletariat. Global Labour in the Digital Vortex.
Pluto Press, London.
ISBN: 9780745334035.
256 Seiten.

Zitathinweis: Nina Scholz: Klassenkampf rebooten. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016, Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1339. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Nicht lesen, nicht träumen, nicht sprechen

Joachim Zelter
Schule der Arbeitslosen
Ein Roman

In seinem dystopischen Roman von 2006 schildert Zelter ein reales Horrorszenario im Jahr 2016.

Rezensiert von Christian Baron

Mit den Todesanzeigen fängt es an: Sie sind der Schlüssel zum Erfolg. Also klatscht Trainer Ansgar Fest seinen Schülern einen Stapel Zeitungen aufs Pult und befiehlt: „Suchen Sie sämtliche Tote, die nach 1970 geboren wurden! Besser noch nach 1975. Suchen Sie!“ (S. 52)

Und wie sie suchen. Sie suchen nach Hinweisen auf Geburtsdaten und nach Berufsbezeichnungen. Sie suchen nach Angehörigen und nach deren Telefonnummern. Sie rufen an und kondolieren. Sie fragen nach dem Arbeitgeber der Toten und bewerben sich initiativ. Jederzeit könnten sie einspringen. Jederzeit, das heißt: sofort. Schließlich sind sie „langzeitarbeitslos“.

Hier im „Sphericon“ will man ihnen Beine machen. In die „stillgelegte Fabrik in einem niedergegangenen Industriegebiet“ (S. 5) verfrachtet die Bundesagentur für Arbeit die als besonders schwierig eingestuften Fälle per Bus. Natürlich ist die Teilnahme freiwillig. Wer jedoch nicht spurt, muss fortan mit Lebensmittelgutscheinen einkaufen. Die Busse zum „Sphericon“, daraus macht das Amt keinen Hehl, dienen als „fahrende Schreckbilder, wenn nicht: Abschreckbilder“ (S. 16). An der Autobahnraststätte sollen die anderen Reisenden den Slogan „Deutschland bewegt sich“ auf dem Bus sehen und die gequälten Gesichter der Erwerbslosen genau in Augenschein nehmen; auf dass sie bloß nie auf die Idee kommen mögen, ihren Job aufzugeben – sei er auch noch so zermürbend oder schlecht bezahlt.

Was Joachim Zelter in seinem 2006 erschienenen Roman „Schule der Arbeitslosen“ so satirisch starten lässt, entwickelt sich zu einem Horrorszenario: Wir schreiben das Jahr 2016, und die Digitalisierung der Arbeitswelt schreitet unaufhörlich voran, sodass für viele Arbeiten keine Menschen mehr gebraucht werden. Trotzdem rüttelt der Staat nicht am Dogma der Erwerbsarbeit, wie Fest seinen im „Sphericon“ angekommenen Untergebenen zu Anfang erklärt:

„Die Arbeit verfolgt uns nicht mehr. Wir verfolgen sie. Wir fahnden nach ihr. Mit allen Mitteln. Wie nach einem kostbaren Rohstoff. Oder wie ein Jäger nach Beute. Die eigentliche Arbeit ist heute nicht mehr die Arbeit selbst, sondern die Suche nach Arbeit“ (S. 34).

Arbeit als Selbstzweck: ein Kern der deutschen Kultur. Schon im 16. Jahrhundert war das Arbeitshaus als armenpolitische Maßnahme etabliert. Hier wurden Menschen interniert, um sie einerseits aus dem öffentlichen Bild zu entfernen und andererseits ihre Arbeitskraft effektiver ausbeuten zu können. Armut galt als selbstverschuldet und die Eingliederung in Arbeit darum als Disziplinierungsmaßnahme. Nach ihrer Abschaffung zu Beginn des 20. Jahrhunderts kehrte die Praxis der Arbeitshäuser ab 1933 mit der NS-Diktatur zurück. In Armut lebende Menschen wurden als „asozial“ und „arbeitsscheu“ gebrandmarkt und in Konzentrationslager geschickt, in denen eine

brutale „Umerziehung durch Arbeit“ im Mittelpunkt stand.

Huxley und Orwell beim Marx-Lesekreis

Als erzieherische Arbeitsanstalt begreift sich Anfang des 21. Jahrhunderts auch „Sphericon“. Jeden Tag „um 6 Uhr 15 beginnt das morgendliche Weckprogramm“ (S. 39), anschließend stehen acht Stunden Unterricht in Business-Englisch oder Lebenslaufschreiben an. Je nach Betragen erhalten die Teilnehmenden sogenannte „Bonus Coins“, mit denen sie sich an den Nahrungsmittelautomaten ihr Menü ziehen können. Im Keller stehen Fitnessgeräte, mithilfe derer sich die Trainees fit für die Ausbeutung machen müssen, und es gibt die Konvention des Nachmittagsschläfchens („Power Napping“), das bekleidet auf den Betten (nicht unter der Bettdecke!) zu absolvieren ist.

Im Fernsehraum flimmert immer nur die Serie „Job Quest“ über den Bildschirm, in der Arbeitslose „auf abenteuerlichen Wegen nach Arbeit suchen und sie am Ende auch finden“ (S. 43). Abends wird „das Licht um elf Uhr gelöscht“ (S. 72); jede dritte oder vierte Nacht wird jemand „geweckt, in das Büro der Schulleitung geführt und in simulierten Vorstellungsgesprächen befragt – in stundenlangen Verhören“ (S. 113f.).

Wie jede gute Dystopie, so bläst auch Zelter seine fabulierte Story so stark auf, dass unser Wirklichkeitsabgleich umso leichter gelingt. Er entstellt die Realität bis zur Kenntlichkeit. Sein Roman liest sich so erhellend wie beklemmend, als hätten sich Aldous Huxley und George Orwell im Marx-Lesekreis kennengelernt und unter dem Pseudonym „Joachim Zelter“ eine stilistisch schlanke und atmosphärisch zugespitzte Vision des Grauens aufgeschrieben. Gespenstisch nüchtern schildert der Autor einen Knast, der Individuen zu bloßen Wirtschaftssubjekten degradiert.

Denn der Weg der Internierten zur staatlich gewünschten Unterwerfung läuft im Roman wie in der Realität über existenziellen Zwang. Die Delinquenten heißen im Buch „Trainees“ und beim Jobcenter „Kunden“; in beiden Welten unterschreiben sie eine „Eingliederungsvereinbarung“, und doch sind sie nur Befehlsempfänger, denen nichts bleibt, als die Erwerbsarbeitsideologie bei Strafe ihres jämmerlichen Krepierens hinzunehmen.

Arbeitslosigkeit ist „widernatürlich und unmenschlich“

Mit Roland Bergmann und Karla Meier rückt Zelter zwei Figuren in den Fokus. Sie sind beide Mitte dreißig, sie haben beide studiert und sie sind beide mit der einen oder anderen Lücke zu viel im Lebenslauf angetreten. Da es im Bewerbungstraining nicht um „die Übereinstimmung von Lebenslauf und Lebenswirklichkeit, sondern um innere Stimmigkeit“ (S. 134) geht, werden ihnen arbeitsmarkttaugliche Lückenfüller eingetrichtert. Als die Schulleitung intern eine Trainerstelle ausschreibt und alle Trainees zwingt, sich zu bewerben, da rebelliert zuerst Roland und – nachdem der eingeknickt ist – auch Karla.

Sie gibt nicht nach und wird in den „Verfügungsraum für besondere Verwendungen“ (S. 177) im Keller gesperrt. Jeder Kontakt nach außen wird ihr verweigert, und auch eine vorzeitige Entlassung kommt nicht in Frage. In diesem „Denkraum“ (S. 183) können sie die anderen Trainees beobachten, die für ihren Bewerbungseifer mit zusätzlichen „Bonus Coins“ belohnt werden und verächtlich auf diese Rebellin herabblicken, denn – so Fest – Erwerbsarbeitsverweigerung ist „widernatürlich, unsozial und unmenschlich“ (S. 187).

Wenn Fest in einem seiner finalen Wutanfälle den auch durch den SPD-Politiker Franz Müntefering jahrelang nur allzu gern verwendeten Bibelspruch „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ (S. 188) zitiert, dann steuert dieser düstere Roman einer grandiosen Pointe entgegen, die hier natürlich nicht verraten sei. Ansgar Fest steigert sich indes kurz zuvor in einen bitteren Monolog hinein, der die brachiale Sinnlosigkeit und die krankmachende Wirkung des

Erwerbsarbeitszwangs besser auf den Punkt bringt als jede soziologische Abhandlung:

„Kein anderes Wort ist erlaubt, außer arbeitslos! Nicht lesen, nicht träumen, nicht sprechen – sondern arbeitslos: Das ist ein Mensch, dem alles Wesentliche fehlt. Wie ein Mensch ohne Fuß, ohne Augen, ohne Kopf. Ohne Freunde, ohne Herz und Verstand“ (S. 187).

Joachim Zelter 2006:
Schule der Arbeitslosen. Ein Roman. 2. Auflage.
Klöpfer&Meyer, Tübingen.
ISBN: 978-3-937667-71-3.
208 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Christian Baron: Nicht lesen, nicht träumen, nicht sprechen. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1340. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Hartz IV und der Ruf des Muezzins

Oliver Nachtwey
Die Abstiegsgesellschaft
Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne

Oliver Nachtweys neues Buch hilft, das reaktionäre Unbehagen der „Abstiegsgesellschaft" zu verstehen.

Rezensiert von Sebastian Friedrich

Es war eine lange Diskussion. Stundenlang diskutierten ein Mann um die 60 und ich in einer Kneipe in Ostdeutschland. Es ging um die DDR, die Wende – und um den Kapitalismus. Nach einer Tonne Zigaretten und ein paar Getränken zu viel kamen wir auf die einstige Schröder-Fischer-Regierung zu sprechen. Wir schienen uns zunächst einig in der Ablehnung, doch dann sagte mein Gegenüber: Rotgrün hat uns nichts Gutes gebracht, dafür Hartz IV und Muslime. Er wolle in seiner Kleinstadt keine Minarette und keinen rufenden Muezzin, gab er mir mit besorgter Miene zu verstehen. Es entbrannte ein Streit, im Zuge dessen mein Gesprächspartner Sympathien für PEGIDA und die AfD offenbarte. Gut möglich, dass viele derjenigen, die momentan gegen Flüchtlingsunterkünfte, Angela Merkel und für das Abendland marschieren, ähnliches über Rotgrün denken – und eine ähnliche Verbindung herstellen. Doch was hat der neoliberale Sozialstaatsabbau mit der Sichtbarkeit von Minderheiten zu tun?

Von der Kritik an Rotgrün abstrahiert und von der spezifischen DDR- und Wendeerfahrung abgesehen, hilft das Buch „Die Abstiegsgesellschaft", den Streitauslöser besser zu verstehen. Darin stellt sich der Soziologe Oliver Nachtwey die Frage, in was für einer Gesellschaft wir eigentlich leben. Seine Antwort: Trotz sinkender Arbeitslosigkeit, trotz einer florierenden Wirtschaft blicken die Menschen keineswegs optimistisch in die Zukunft. Im Gegenteil: Aus einer Gesellschaft des sozialen Aufstiegsversprechens wurde die des realen Abstiegs.

Der Krisenkapitalismus: offener – und härter

Zwar ist Deutschland einigermaßen gut aus der Krise gekommen, dennoch sinken im weltweiten Maßstab die Profitraten – seit Jahrzehnten. Und auch in Deutschland ist das „goldene Zeitalter" des Kapitalismus endgültig vorbei. Die bundesrepublikanische Nachkriegszeit war geprägt von weitgehender Zustimmung zum demokratischen Parlamentarismus, von eingebundenen Milieus, starken Gewerkschaften und einer sehr niedrigen Arbeitslosenquote. Nachtwey macht bei der Beschreibung der Nachkriegs-BRD nicht den Fehler anzunehmen, dass wirklich alles Gold war, was glänzte: Zwar habe der keynesianische Kapitalismus die ökonomische Ungleichheit zwischen den Klassen abgemildert, zugleich wurden mit dem „männlichen Ernährermodell" jedoch Ungleichheiten ausgebaut – zu Lasten von Arbeitsmigrant_innen und Frauen.

Mitte der 1970er Jahre ermattete der Kapitalismus: Die Wachstumsraten sanken, das Kapital investierte zurückhaltender – und auch der ideologische Konsens begann zu bröckeln. Zeitgleich internationalisierte sich die Produktion, das Finanzsystem wurde umstrukturiert, der Neoliberalismus begann seinen Siegeszug. Trotz aller Versuche, durch Deregulierungen und Privatisierungen neue Märkte zu erschließen, blieb das Wachstum weitgehend aus. Seit den

1970er Jahren nahm der Druck auf die Lohnarbeit kontinuierlich zu, die Löhne sanken, „Flexibilisierungen" erhöhten die Konkurrenz zwischen den Lohnarbeitenden, der Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigungsverhältnisse etablierten sich.

Doch: Man würde es sich zu einfach machen, die gegenwärtige Abstiegsgesellschaft schlicht als ungleicher zu kennzeichnen. Die Stellung von sogenannten Minderheiten hat sich trotz allem weiteren Nachholbedarf geändert: Migrant_innen beziehungsweise deren Nachfahren, Frauen und Arbeiterkinder haben es, wenn es um Karrierechancen geht, zwar immer noch schwerer als weiße Kleinbürger, aber es ist in den vergangenen Jahrzehnten eine Angleichung festzustellen. Zugleich hat die ökonomische Ungleichheit insgesamt zugenommen, die Schere zwischen Arm und Reich ging weiter auseinander. Die Gleichzeitigkeit beider Tendenzen nennt Oliver Nachtwey Prozesse der regressiven Modernisierung. Diese

„verknüpfen häufig gesellschaftliche Liberalisierung mit ökonomischer Deregulierung. Horizontal, zwischen Gruppen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen, zwischen den Geschlechtern und in bestimmten Bereichen sogar zwischen den Ethnien, wird die Gesellschaft gleichberechtigter und inklusiver, vertikal geht diese Gleichberechtigung mit größeren ökonomischen Ungleichheiten einher" (S. 11).

Kalte Küche statt warme Stube

Die Kämpfe gegen Diskriminierung verschärften den Konkurrenzdruck im Postwachstumskapitalismus. Das Rangeln um den Aufstieg wird seit Jahrzehnten intensiver, gleichzeitig sind immer mehr Menschen von Abstieg bedroht. Weite Teile der Babyboomer-Generation, also der zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1960er Jahre Geborenen, konnten sich noch einigermaßen sicher sein, dass sie aufsteigen oder zumindest die soziale Position ihrer Eltern einnehmen werden. Das wärmende Gefühl in der Stube der Eltern wich einer klammen Abstiegsangst im kalten Gemeinschaftsbüro. Die Zeiten des sozial abgefederten Kapitalismus, der einen Fahrstuhl nach oben für alle in Aussicht stellte, sind endgültig vorbei. Der derzeitige flexible Kapitalismus ist auch ein Krisenkapitalismus, von dem man sich nichts mehr erhofft, sondern der stets mit sozialem Abstieg droht.

Soweit die Diagnose der Abstiegsgesellschaft – doch was hilft dagegen? Nachtwey beobachtet unterschiedliche Symptome des Aufbegehrens: Manche besetzen Plätze und pfeifen auf die repräsentative Demokratie, andere schließen sich zusammen, organisieren sich in neuen linken Parteien, man könnte sagen: versuchen sich an einer neosozialdemokratischen Politik in Podemos, SYRIZA und Co. Andere suchen ihr Glück in der reaktionären Volksgemeinschaft. Was allen fehlt, so Nachtwey, sei „eine Idee von einer gelingenden Zukunft".

Oliver Nachtwey verzichtet weitgehend auf Antworten zu den großen Fragen der Abstiegsgesellschaft, das tut seiner glänzenden Gegenwartsanalyse keinen Abbruch. Nachtwey betreibt Gesellschaftsanalyse im besten Sinne: Er beschreibt nicht nur, sondern erklärt auch die Veränderungen; er geht von den ökonomischen Produktionsverhältnissen aus, behält die Gesellschaft aber im Blick; er diskutiert eine Fülle soziologischer Fachdiskurse, verliert sich aber nicht darin; er schreibt für ein breites Publikum, ohne dabei trivial zu werden.

Die Analyse der Abstiegsgesellschaft rechtfertigt reaktionäres Aufbegehren nicht, sie hilft aber die aktuellen Entwicklungen zu verstehen. PEGIDA und AfD funktionieren auch deshalb, weil die Gaulands und Höckes, die sich den kleinen Leuten zuwenden, spiegelbildlich zur regressiven Moderne stehen: für mehr vertikale, gegen horizontale Gleichheit. Im Klartext: Sie richten sich offen gegen gesellschaftspolitisch liberale Werte und verbinden das mit dem (zumindest zur Schau gestellten) Wunsch nach mehr sozialer Sicherung, sie verbinden reaktionäre Gesellschaftspolitik mit Sozialkonservatismus.

Hinzu kommt die materielle Basis für Sexismus und Rassismus: Es reicht für die (weißen, männlichen) Abstiegsbedrohten nicht mehr aus, nur hart genug an sich zu arbeiten, auch die Konkurrenz um die guten Positionen muss weg – und wenn plötzlich auch Migrant_innen und Frauen um die besseren Plätze konkurrieren, macht es das nicht gerade einfacher.

Ob sich die erhöhte Konkurrenz real auswirkt, ist dabei nebensächlich. In der Kneipe berichtete mir mein Gesprächspartner auch von seinen Kündigungserfahrungen. Es stellte sich heraus, dass seine Jobs nicht ersetzt wurden, sondern die Firmen, bei denen er angestellt war, insolvent gegangen sind. Das Gespräch glitt dann ab – und drehte sich wieder um den Islam. Dabei ist der wahrscheinlich einzige Muslim in der Kleinstadt, in der er lebt, der Dönerverkäufer am Busbahnhof, einen rufenden Muezzin wird man dort wohl nie hören. Das überfüllte Jobcenter im Ort hingegen ist real.

Oliver Nachtwey 2016:
Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne.
Suhrkamp, Berlin.
ISBN: 978-3-518-12682-0.
264 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Hartz IV und der Ruf des Muezzins. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1348. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Unterschicht - Eine Frage der Körperhaltung?

Britta Steinwachs
Zwischen Pommesbude und Muskelbank
Die mediale Inszenierung der "Unterschicht"

Die Studie bietet eine sehr detailgenaue Aufarbeitung der Scripted-Reality-Sendung „Familien im Brennpunkt" und der dortigen Herstellung des „Unterschichtkörpers".

Rezensiert von peps perdu

Britta Steinwachs zeigt in dem vorliegenden Band anhand zweier Folgen des RTL-Formats „Familien im Brennpunkt" auf, wie durch Körper und körperliche Ausdrucksformen die Unterschicht dargestellt beziehungsweise hergestellt wird. Sie zeigt zugleich auf, wie sich hierdurch (un-)bewusste Widerständigkeiten gegen bürgerliche Normen ausdrücken können. Interessant ist dabei nicht nur die Feinanalyse des Materials, sondern auch die allgemeine Veränderung des sogenannten Unterschichtenfernsehens in den letzten Jahren.

Zunächst führt Steinwachs kompakt und informativ in die theoretischen Grundgedanken des Buches entlang von Unterschichtsdebatten, soziologischen Theorien zu Körpern und Scripted-Reality-Formaten ein. Hierbei erarbeitet sie ihre Analyse auf der Grundlage der 2004 aufkommenden Debatte um die Neue Unterschicht. In ihrer Darstellung zeichnet sie den neoliberalen Aktivierungsgedanken und die Rolle des Sozialstaates anhand von Fernsehen als Akt und als Medium nach. Fernsehen wird hierbei als Ausdruck der Passivität von Subjekten und als Teil der *Unterschichtskultur* gesehen, parallel dazu werden aber auch die Unterschicht und dazugehörige Körper durch Fernsehen medial hergestellt.

"Kern des medial gezeichneten Bilds der 'Neuen Unterschicht' ist einerseits die Inszenierung des 'Unterschichtsalltags' als Kultur der 'Verwahrlosung' (z.B. exzessiver TV-Konsum, übermäßige und ungesunde Ernährung, gesundheitsschädlicher Tabak- und Alkoholkonsum), andererseits, daraus resultierend, die politische Einschätzung, der deutsche Sozialstaat biete den 'Faulenzern' zu viele Freiheiten, das Sozialsystem auszunutzen" (S. 7, Herv. i. O.).

Sowohl die Rolle des Sozialstaates als auch die Darstellung von Verwahrlosung zeigen sich in den beiden von der Autorin ausgewählten Episoden von „Familien im Brennpunkt".

Das Format steht exemplarisch für „Unterschichtsfernsehen" und suggeriert eine Nähe zum realen Leben vieler Menschen. Dieses ist nicht nur durch die zugeschriebene Zielgruppe definiert, sondern auch dadurch, dass Laiendarsteller_innen aus unteren Klassenlagen *einfache Menschen* darstellen. Steinwachs nutzt die Begrifflichkeit *einfache Menschen*, um die vermeintliche Normalität und Authentizität der Darsteller_innen und Charaktere, aber auch die Positionierung in unteren Lebenslagen begrifflich zu erfassen. Diese Scripted-Reality-Formate sind der bisherige Höhepunkt, was die Inszenierung vorgeblich einfacher Menschen in Privatsendern betrifft: Waren Talkshows der 1990er Jahre dadurch gekennzeichnet, dass auch vermeintliche Normalbürger_innen mit ihren Geschichten eingebunden wurden, liegt der Fokus der Fiktion und die Rekrutierung der Darsteller_innen bei Scripted-Reality-Formaten darauf, eine authentische Perspektive auf *einfache*

Menschen zu vermitteln.

Unterschichtskörper im Unterschichtsfernsehen

Der Hauptteil des Buches ist der diskursanalytischen Betrachtung von zwei je 45-minütigen Episoden von „Familien im Brennpunkt“ gewidmet. Dieses Format hat regelmäßig 18 Stunden Sendezeit pro Woche. Die Autorin arbeitet am Beispiel der Familien Schmitz und Rotkowski heraus, wie klassenspezifische Merkmale anhand von Körpern und körperlichen Ausdrucksformen hergestellt werden. In der Analyse werden drei Schwerpunkte gesetzt: Körper und Modifikation, der Themenkomplex Gesundheit sowie der Umgang mit Sexualität und Geschlechterrollen.

Generell ist die Analyse sehr akribisch, detailreich und strukturiert. So wird beispielsweise in Bezug auf Sprache und Artikulation sehr genau und auf verschiedenen Ebenen herausgearbeitet, wie sich der Sprachgebrauch, aber auch das sprachliche Feingefühl der dargestellten Personen von den Mittelklassecharakteren unterscheiden. Ein „mangelhafter“ Sprachgebrauch wird nicht nur den unteren Klassen, sondern vor allem einem geringen formalen Bildungsniveau zugeschrieben.

Bei der Auswertung ihrer Daten verbindet die Autorin elegant die Analyse des Sprachgebrauchs der Charaktere mit den damit verbundenen gesellschaftlichen Zuschreibungen. So wird gezeigt, dass ein „ordinärer“ Sprachgebrauch gleichgesetzt wird mit hegemonialen Ansichten von Dummheit. Auch die Lautstärke der Ausführungen lässt sich als Zeichen für die zugeschriebene mangelnde emotionale Beherrschung der Unterschicht lesen. So beschreibt Britta Steinwachs, dass Sprache hier nicht nur klassenspezifisches Merkmal ist, sondern zeitgleich „Integrationsbarriere in die bürgerliche Welt“ (S. 50). Allein der individuelle Leistungswille des (bildungs-)aufstrebenden James Schmitz (als Sohn von stereotypisierten Unterschichtseltern) scheint diese Barriere zu überwinden – er hat einen anderen Sprachgebrauch als seine Familie. Hierbei, so macht Britta Steinwachs deutlich, zeigen sich die eingangs beschriebenen neoliberalen Individualisierungstendenzen - strukturelle Problematiken wie unterschiedlicher Zugang zu Bildung und einem „korrekten“ Sprachgebrauch werden ausgeblendet und stattdessen dass Individuum für seine gesellschaftlichen „Aufstieg“ verantwortlich gemacht.

Im Fazit schlägt Steinwachs gekonnt die Brücke zum Anfang des Buches, wobei die Rolle des Sozialstaates und die Bedeutung von Aktivität erneut in den Fokus rücken. Der Schwerpunkt – und auch die moralisierende Komponente in den Folgen – liegt darin, dass die Charaktere aktiv „an sich arbeiten“, um ihre Lebenssituation zu verändern. Eine Ablehnung dieser Veränderung – wie sie durch James’ Eltern oder Spencers Mutter dargestellt werden – ist gesellschaftlich nicht gewollt. Hier zeigt sich die Möglichkeit von Widerständigkeit gegen bürgerliche Praktiken und Normen, aber auch, wie solch eine Inszenierung stigmatisierend auf die unteren Klassen wirkt. So führt die Autorin in Bezug auf die Rolle der dargestellten Eltern (rauchend und bildungsverweigernd) aus:

„Die Unterschichtscharaktere machen sich im Sinne des Aktivstaats schuldig an der Gemeinschaft, da sie einerseits einer neoliberalen Selbstfürsorge nicht nachkommen, indem sie sich einer gesundheitlichen Prävention entziehen, und andererseits indem sie in passiven traditionsbewussten Handlungsmustern verharren (wollen) – welche sie selbst als Normalität definieren – und damit auch die Maximierung des gesellschaftlichen Werts ihrer Söhne als zukünftige Arbeitsmarktteilnehmer gefährden“ (S. 104f.).

Widerständigkeit ist hierbei nicht zwangsläufig ein bewusster Akt, sondern eher die Verweigerung, Teil einer Leistungsgesellschaft zu sein. Die analysierten Scripted-Reality-Formate unterstützen dabei aber weniger solche Verweigerung oder bieten eine Chance der Positionierung, sondern sie forcieren in der Art des Handlungsverlaufs eine Orientierung an bestimmten Werten, um nicht selbst zu scheitern und aus dem gesellschaftlichen Rahmen zu fallen (vgl. Britta Steinwachs im Interview).

Die feinen Unterschiede

„Zwischen Pommesbude und Muskelbank“ zeigt sehr detailgetreu Zuschreibungen und Darstellungen der Unterschichtskörper im Fernsehen auf, welche so auch abseits des behandelten Formats medial wiederzufinden sind. Die Genauigkeit der Analyse in Bezug auf „gewöhnlich“ wirkende Dinge wie Sprache, Kleidung, aber auch Körperhaltung und Gestik macht das Buch zu einer Bereicherung im Kontext der Medienanalyse.

Es ist jedoch auch spürbar, dass das Buch auf der Grundlage einer Masterarbeit entstanden ist: So werden Darstellungen der akustischen Energie bei Dialogen herangezogen, über die Britta Steinwachs nachweist, dass auch die Tonfrequenzen und die Lautstärke klassenspezifisch verschieden dargestellt werden. Dies ist zwar sehr interessant, allerdings erschließen sich die selbst entwickelten Darstellungen mir ohne Vorkenntnisse nicht. Auch ist die Sprache sehr akademisiert, und es erfordert einige Zeit, sich in die oft langen Satzstrukturen hineinzudenken. Zudem hat die Vorauswahl der beiden Episoden mit männlichen Hauptfiguren dazu geführt, dass meinem Eindruck nach geschlechterreflektierte Perspektiven in der Analyse zu kurz kommen. Zwar wird herausgearbeitet, dass männliche Körper anders hergestellt werden als weibliche, aber weibliche Charaktere sind in beiden Episoden auch nicht die zentralen Figuren, was die Analyse beeinflussen könnte.

Trotzdem ein sehr interessantes und empfehlenswertes Buch, um sich anhand praktischer Beispiele aus dem Medienalltag mit theoretischem Wissen über Klasse und Klassengeschmack – beispielsweise in Bezug auf Kleidung oder Haarstyles – auseinanderzusetzen. Schriftzüge auf Shirts und der Verzicht auf individualisierende Accessoires scheinen auf den ersten Blick nicht bedeutsam zu sein, aber schon so feine Unterschiede markieren die Träger_in – in Verbindung mit weiteren Markern – als Teil eines bestimmten Milieus. Das Buch hilft dabei, zu reflektieren, wie Wissen über untere Klassen hergestellt wird und macht dies durch die Unterscheidung der beschriebenen „Unterschichtskörper“ und der Körper Außenstehender wie James’ Lehrerin erkennbar. Es hilft auch, sich klarzumachen, wie man selbst dieses marginalisierende Wissen reproduziert. Die nächste Runde Fernsehen wird zumindest bei mir durch eine neu geschärfte analytische Brille betrachtet.

Zusätzlich verwendete Literatur

„Abstruse Drehbücher schaffen mediale Zerrbilder“. Britta Steinwachs im Interview mit Patrick Schreiner. Online hier.

Britta Steinwachs 2015:
Zwischen Pommesbude und Muskelbank. Die mediale Inszenierung der "Unterschicht".
Edition Assemblage, Münster.
ISBN: 978-3-942885-91-1.
157 Seiten. 16,80 Euro.

Zitathinweis: peps perdu: Unterschicht - Eine Frage der Körperhaltung? Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1346. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

„Penner klatschen“

Lucius Teidelbaum
Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus

Eine Einführung in das Phänomen der Obdachlosenfeindlichkeit.

Rezensiert von Anna Jocham

Obdachlosenfeindlichkeit ist weit verbreitet, wird in der Öffentlichkeit aber kaum thematisiert. Laut Ergebnissen der repräsentativen Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer 2012) lassen sich 2011 bei knapp einem Drittel der Bevölkerung abwertende (teils sozialdarwinistische) Einstellungen gegenüber Obdachlosen feststellen.

2013 ist im Unrast Verlag ein 80-seitiges Büchlein mit dem Titel „Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus“ erschienen. Der Autor Lucius Teidelbaum ist Historiker und freier Publizist, dessen Fachgebiet die extreme Rechte und Rechtspopulismus ist. Sein Buch soll dazu beitragen, dass Obdachlosenfeindlichkeit und dem zugrundeliegenden Sozialdarwinismus mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Dazu beleuchtet er vor allem die rechte Gewalt gegen Obdachlose und erläutert in diesem Zusammenhang „wie Sozialdarwinismus funktioniert, wo er seine Wurzeln hat und welche Verbreitung er findet“ (S. 6).

Sozialdarwinismus als Grundlage für Obdachlosenhass

Zur Einführung gibt Teidelbaum einen Überblick über das Ausmaß der Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Deutschland. Er beleuchtet die verschiedenen Ursachen, reißt die finanzielle und gesundheitliche Situation von obdachlosen Menschen an und verweist auf die besondere Situation von Frauen und Mädchen in der Obdachlosigkeit, die aufgrund fehlender Rückzugs- und Schutzräume einem größeren Risiko sexueller Gewalterfahrungen ausgesetzt sind.

Teidelbaum zeigt nun den Zusammenhang zwischen Sozialdarwinismus und Obdachlosenfeindlichkeit auf. Unter Sozialdarwinismus wird die Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft beziehungsweise der vermeintlichen Nichtbeteiligung an geregelter Lohnarbeit verstanden. Damit basiert dieser auf dem Arbeitsethos und Leistungsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Als wichtigste Funktion des Sozialdarwinismus benennt der Autor die Transformation sozialer Ungleichheit in Ungleichwertigkeit. Durch die Bewertung von Menschen nach ihrer (wirtschaftlichen) Leistung und Leistungsfähigkeit wird soziale Ungleichheit naturalisiert, und die gesellschaftlichen Bedingungen werden verschleiert. So erscheinen beispielsweise Armut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit nicht mehr als gesellschaftliche, sondern als individuelle und selbstverschuldete Probleme.

Sozialdarwinismus kann nun in latenter Form, als abwertende Einstellungen gegenüber ökonomisch Benachteiligten, oder in manifester Form, als verbale Beschimpfungen, körperliche Übergriffe oder institutionelle Benachteiligung, auftreten. Obdachlose Menschen sind dabei nur eine Opfergruppe. Ebenso davon betroffen sind unter anderem Menschen in Armut, Menschen mit

Behinderung und arbeitslose Menschen. Der speziell gegen Obdachlose gerichtete Sozialdarwinismus kann als Obdachlosenfeindlichkeit, -abwertung oder -hass bezeichnet werden.

Verharmlosung und Entpolitisierung des Obdachslosenhasses

Nach einem aufschlussreichen Kapitel zur Geschichte der Obdachlosenfeindlichkeit, welches die Vagabund_innen-Bewegung in der Weimarer Republik und die Verfolgung von Obdachlosen als „Asoziale“ während des deutschen Faschismus beleuchtet und das Thema in der DDR zu erfassen versucht, erfolgt eine nähere Betrachtung des gegen Obdachlose gerichteten Sozialdarwinismus in der heutigen Zeit. Hier greift der Autor auf die gängige Unterscheidung zwischen struktureller und institutioneller Diskriminierung zurück. Neben dem strukturellen Sozialdarwinismus gegen Obdachlose legt Lucius Teidelbaum den Fokus vor allem auf die institutionelle Gewalt und Ausgrenzung durch Behörden wie Polizei, Arbeitsämter und Gerichte.

Weitere Kapitel befassen sich mit der sozialdarwinistisch motivierten Gewalt gegen obdachlose Menschen, deren extremste Folge der Tod von Obdachlosen ist. Teidelbaum macht darauf aufmerksam, dass viele solcher Gewalttaten durch Polizei und Justiz entpolitisiert werden, indem der Obdachlosenhass verharmlost und durch andere Motive (wie Alkoholkonsum, Langeweile oder Aggressionen) verschleiert wird. Teils überschneiden sich bei gewalttätigen Übergriffen sozialdarwinistische Motive mit rassistischen, antiziganistischen, antisemitischen, homophoben sowie behindertenfeindlichen Motiven. Der Autor verdeutlicht auch, dass Gewalt gegen Obdachlose häufig von Gruppen ausgeht und dabei der rechte Hintergrund der Täter oder ihrer Motive kaum wahrgenommen wird. In separaten Informationskästchen werden immer wieder Beispiele von Gewalttaten gegen Obdachlose geschildert, die den Lesenden einen Eindruck von den Taten, den Opfern, den Täter_innen und der Strafverfolgung vermitteln. Erschreckend ist dabei vor allem die Brutalität der sozialdarwinistisch motivierten Gewalttaten sowie das fehlende Unrechtsbewusstsein der Täter_innen auch nach Übergriffen. Viele der Täter_innen scheinen den Obdachlosen den Status eines vollwertigen Menschen abzusprechen.

Teidelbaum plädiert dafür, Obdachlose vor allem als Opfer rechter Gewalt in den Blick zu rücken, wobei diese aufgrund fehlender Rückzugsräume eine besondere Schutz- und Wehrlosigkeit aufweisen. Einer der wichtigsten Aspekte des Buches wird am Ende nochmals deutlich: Rechte Gewalt gegen Obdachlose muss als Spitze des gesellschaftlich weit verbreiteten Sozialdarwinismus gesehen werden. Das bedeutet auch, es bedürfte einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft, damit dem Sozialdarwinismus seine ökonomische Grundlage entzogen werden könnte. In einer immer stärker leistungsorientierten Gesellschaft scheinen wir davon jedoch weit entfernt.

Ein guter Einstieg

Lucius Teidelbaum hat mit seinem 80-seitigen Buch einen Spagat geschafft, der die wichtigsten Aspekte einer sozialdarwinistisch motivierten Obdachlosenfeindlichkeit beleuchtet, diese historisch einbettet, ihre heutige Ausprägung aufzeigt und notwendige Gegenmaßnahmen benennt. Bedauerlich ist der stellenweise etwas belehrende Charakter. Wenn das Buch beispielsweise mit dem Satz „Obdachlose sind Menschen!“ (S. 8) beginnt, erscheint es den Lesenden, als unterstelle man ihnen mögliche menschenfeindliche Einstellungen. Dabei sollen sich die Bücher der Reihe „unrast transparent“ an wache, politisch denkende Lesende wenden. Freilich sind auch solche nicht frei von Vorurteilen, ein belehrender Ton erscheint hier aber überzogen.

Den Begriff des Sozialdarwinismus mit dem der Obdachlosenfeindlichkeit zu verknüpfen, ist durchaus einleuchtend und gewinnbringend. Allerdings bleibt der Begriff des Sozialdarwinismus im Buch etwas unscharf. Einerseits wird er auf die „Abwertung von Transferleistungs-Empfänger_innen und soziale Randgruppen“ (S. 16) reduziert, andererseits wird er an anderen

Stellen wieder in einem breiteren Verständnis verwendet. Vor allem überrascht, dass dem sozialdarwinistischen Prinzip des „Rechts des Stärkeren“ kaum Aufmerksamkeit gewidmet wird. Gerade bei sozialdarwinistisch motivierter Gewalt gegen Obdachlose dürfte dies eine Rolle spielen. Weitere Ungenauigkeiten betreffen die Trennschärfe von Sozialdarwinismus im Allgemeinen und speziell sozialdarwinistisch motiviertem Obdachlosenhass. Im Kapitel zur Geschichte der Obdachlosenfeindlichkeit und -verfolgung beispielsweise wird im Abschnitt zur DDR der Sozialdarwinismus im Allgemeinen behandelt. Der Lesende erfährt zwar noch, dass es in der DDR vermutlich keine Obdachlose gegeben hat, wartet aber vergeblich auf weitere Erläuterungen. Stattdessen wird erklärt, welche Gruppen in der DDR von Ausgrenzung, Diskriminierung et cetera betroffen waren. Welche Rolle die kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) und die geringen Mieten in der DDR im Zusammenhang mit dem Nichtauftreten von Obdachlosigkeit spielten, wird leider nicht einmal angerissen. Solche Passagen erschweren es dem Lesenden stellenweise, dem roten Faden zu folgen.

Sozialdarwinismus ist nicht das einzige Motiv für Obdachlosenfeindlichkeit. Auf 80 Seiten ist allerdings kaum Platz, um zum Beispiel näher auf das romantisierende Obdachlosenbild als Projektionsfläche für den Unmut oder Frust über die eigene Unfreiheit einzugehen. Es ist also zu berücksichtigen, dass das Buch eben nur eine – vermutlich die bedeutendste – Ursache von Obdachlosenfeindlichkeit beleuchtet. Abgesehen von diesen Kritikpunkten führt das Buch kurz und informativ in die Thematik ein und ist ein wichtiger Beitrag, um mehr Aufmerksamkeit auf das Thema Obdachlosenhass zu lenken. Wer sich noch wenig mit diesem Thema beschäftigt hat, findet mit diesem Büchlein eine lohnenswerte Einführung.

Zusätzlich verwendete Literatur

Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp, S. 15-41.

Lucius Teidelbaum 2013:
Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-124-2.
80 Seiten. 7,80 Euro.

Zitathinweis: Anna Jocham: „Penner klatschen“. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1343. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Hat „der" Feminismus ein Klassenproblem?

Julia Roßhart
Klassenunterschiede im feministischen Bewegungsalltag
Anti-klassistische Interventionen in der Frauen- und Lesbenbewegung der 80er und 90er Jahre in der BRD

Ein Buch über das weitgehend ignorierte Thema der Klassenunterschiede in feministischen Bewegungszusammenhängen und Formen des Eingreifens.

Rezensiert von Lena Hezel

Julia Roßhart beschäftigt sich in ihrer Dissertation mit einem Thema, das – nicht nur in „der" feministischen Linken – bisher weitgehend unbearbeitet, wenn nicht gar grob vernachlässigt geblieben ist. Obwohl klassistische Diskriminierungen in fast allen Strukturen des täglichen Lebens zu finden sind, wird Klassismus innerhalb politischer, aktivistischer Zusammenhänge kaum problematisiert. Roßhart widmet sich dieser Leerstelle und liefert damit „eine bewegungsgeschichtliche Aufarbeitung und Interpretation vergangener feministischer anti-klassistischer Binneninterventionen, die in der BRD (potentiell) wirksam waren“ (S. 15). Sie geht damit also der Frage nach, wie Klassenunterschiede innerhalb von feministischen Bewegungszusammenhängen der 1980er und 1990er Jahre thematisiert und problematisiert wurden.

Dabei liegt ihr Fokus auf dem konkreten Eingreifen, auf ganz gezielten Aktivitäten und klar formulierter Kritik, die erfahrene Klassenrealitäten und (bewegungs-)alltäglichen Klassismus benennen und gegebenenfalls herausfordern. Zugleich liefert die Publikation wichtige Einblicke in die Wirkungsmacht von Klasse beziehungsweise Klassismus in der zeitgenössischen Frauen-/Lesbenbewegung. Im Mittelpunkt stehen dabei die persönlichen Erfahrungen von feministischen Akteurinnen* mit bestehenden Klassenunterschieden innerhalb der Bewegungszusammenhänge und ihre damit verbundenen binnenkritischen Interventionen. Gemeint sind hiermit Veränderungsversuche in unterschiedlichen Formen: Es wurde diskutiert, Texte wurden geschrieben, Proll-Lesbengruppen gründeten sich, ein Umverteilungskonto wurde ins Leben gerufen.

„Prolo Dykes Making Real Change“: Anti-klassistische Interventionen

In sechs Interpretationskapiteln arbeitet Roßhart unterschiedliche Formen anti-klassistischen Eingreifens heraus. In zwei weiteren Kapiteln geht es ergänzend um Interventionen in Hochschule und Wissenschaft sowie um andere nationalstaatliche Bewegungszusammenhänge (USA und Niederlande). Als Quellen dienen der Autorin dabei Interviews und Gespräche mit damaligen Protagonistinnen* sowie umfangreiche Recherchen in Zeitschriften, Protokollen, Programmheften und so weiter. Die von ihr herausgestellten Interventionsformen umfassen: schriftliche Kritik, Verteilen von Flyern, redaktionspolitische Strategien (in Bezug auf die Redaktion einer konkreten Zeitschrift), die Bildung identitätspolitischer Gruppen, selbstorganisierte Veranstaltungen, die Herausbildung einer kollektiven politischen Identität, mündlichen Austausch in klassengemischten

Kleingruppen, klassengemischte Workshops und schließlich die Einrichtung eines Umverteilungskontos durch eine Berliner Proll-Lesbengruppe.

Im Falle des Kontos handelte es sich um eine ganz konkrete Intervention durch die Umverteilung von Geld: Vergleichsweise reiche Lesben zahlten anonym Geld ein, welches wiederum anonym abgehoben werden konnte. Dafür wurden bereits unterschriebene Schecks ausgegeben, in die ein frei wählbarer Betrag eingetragen werden konnte. Das System funktionierte „offenbar erfolgreich und maßgeblich auf Grundlage gegenseitigen Vertrauens“ (S.147).

Roßhart führt an, dass die von ihr zusammengetragenen Interventionen entweder von FrauenLesben (gemeint sind damit Lesben und Heteras) mit nicht-akademischer Klassenherkunft oder von diesbezüglich gemischten Kleingruppen angestoßen wurden. Ausschlaggebend für verschiedene Interventionen waren häufig Diskriminierungserfahrungen entlang der Kategorie Klasse, vor allem wenn diese mit einer Tabuisierung oder Ignoranz von Seiten klassenprivilegierter Feministinnen* einhergingen. Ein Beispiel für die Thematisierung von Klassenunterschieden ist folgendes Zitat aus einem Flyer (ohne Datum, zwischen 1990 und 1991) der Proll-Lesben-Gruppe:

„Auffallend ist, daß alle Proll-Lesben, mit denen wir geredet haben, schon einmal an dem Punkt waren, an sich zu zweifeln (bin ich denn wirklich politisch ... ??), oder von anderen kritisiert wurden auf Grund ihrer nicht so kopflastigen Herangehensweise. Wir müssen lernen uns so einzubringen, wie wir sind und nicht die Normen + Werte der ‚anderen‘ einfach übernehmen“ (S. 140).

Dafür, dass sich dieses Problem bis heute alles andere als erledigt hat, findet Roßhart klare Worte:

„Kämpfe um Wissensbildungen gegen Herrschaftsverhältnisse (inklusive Kapitalismus) stoßen meines Erachtens aber rasch an ihre emanzipatorischen Grenzen, wenn sie jene oder einen Teil jener aus den Arenen der Wissensbildung und Politik ausschließen, an den Rand drängen, nicht wahrnehmen, ignorieren oder abwerten, um die es dabei vorgeblich (auch) geht“ (S. 31).

Roßharts Arbeit liefert einen sehr guten Einblick in historische und aktuelle Diskurse und den Forschungsstand, wobei immer wieder Rückbezüge auf den feministischen Bewegungsalltag gemacht werden. Dabei gelingt es ihr, die Akteurinnen* und ihre Interventionen in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen, sie als Expertinnen* ernst zu nehmen und sich von ihren Diskursen leiten zu lassen.

Obwohl Begrifflichkeiten und Sprachreglungen generell klar und ausführlich erläutert werden, bleiben einige Begriffe ohne genaue Definition. So wird Klassismus beispielsweise als „*eines von mehreren* Herrschaftsverhältnissen“ (S. 23) angeführt. Als Leserin* sucht man auch erfolglos nach einer klaren Klassendefinition oder der Herausarbeitung eines eigenen Klassenbegriffs. Diese fehlende Klarheit wird von der Autorin selbst reflektiert. Die begriffliche Unschärfe liegt hier aber vor allem an Roßharts Forschungsansatz, die Aktivistinnen* und ihre jeweiligen Definitionen in den Mittelpunkt ihrer Analysen zu stellen. Dahinter steht der Versuch, „auf totalisierende Ansprüche an Theorie zu verzichten und Konkurrenz- und Vereinnahmungslogiken zu durchbrechen“ (S. 48).

Class matters – Der Feminismus hat ein Klassenproblem!

Roßhart attestiert dem Feminismus aufgrund seiner Akademisierung ein Klassenproblem und fordert zu mehr konkreter Kapitalismuskritik auf: „Wie können die Fäden zwischen Klassismuskritik und Kritik an kapitalistischen Arbeits-, Verteilungs- und Ausbeutungsprozessen weitergesponnen und verdichtet werden, analytisch und aktivistisch?“ (S. 460)

Sie plädiert dafür, Klassendimensionen in den Blick zu nehmen und offen zu sein für Menschen, die keine akademische Klassenherkunft besitzen und trotzdem – oder gerade deswegen – das

Spektrum des Feminismus erweitern und bereichern können. Mehr noch: Möchte der Feminismus eine gesellschaftliche Relevanz haben und den Interessen aller Frauen* Rechnung tragen, ist er auf die Erfahrung und Perspektiven dieser Frauen* angewiesen. Fallstricke, die es zu vermeiden gilt, sind hierbei unter anderem Paternalismus, (subtile) Abwertung und abschätzige Blicke der Klassenprivilegierten auf Feministinnen* nicht-akademischer Herkunft.

Die Autorin hält die Lesenden dazu an, aktiv zu werden und unbequeme Fragen zu stellen: Wer hat Zugang zu feministischen Debatten? Wer produziert Theorie und prägt Begriffe? In welchen Worten und mit welcher Sprache werden feministische Ideen vermittelt? Welche Klischees und Vorurteile finden sich in Bezug auf Nicht-Studierte, Gastarbeiterinnen*, „die Unterschicht", Erwerbslose und so weiter? In welchen Räumen finden Veranstaltungen statt, und wie sind diese inhaltlich gestaltet? Roßhart konstatiert: „All diese und viele weitere Fragen – die sich gleichermaßen auch für linke Theorie und Praxis stellen – haben eine Klassendimension. Es gibt noch viel zu tun" (S. 460).

Ganz gewiss hat die Autorin diesbezüglich mit ihrer Arbeit einen bedeutenden Beitrag geleistet und wichtige Anknüpfungspunkte für weitere Auseinandersetzungen mit Klassismus – auch oder vor allem – in (feministischen) Bewegungszusammenhängen genannt. Fraglich bleibt dabei allerdings, wie zugänglich Roßharts Forschungsarbeit für Aktivistinnen* mit nicht-akademischer Herkunft ist, beziehungsweise inwieweit der Transfer ihrer Forschungsergebnisse in außeruniversitäre Zusammenhänge möglich ist.

Zugegebenermaßen ist dies eine quasi unerfüllbare Anforderung an eine Dissertation und kann der Autorin nicht zur Last gelegt werden. Zudem verweist sie selbst mehrfach auf die zutiefst klassistische Struktur der Institution Hochschule und nennt unter anderem „bildungsbürgerliche Dominanzen" (S. 19) als Grund für die Verdrängung und Tabuisierung von Klassismus im Kontext Hochschule/Geschlechterforschung. Ganz bewusst habe sie sich deswegen „für eine Dezentrierung akademischen Wissens" (S. 56) entschieden, in dem sie den Fokus eben nicht auf akademisches, sondern auf Bewegungswissen lenkt. Diese Herangehensweise zieht sich konsequent durch Roßharts Arbeit. Sie lässt sich somit auch als eigene Interventionsform lesen: Auch wenn die klassistischen Strukturen der Institution Hochschule bestehen bleiben, schafft die Autorin es, diese in einem universitären Kontext zu kritisieren und – durch die Fokussierung auf nicht akademisches Wissen – ein Stück weit zu öffnen.

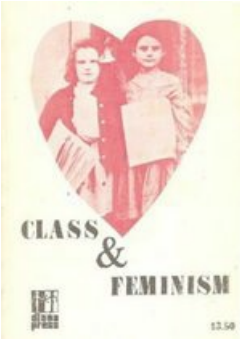
**

Das Buch erscheint im September 2016.

Julia Roßhart 2016:
Klassenunterschiede im feministischen Bewegungsalltag. Anti-klassistische Interventionen in der Frauen- und Lesbenbewegung der 80er und 90er Jahre in der BRD.
w_orten & meer, Berlin.
ISBN: 978-3-945644-06-5.
19,80 Euro.

Zitathinweis: Lena Hezel: Hat „der" Feminismus ein Klassenproblem? Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1341. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Die Revolution beginnt zu Hause



Charlotte Bunch / Nancy Myron (Hg.)
Class and Feminism
A Collection of Essays from The Furies

Mit dem Sammelband legte das lesbische Kollektiv The FURIES einen Grundstein für die Auseinandersetzung mit Klassismus. Eine mutige Herrschaftskritik, aus der wir heute noch viel gewinnen können.

Rezensiert von Maria Prilutskaya

Eine fünfköpfige Farmerfamilie macht ihre jährliche Einkaufsfahrt in die Nachbarstadt, um Schuhe für die Kinder zu besorgen. Als die kleine Tochter im Schaufenster eines Geschäfts genau die Schuhe sieht, die sie haben möchte, überredet sie die Eltern, das Geschäft zu betreten. Sie gehen hinein und setzen sich hin. Die Verkäuferinnen des ansonsten völlig leeren Schuhgeschäfts plaudern miteinander und ignorieren die Familie völlig, bis der Vater entscheidet, wieder hinauszugehen. Niemand in der Familie hat diesen Vorfall später angesprochen, aber Coletta Reid, die ihren Essay „Recycled Trash" mit dieser Erinnerung beginnt, wusste, ohne zu fragen: „Alles an uns war falsch – die Art, wie wir aussahen, sprachen, wie wir uns kleideten und bewegten" (S. 65, Übers. MP).

Die Essay-Sammlung mit dem Titel „Class and Feminism" wurde von der US-amerikanischen Frauengruppe The FURIES im Jahr 1974 herausgegeben als Versuch, sich mit der Klassendiskriminierung und mit den damit verbundenen Konflikten in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen. Doch das, was dabei entstanden ist, ging weit über die internen Konflikte der Frauenbewegung der 1970er Jahre hinaus. Das Buch ist eine scharfsinnige und bittere Gesellschaftsanalyse und ein politisches Programm zugleich. Für diejenigen, die vom Problem des Klassismus selbst betroffen sind, könnte es auch eine Befreiungslektüre werden.

Klasse ist mehr als Marx

„Class and Feminism" ist das erste bekannte Werk, das sich offen mit Klassismus beschäftigt und diesen Begriff auch verwendet. Was genau ist mit Klassismus gemeint? Coletta Reid und Charlotte Bunch sehen die Wurzel des klassistischen Verhaltens in der Idee der Überlegenheit der „oberen" Klassen. Die US-amerikanische Gesellschaft der 1970er Jahre lebt den Autorinnen zufolge in der Illusion, klassenlos zu sein. Durch die Vorstellung, dass jede und jeder, der hart genug arbeitet, aufsteigen kann und letztlich das bekommt, was er oder sie verdient, wird den Armen Hoffnung gegeben und den Privilegierten gleichzeitig das Gefühl der eigenen Überlegenheit. Der Wert einer Person wird an ihrem wirtschaftlichen Status gemessen, Erreichen oder Erhalt dieses Status aber zu ihrer alleinigen Verantwortung erklärt. Die Autorinnen distanzieren sich bewusst von akademischen Klassenbegriffen und in den Mittelklassen verbreiteten Theorien wie dem Marxismus und wenden sich der Perspektive der Betroffenen und ihrer Lebenserfahrung zu, um Klasse in der Form von Ideen und Verhaltensweisen zu fassen.

Die in der Kindheit erworbene Klassenposition einer Person hat existentielle Auswirkungen auf ihr Leben, selbst im Falle eines Auf- oder Abstiegs. Denn Klasse, so wie der Begriff von The FURIES verwendet wird, bedeutet viel mehr als die ökonomische Situation oder die Position im Produktionsprozess: Klasse bestimmt die Art, wie wir denken, sprechen, handeln, fühlen, uns selbst

und die Welt wahrnehmen, mit anderen Menschen umgehen, Klasse bestimmt unsere Bildung, unsere Zukunftsvorstellungen, unsere Bedürfnisse, unser Konflikt- und Risikoverhalten – und unser politisches Bewusstsein.

Dass man seine Klasse schnell verlassen kann, ist eine Illusion, die die klassistische Herrschaft zusätzlich stützt. Eine Kindheit voller Angst, Armut und Demütigung wird davon nicht ungeschehen gemacht, dass das Kind später doch einen Hochschulabschluss oder einen guten Job bekommt. Hinzu kommt, dass mit dem Aufstieg ein moralisches Dilemma verbunden ist: Für Menschen aus den „unteren" Klassen ist die Verbesserung ihrer sozialen Situation nur möglich, wenn sie die Werte und die Verhaltensweisen der Mittelklassen übernehmen. Damit übernehmen sie allerdings auch diskriminierende und ausgrenzende Verhaltensmuster und auch die vorherrschende Ideologie, dass jeder „es schaffen kann", und gelten als die „besseren" Armen. Die Aufsteiger_innen reproduzieren, wenn auch nicht unbedingt bewusst, die Unterdrückung der Arbeiter_innenklassen und werden damit zum Teil des klassistischen Problems.

Verzichten – aber richtig!

Als zweite gesellschaftlich und politisch schädliche Illusion wird die Vorstellung genannt, man könnte die Klassenunterschiede durch Verzicht und „freiwilligen Abstieg" beseitigen (S. 19f.). Hier setzt die Kritik an linken politischen Bewegungen und die Selbstreflexion der Frauengruppe an, die auch im heutigen politischen Kontext relevant bleibt. The FURIES sehen auch die „alternativen" politischen Bewegungen als hochgradig klassistisch, angeführt und dominiert von Kindern der Mittelklassen mit ihren Werten und ihren Vorstellungen vom „richtigen Leben".

Die politisch motivierte „Mobilität nach unten" beinhaltet in der Regel Ablehnung des materiellen Besitzes, Verzicht auf private Räume und Geld, eine anti-konsumistische beziehungsweise anti-materialistische Haltung und eine bestimmte Kommunikationskultur. All das können sich Kinder der Arbeiterklasse nicht leisten. Sie können schwer auf etwas verzichten, das sie nie hatten. Aus ihren Armutserfahrungen entwickeln sich oft Bedürfnisse, die in politischen Gruppen schnell als kontra-revolutionär abgestempelt werden: der Wunsch, endlich gute Kleidung zu tragen, eigenen Wohnraum zu haben, das Bedürfnis nach Sicherheit und Anerkennung. Eine Imitation der von ihnen als demütigend erfahrenen Lebensweise durch Personen, die aus Spaß auf dem Boden schlafen und Essen stehlen, aber gleichzeitig jederzeit zu ihren reichen Eltern zurückkommen können, wird oftmals als Beleidigung empfunden. Die „modisch gemachte Armut" („poverty made fashionable", S. 19) der Absteiger_innen aus den Mittelklassen wird zudem oft dazu genutzt, sich durch ihren „korrekten" Lebensstil und ihre „richtige" Kultur von anderen abzugrenzen und – im Falle der Kinder aus der Arbeiterklasse - sie von oben herab zu erziehen. Menschen aus armen Verhältnissen wird nicht zugetraut, ihre Lebenssituation und ihre Unterdrückung selbstständig analysieren und benennen zu können. Da sie die Ausdrucksweise der Mittelklassen oft nicht beherrschen und nicht entspannt und höflich kommunizieren können, werden sie als weniger vernünftig oder „politisch" wahrgenommen.

Im Kontext einer feministischen Gruppe kommen laut den Autorinnen andere Abwertungsmechanismen hinzu: die Weigerung, sich mit den eigenen Privilegien auseinanderzusetzen, weil Frauen angeblich nicht in der Lage sind, andere Frauen zu unterdrücken, die Aufwertung des Emotionalen und die permanente Beschäftigung mit eigenen Gefühlen (für Menschen aus ärmeren Gesellschaftsschichten ein Luxus), aber auch die Erwartung, dass alle Menschen gut und freundlich sein sollen. Kritik an klassistischem Verhalten unter Frauen kommt als persönlicher Angriff und Feindseligkeit an.

Nicht Schuld, sondern Veränderung

Es sind die Mischung aus Leidenschaft und Analyse und die vielfältigen und vielschichtigen Inhalte in der knappen Form der fünf- bis zwölfseitigen Essays, die „Class and Feminism" so

außergewöhnlich machen. Komplexere Herrschaftsanalysen und politische Reflexionen werden durch eigene Erfahrungen illustriert und der Leserschaft zugänglich gemacht. Die von den Autorinnen geäußerte Ablehnung des künstlichen Widerspruchs von Rationalität und Emotionalität wird auch in ihren Texten sichtbar, die den Verstand und die Gefühle gleichermaßen vermitteln und ansprechen. Klassismus wird im Buch auch in seiner Verbindung zu anderen Herrschaftsformen erkannt und analysiert, die Herrschaft der Reichen ist zugleich männlich und weiß, und auch die Kämpfe gegen Sexismus, Rassismus und Klassismus kann man nicht getrennt voneinander führen. Damit nehmen die Autorinnen bereits die politischen und wissenschaftlichen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte vorweg und zeigen Kategorien auf, die für die heutigen Debatten um Intersektionalität entscheidend sind.

Die in „Class and Feminism“ geäußerte Kritik an gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen ist hart und offen, soll aber nicht vernichtend werden. Es ist keine Anschuldigung, sondern eine Aufforderung, die Welt zu verändern, beginnend mit sich selbst. Klassendiskriminierung unter Frauen erzeugt Konflikte und spaltet die Bewegung. Ziel sollte es sein, die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen zu verbinden, voneinander zu lernen und gemeinsam jede Form von Herrschaft zu bekämpfen. Frauen aus der Mittelklasse sind dazu angerufen, ihre Privilegien zu reflektieren, Dominanzverhältnisse abzubauen, ihren Besitz und ihre Fähigkeiten nicht zu verschwenden oder zu verleugnen, sondern zu teilen und für die Verbesserung der Gesellschaft einzusetzen. Die Revolution, so der Titel des Essays von Coletta Reid und Charlotte Bunch, beginnt zu Hause. Auch aus dieser Programmatik können wir heute noch viel lernen.

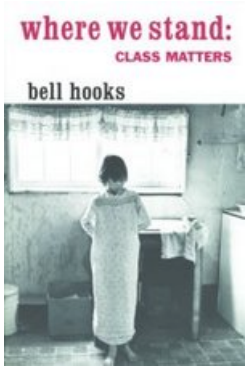
Bei allen Bereicherungen gibt es an der Argumentationsweise in „Class and Feminism“ allerdings auch etwas auszusetzen. Wenn man gegen Klassismus in der Linken und die allzu akademische Betrachtung der Kategorie „Klasse“ argumentiert, sollte man den Gegenstand der Kritik nicht gleichzeitig reproduzieren. Die im Buch immer wieder vorkommenden Verweise auf Marx (und Marxismus) ohne Erklärungen oder Angaben zum Inhalt der Theorien können für von Klassismus betroffene Personen, die sich die entsprechende Bildung nicht oder noch nicht angeeignet haben, abschreckend wirken. Genauso schwer verständlich können manche Kommentare sein, wie zum Beispiel, die Gesellschaft sei „gehirngewaschen durch die protestantische Ethik“ („brainwashed with the protestant ethic“, S. 37). Die Beschreibung des „Lesbischwerdens“ („becoming a lesbian“, S. 32) als eines entscheidenden Schrittes hin zur Emanzipation könnte unter Umständen diskriminierend wirken, da die meisten Personen ihr sexuelles Empfinden nicht als frei gewählt sehen und nicht einfach lesbisch werden können.

Eine Gesellschaftskritik wie „Class and Feminism“ kann ihrerseits kritikwürdig sein. Ihre Lektüre kann dennoch für viele eine Hilfe und Inspirationsquelle werden.

Charlotte Bunch / Nancy Myron (Hg.) 1974:
Class and Feminism. A Collection of Essays from The Furies.
Diana Press, Baltimore.
ISBN: 9780884470045.
90 Seiten.

Zitathinweis: Maria Prilutskaya: Die Revolution beginnt zu Hause. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1342. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Den eigenen Wurzeln treu bleiben



bell hooks
Where We Stand
Class Matters

bell hooks' persönliche, bewegungsnahe und kämpferische Klassismuskritik.

Rezensiert von Julia Roßhart

Die im Jahr 2000 veröffentlichte und bislang nicht ins Deutsche übersetzte Monographie „Where We Stand: Class Matters" von bell hooks gehört für mich zum Inspirierendsten, was ich bislang zum Thema Klasse gelesen habe. Die afro-amerikanische Feministin bell hooks verknüpft hier einen sehr persönlichen und autobiografischen Zugang mit einer grundlegenden Gesellschaftsanalyse und Kulturkritik, dies in einer zugänglichen, berührenden und kämpferischen Sprache. hooks denkt Klasse stark vom Alltag und von sozialen Bewegungen her, die sie im Hinblick auf ihre Klassenpolitiken kritisiert und auf ihre Potenziale hin befragt. Dabei liefert sie differenzierte und empirisch fundierte Analysen zu den Verknüpfungen von Rassismus, Sexismus und Kapitalismus/Klassismus. Während ökonomische Prozesse im engeren Sinne und auf einer Makroebene analytisch nicht im Zentrum stehen, „atmet" das Buch doch unverkennbar eine kapitalismuskritische Grundannahme und Vision, insbesondere, was Fragen der Ressourcenverteilung anbelangt.

Neben Vorwort und Einleitung besteht der Band aus vierzehn kurzen Kapiteln, die hooks' Überlegungen zum Thema Klasse zusammenbringen. Ausgangspunkt sind häufig die persönlichen Erfahrungen der Autorin: als Schwarze Frau aus der Arbeiter_innenklasse („working class") der Südstaaten der USA und als „Klassenwechslerin", die sich in einem *weißen* akademischen Mittelklasse-Umfeld bewegt – und ihren Wurzeln treu bleiben will. Sie schreibt über den Mangel an Wohnraum und Geld als Kind, über die selbstverständliche gegenseitige Unterstützung in ihrem Schwarzen Herkunftsumfeld, über den Stolz auf die Arbeiter_innenklasse und das gleichzeitige Nicht-Reden über Klasse. Ausführlich macht sie ihren persönlichen Klassenwechsel zum Thema, den erfahrenen Klassismus und die Herausforderungen, die es mit sich bringt, sich zwischen „verschiedenen Klassen hin und her zu bewegen" („to move back and forth between different classes", S. 148): wie es war und ist, sich – aus der Schwarzen Arbeiter_innenklasse kommend – in einem *weißen*, bürgerlichen, reichen Umfeld zu bewegen.

So beschreibt hooks unter der Überschrift „Coming to Class Consciousness" („Klassenbewusstsein entwickeln") ihre College-Jahre und bringt den akademischen Klassismus zu Papier. Sie macht den massiven Anpassungsdruck am College deutlich, der auf Abwertung und Verleugnung der Arbeiter_innenklasse – und damit ihrer eigenen Herkunft – abzielte:

„Langsam begann ich in Gänze zu verstehen, dass es in der Akademie keinen Platz gibt für Leute mit Arbeiter_innenherkunft, wenn sie ihre Vergangenheit nicht hinter sich lassen wollen. Das war der Preis dafür ("the price of the ticket"). […] Ich war nicht stolz darauf, Abschlüsse in den Händen zu halten von Institutionen, in denen ich konstant verachtet und beschämt worden war. Ich wollte diese Erfahrungen vergessen und aus meinem Gedächtnis löschen" (S. 36f., Übers. J.R.).

Diejenigen, die sich weigerten, ihre Herkunft zu verleugnen, zu vergessen, brachen bisweilen zusammen unter diesen Widersprüchen und verließen die Hochschule. Zugleich erlebt hooks, dass der Weg der Anpassung an das Mittelklasse-Umfeld ihr als Schwarzer Studentin per se verwehrt blieb: „Schwarz zu sein machte mich automatisch zur Außenseiterin" (S. 27, Übers. J.R.).

hooks entwickelt hier einen spezifischen widerständigen Wissensstandpunkt als Denkerin in einem Raum „zwischen den Klassen" (S. 148): mit Zugang zu bürgerlichen (*weißen*) Bildungsinstitutionen und zu anderen Klassenprivilegien, jedoch mit Wurzeln, Beziehungen und Ressourcen, die sie mit ihrer Schwarzen Arbeiter_innenherkunft verbinden.

Weitere Kapitel sind der Frage gewidmet, wie in den USA und spezifisch auch innerhalb Schwarzer und feministischer Communitys mit dem Thema Klasse umgegangen wird. hooks entwickelt eine grundlegende Kulturkritik: am Verlust von Solidarität, an der Fokussierung auf Konsum und Besitz, an klassistischen Repräsentationen von Armen in den Massenmedien. Sie untersucht die Herausbildung einer Schwarzen Elite und Prozesse der Entsolidarisierung innerhalb Schwarzer Communitys; und sie problematisiert in deutlichen Worten die Klassenpolitik reformorientierter Feministinnen, die sich für den Aufstieg einiger weniger Frauen einsetzen statt für grundlegenden sozialen Wandel zu kämpfen. Hier wie dort konstatiert hooks eine Schwächung sozialen Bewegungen durch (verschärfte) Klassenunterschiede innerhalb derselben.

hooks macht aber auch immer wieder auf Ressourcen, Potenziale und Visionen aufmerksam. Erstens „atmet" ihre Publikation eine empowernde Sichtweise auf die Schwarze Arbeiter_innenklasse. Ohne zu idealisieren und durchaus kritisch etwa, was die Nicht-Thematisierung von Klasse angeht, reflektiert sie das Schwarze Arbeiter_innenumfeld ihrer Kindheit als Lernort, in dem Solidarität selbstverständlich war. Mit Verweis auf W. E. B. DuBois sowie auf die militante Black-Power-Bewegung der 1960er Jahre plädiert hooks für anti-rassistische Kämpfe, die sich sozialer Gerechtigkeit verschreiben. Sie weist auf die Notwendigkeit der Klassensolidarität innerhalb der Schwarzen Armutsklasse („black poor and underclass") hin und fordert progressive Schwarze Eliten („black ‚elites'") dazu auf, Stellung zu beziehen. Das Ziel Schwarzer Selbstbestimmung kann, so hooks, nur erreicht werden, wenn es gelingt, Visionen und Strategien des Empowerments für alle Klassen zu entwickeln.

Was die Frauenbewegung angeht, bezieht sich hooks positiv auf frühe lesbische Auseinandersetzungen mit Klassenunterschieden und generell auf einen radikalen/revolutionären visionären Feminismus für alle: einen Feminismus, der um die Verwobenheiten verschiedener Herrschaftsverhältnisse weiß, der sich für sozialen Wandel einsetzt und dabei „Klassismus kritisiert und herausfordert" („critiques and challenges classism", S. 107). Entgegen der dominanten reformistischen Zentrierung klassenprivilegierter *weißer* Frauen hält hooks fest: „Eine visionäre Bewegung würde in ihrer Arbeit zuallererst und vor allem von den konkreten Bedingungen von Frauen aus der ArbeiterInnen- und Armutsklasse ausgehen" (S. 109, Übers. J.R.).

Die konkreten Analysen in „Class Matters" beziehen sich auf den Kontext USA. Vieles jedoch ist durchaus übertragbar auf die BRD. Mit ihrer intersektionalen Klassenanalyse, ihrer persönlich-autobiografischen Klassismuskritik und einer politisch engagierten, klaren und zugänglichen Art des Schreibens kann bell hooks jedenfalls bedeutsame Inspirationen liefern für die hiesige Klassismusdiskussion.

bell hooks 2000:
Where We Stand. Class Matters.
Routledge, New York / London.
ISBN: 9780415929134.
160 Seiten.

Zitathinweis: Julia Roßhart: Den eigenen Wurzeln treu bleiben. Erschienen in: Die da unten. 40/2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1347. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Den Klassenkampf organisieren

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.)
Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien
Linke Betriebsintervention, wilde Streiks und operaistische Politik 1968 bis 1988 - Heft 2016/I

Die Zeitschrift, die sich seit Beginn des Jahres in neuem Gewand zeigt, macht in dieser Ausgabe linke Betriebspolitik und Arbeitskämpfe ohne gewerkschaftliche Repräsentation zum Thema.

Rezensiert von Markus Baumgartner

Zu Jahresbeginn ist die erste Ausgabe von „Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“ erschienen. Im Fokus der Zeitschrift sollen laut den Herausgeber_innen Beiträge „zur Geschichte der Arbeit, der proletarischen und anderer linker Bewegungen, zur Geschichte der Arbeitskämpfe und des Widerstandes gegen Ausbeutung, Entrechtung und Diffamierung sowie zu Alltag und Lebensweise in den Milieus der Arbeitenden“ (S. 7) stehen. Themen also, mit denen sich zwar nicht allzu viele wissenschaftliche Zeitschriften und Forscher_innen in Deutschland beschäftigen, die aber für eine aktivistische Linke von Bedeutung sind, insofern diese auch zum Lernen aus bereits gemachten Erfahrungen vergangener Generationen gewillt ist oder sie zur eigenen Inspiration nutzen mag.

Eröffnet wird „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ mit dem Schwerpunkt „Linke Betriebsintervention, wilde Streiks und operaistische Politik 1968 bis 1988“. Sieben Artikel und ein Interview liefern interessante Einblicke in die Geschichte einer „anderen Arbeiterbewegung“ (Karl-Heinz Roth), die sich um das Jahr 1968 herum nicht nur in Deutschland neu formierte und jenseits klassischer Gewerkschaftsmethoden in den Betrieben agierte. Zu diesem Zeitpunkt gingen tausende Aktivist_innen der Studierenden- und Jugendbewegung zur revolutionären Agitation in die Fabriken (und blieben mal länger, mal kürzer), während gleichzeitig Betriebsbesetzungen und spontane Streiks um sich griffen (und 1973 einen Höhepunkt erreichen sollten). Mit dem italienischen Operaismus bildete sich zudem eine marxistische Theorietradition, welche die Arbeitsbeziehungen des fordistischen Kapitalismus der Nachkriegszeit intensiv erforschte und für eine autonome Organisierung der Arbeiter_innen jenseits der vorhandenen Gewerkschaften und Parteien eintrat.

Bereits die Auswahl der Texte macht den transnationalen Charakter der Ereignisse (aber auch der Akteure) deutlich. Dabei steht neben Deutschland mit Italien insbesondere jenes Land im Fokus, das die in diesem Zusammenhang wohl intensivsten (und kontinuierlichsten) Auseinandersetzungen erlebte. Die Aktualität dieses Schwerpunkts und der Beiträge begründet die Redaktion in ihrer Einleitung: Auf der einen Seite könne global ein massiver Zuwachs von Arbeitskämpfen festgestellt werden, auf der anderen Seite finde dies auch zunehmend Beachtung und solidarisches Engagement in den sozialen Bewegungen. Ziel der versammelten Beiträge sei daher, die Interaktion zwischen den betrieblichen Kämpfen und den sozialen Bewegungen der damaligen Zeit zu untersuchen. Von diesem Blick auf vergangene Auseinandersetzungen kann linke Praxis durchaus profitieren, obwohl sich heutige Konflikte mit außerbetrieblichen Unterstützungskreisen wie bei Amazon oder an der Berliner Charité nicht immer mit den industriellen Großbetrieben der 1970er Jahre vergleichen lassen.

Die Geburt der Neuen Linken

Den Auftakt macht ein Beitrag Antonio Lenzis zur Entstehung der italienischen „neuen Linken“ anhand der beiden Gruppen Il Manifesto (eine KPI-Abspaltung, an die heute noch die gleichnamige Tageszeitung erinnert) und Lotta Continua (die zusammen mit einer weiteren Gruppe, Potere Operaio, die operaistische Linie der italienischen radikalen Linken darstellte). Wer sich für die Geschichte der italienischen Linken interessiert, dürfte diesem Beitrag trotz seiner stellenweise etwas sperrigen Sprache mit Genuss lesen - auch, weil es zur Organisationsgeschichte und -politik der Post-68er Gruppen in Italien (leider) nur sehr wenige Veröffentlichungen auf Deutsch gibt.

Davide Serfino berichtet anschließend über einen ohne gewerkschaftliche Unterstützung geführten Arbeitskampf gegen gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen in Genua in den Jahren 1968/69, der in Zusammenarbeit mit linken Medizinstudierenden geführt wurde. Zusammen mit den Studierenden analysierten die Streikenden ihre Situation mithilfe einer „militanten Untersuchung“ und entwickelten daraus neue Forderungen. Das Konzept einer solchen Untersuchung, bei der „militant“ im Sinne von „aktivistisch“ gemeint ist, entstand 1960/61 bei FIAT Turin im Kontext des operaistischen Marxismus. Teilweise auch als „Conricecra“ („Mituntersuchung“) bezeichnet, versuchen dabei aktivistische Forscher_innen gemeinsam mit Arbeiter_innen eine Analyse über die konkreten Arbeits- und Lebensverhältnisse in ihrer Fabrik und ihrem Alltag zu erstellen. Ziel ist es, anhand dieser Reflexion individuelle wie kollektive Widerstandsformen zu erkennen und somit gemeinsame Organisierungsprozesse zu unterstützen. In eben dieser Absicht entwarf schon Karl Marx 1880 einen „Fragebogen für Arbeiter“, der zu seiner Zeit aber nie systematischen Einsatz fand.

Sebastian Kasper gibt anschließend einen Überblick über die Betriebsinterventionen der vom Operaismus beeinflussten deutschen Gruppen um die Zeitschrift „Wir wollen alles“ (dazu gehörten unter anderem der „Revolutionäre Kampf“ in Frankfurt/Main, die „Arbeitersache“ in München oder die „Proletarische Front“ in Hamburg und Bremen) in der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Torsten Bewernitz schreibt über eine Welle wilder Streiks im Rhein-Neckar-Gebiet 1973, die vor allem durch so genannte Gastarbeiter_innen (siehe beispielsweise Dieter Braegs Buch zum Streik bei Pierburg in Neuss) geprägt waren. Nelli Tügel vergleicht den wilden Ford-Streik 1973 in Köln mit einem Besetzungsstreik bei Krupp in Duisburg-Rheinhausen 1987/88. Von Dietmar Lange folgt die Übersetzung eines zeitgenössischen Berichts über eine europäische Konferenz diverser linksradikaler, vor allem operaistischer Gruppen im April 1973 zur Betriebsarbeit. Abgeschlossen wird der Schwerpunkteil mit einem – leider nur sehr knappen – Interview zu Betriebsinterventionen und deren internationalen Dimension mit Karl-Heinz Roth, der in den 1970er Jahren selbst Aktivist der „interventionistischen“ Proletarischen Front war.

Eine neue Generation

Vervollständigt werden die 100 Seiten im Schwerpunkt durch zwei weitere Artikel, unter anderem zur Diskussion um „moderne Sklaverei in Brasilien“, Konferenzberichte aus der Sozialgeschichte und diverse, thematisch passende Buchbesprechungen. Im Übrigen ist „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ keine vollkommen neue Zeitschrift, sondern aus dem seit 2002 erschienen „Jahrbuch für Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ hervorgegangen (das entgegen dem Titel übrigens mehrmals im Jahr erschien). Das Jahrbuch wiederum war die Fortsetzung der „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ als offizieller Fachzeitschrift der DDR. Wurde die Redaktion des Jahrbuchs noch entsprechend stark von DDR-sozialisierten Wissenschaftler_innen mitgetragen, so hat sich jene von „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ deutlich um eine in den 1980er Jahren geborene Historiker_innengeneration verjüngt.

Der nun vollzogene Relaunch unter neuem Namen und mit neuem Verlag ist aber auch ein programmatischer: Ein weit gefasster Begriff von Arbeit und ein umfassender Blick auf soziale

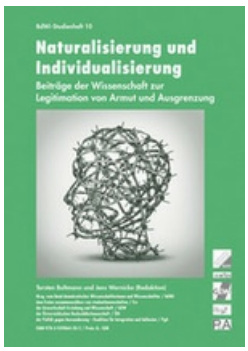
Bewegungen können die Zeitschrift für ein breiteres Publikum öffnen. Kommende Ausgaben sollen sich mit den Schwerpunkten „Lohnarbeit, spontaner Protest und Organisation vom 19. bis in das 21. Jahrhundert“ sowie „Marginalisierung und Emanzipation im globalen Revolutionszyklus 1917 bis 1923“ beschäftigen.

Insgesamt also eine empfehlenswerte erste Ausgabe eines hoffentlich erfolgreichen Projekts. Positiv erscheint auch, dass die verwendete Sprache und das vorausgesetzte Wissen in den meisten Texten für eine akademische Zeitschrift noch vergleichsweise zugänglich bleiben. Als einziger Schwachpunkt dieser Ausgabe bleibt die starke Dominanz einer männlichen Autorenschaft. Kommende Ausgaben mögen da hoffentlich Abhilfe schaffen. Wer gleich noch mehr zum Thema Betriebsintervention und wilde Streiks in Deutschland erfahren will, kann sich auch noch das ebenso lesenswerte Buch von Jan Ole Arps „Frühschicht. Linke Fabrikinterventionen in den 70er Jahren“ (Rezension hier) oder Peter Birkes Dissertation zu „Wilde Streiks im Wirtschaftswunder“ zulegen.

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.) 2016:
Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien. Linke Betriebsintervention, wilde Streiks und operaistische Politik 1968 bis 1988 - Heft 2016/I.
Metropol Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-86331-281-7.
231 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Markus Baumgartner: Den Klassenkampf organisieren. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1344. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Kranke Menschen – oder kranke Gesellschaft?



Torsten Bultmann / Jens Wernicke (Hg.)
Naturalisierung und Individualisierung
Beiträge der Wissenschaft zur Legitimation von Armut und Ausgrenzung

Sind Leidende automatisch krank? Oder sind Depressionen, Ängste und Rückzugsverhalten nicht gerade gesunde Reaktionen auf eine Gesellschaft des Krieges und der Ausbeutung?

Rezensiert von Alison Dorsch

Die Beiträge der Broschüre „Individualisierung und Naturalisierung“, die im Verlag des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) erschienen ist, sind thematisch breit gefächert. Die AutorInnen beschäftigen sich mit Praktiken und Diskursen rund um Chancengleichheit in der Bildung, mit verschiedenen psychischen Krankheiten, gekauften Medien- und Wissenschaftsbetrieben, sozialen Implikationen des Sterbehilfediskurses, mit Gerechtigkeitsillusionen und mit Menschenrechten.

Der rote Faden, der sich durch die Broschüre zieht, ist die Einschätzung der Rolle der Wissenschaft im Kapitalismus: Sie blende gesellschaftliche Widersprüche zunehmend aus und deute deren offensichtliche Auswirkungen um zu individuellen Defiziten, Schwächen, Störungen und Krankheiten. Wer sich der Verwertungslogik des Kapitals nicht fügen kann, wird als Behinderter an den Rand der Gesellschaft gedrängt, schon als Kind mit Medikamenten ruhiggestellt, als faulenzender „Schmarotzer“ oder genetisch Unfähiger der angeblich wohlverdienten Armut überlassen. Aus negativen Reaktionen auf Ausbeutung und Entfremdung werden psychische Krankheiten, und die Kluft zwischen Arm und Reich wird gerechtfertigt durch vermeintlich selbst verantwortetes Versagen der Betroffenen. Anstelle des Kapitalismus steht das Individuum im Fokus der Kritik. Dadurch wird Wissenschaft zum vermeintlich entpolitisierten Legitimations- und Reproduktionswerkzeug der bestehenden Verhältnisse.

Unzufriedenheit als Krankheit?

Die AutorInnen der Broschüre kritisieren anhand unterschiedlicher Beispiele das herrschende Verständnis von psychischer Krankheit sowie die psychologische Praxis und Wissenschaft, die dahinterstehen. Das Ausblenden sozialer Widersprüche und die Individualisierung der Probleme werden hier besonders deutlich: Gegenstand der Psychologie ist das Scheitern des Einzelnen. Symptome wie Freudlosigkeit, Angst, Sorge, Trauer, Rückzugsverhalten und depressive Verstimmung werden zu „Anpassungsstörungen“. In welchem Kontext aber diese „unbewusst-psychosomatische Revolte“ (S. 6) stattfindet, lässt die Psychologie unbehelligt. Anpassung wird zum Selbstzweck. Dabei sollte doch der Blick ins Geschichtsbuch zeigen, welche Gefahren bindungsloses Anpassen birgt, und wie notwendig es zuweilen ist, Anpassung an gesellschaftliche Praktiken zu verweigern und Widerstand zu leisten.

Hinter dieser Forderung nach bedingungsloser Anpassung scheint die Annahme zu stehen, dass „normal“ und gesund zu sein, identische Zustände sind. Gemäß dieser Vorstellung befinden sich ganz nach der Gaußschen Normalverteilung die große Mehrheit der Menschen in der Mitte.

Normal und damit gesund ist, was die Mehrheit ist. Wenige Menschen weichen von dieser Norm ab. Je höher die Abweichung von der Mitte, desto höher der Krankheitsgrad und desto weniger Menschen sind betroffen. Auch an dieser Vorstellung wird in der Broschüre mehrfach Kritik geäußert. Psychische Krankheiten seien stärker verbreitet als häufig angenommen. Ein Viertel der Männer und ein Drittel der Frauen gelten als vollausgeprägt psychisch krank. Psychische Krankheiten seien also nicht als Ausnahme zu betrachten. Bedenkt man in diesem Zusammenhang, dass „nur noch der als gesund gelten darf, der auch im größten Elend noch funktioniert“ (S.23), wird bedingungsloses Anpassen zum Phänomen, dessen Erklärung Aufgabe einer kritischen Psychologie wäre. Denn „Leiden ist nicht an sich eine Krankheit“ (S. 49) und Normalität nicht automatisch gesund.

Auch die Rolle der Pharmaindustrie wird kritisch erwähnt. So seien 90 Prozent aller wissenschaftlichen Studien, die im Bereich der Medikamentenforschung veröffentlicht werden, von der Pharmaindustrie finanziert. Aber nicht nur zu den WissenschaftlerInnen, auch zu praktizierenden ÄrztInnen unterhalte die Pharmaindustrie gute Kontakte. So hätten beispielweise zwei Drittel der deutschen ÄrztInnen mehrmals die Woche Kontakt zu PharmavertreterInnen, von denen sie zuweilen auch finanzielle Zuwendungen erhalten. Auch die ÄrztInnen, die am Handbuch für Psychiater arbeiten, erhalten Gelder von der Pharmaindustrie. Dieses Handbuch dient weltweit zur Orientierung bei der Diagnose psychischer Krankheiten. Wenn man bedenkt, dass mit neuen Krankheiten für die Pharmaindustrie ganze Märkte entstehen, lässt sich vermuten, mit welchem Interesse diese Einfluss auf das Handbuch nimmt.

Bildung gegen Armut?

Auch die Debatte um das Bildungssystem stützt sich zum Teil auf Legitimationsstrategien aus der Psychologie. Denn auch das Versagen der Bildungsinstitutionen wird zu Krankheiten einzelner „Problemkinder“ umdefiniert. Wer nicht mithalten kann, den schickt man zum Arzt. Dort werden dann ADHS, Rechenschwäche oder Legasthenie diagnostiziert. Damit wird die vermeintliche Unfähigkeit der betroffenen Kinder attestiert und die Kritik an einem Bildungskonzept, in dem Gleichschritt und Selektionsgedanken den Unterricht bestimmen, scheinbar überflüssig.

Die Menge an Psychopharmaka, die an Kinder verschrieben werden, nimmt zu. Dabei sind viele dieser Medikamente noch nicht auf ihre Langzeitwirkungen hin untersucht. Bei einigen ist dennoch bekannt, dass sie schwerwiegende Nebenwirkungen haben können, die von Depression über Wachstumsstörungen bis zu Herzrhythmusstörungen reichen.

In den Beiträgen, die eine detailliertere Kritik am Bildungswesen liefern, taucht schnell der Begriff der „Anpassung“ wieder auf. Das auf Kompetenzen ausgerichtete Bildungssystem (oder besser: das dahinterstehende Kompetenzkonzept der OECD) stelle das Erlernen des methodischen Umgangs mit Inhalten in den Fokus und vernachlässige die tatsächliche inhaltliche Auseinandersetzung. „Kompetenzorientierung zielt nicht auf Selbstständigkeit, sondern auf Anpassung“ (S. 36), denn nur bei einer gemeinsamen kritischen Auseinandersetzung mit Inhalten ließen sich kritisches Urteilvermögen und moralisches Bewusstsein bilden.

Zudem sei auch das Bildungssystem Teil des Reproduktionsapparates der bestehenden sozialen Verhältnisse. Denn im selektierenden Unterricht bleiben Kinder aus ohnehin schon benachteiligten Schichten auch weiter in der gesellschaftlichen Rolle des Schwachen. Denn der Leistungsbegriff, der hinter der Aussiebung steht, ist ergebnisorientiert. Kinder aus einem akademischen Haushalt müssen in der Regel weniger Leistung erbringen, um das gleiche Ergebnis abzuliefern, da sie auf einem höheren Niveau starten als Kinder aus der Arbeiterklasse. So müssen sie beispielsweise nicht erst ihnen ungewohnte Ausdrucks- und Verhaltensweisen (Habitus) erlernen, wenn sie Schule oder Universität betreten. Dazu kommen klassistische Vorurteile, die sich beispielsweise darin äußern, dass Kinder aus unteren Schichten selbst bei gleichem Ergebnis schlechter bewertet werden.

Dass das Bildungssystem dazu beiträgt, Klassenunterschiede zu reproduzieren, bedeutet jedoch nicht, dass man über eine Bildungsreform in eine klassenlose Gesellschaft gelangen kann. Im Gegenteil: Mit dem Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik mit der Agenda 2010 wird die angestrebte Chancengleichheit in der Bildung umfunktioniert zur Legitimation von Armut. Chancengleichheit soll Umverteilung ersetzen. Denn wer seine Chance nicht nutzt, darf sich dann auch nicht beschweren.

Auch hier wird die gesellschaftliche Ebene ausgeblendet. Verlässt man nämlich die individuelle Ebene, wird deutlich, dass auch Chancengleichheit in der Bildung die soziale Frage nicht lösen wird. Denn die Klassenstruktur unserer Gesellschaft ergibt sich eben nicht aus der Struktur unseres Bildungswesens. Umgekehrt kommt man der Sache schon näher. Chancengleichheit in der Bildung ändert nichts daran, dass es unterschiedliche Einkommensklassen gibt, denen Benachteiligung ganzer Gruppen von Menschen immanent ist. Chancengleichheit in der Bildung hebt die Klassenstruktur nicht auf, sie erhöht allein das Bildungsniveau, mit dem um die guten Arbeitsplätze konkurriert wird. Und selbst wenn Bildung es schafft, zu höherer sozialer Mobilität zwischen den Klassen beizutragen, heißt das doch nichts anderes, als dass es noch immer Klassen gibt.

Hier greift laut der Broschüre das nächste Legitimationsinstrument: Intelligenz. Denn bei formaler Chancengleichheit können sich Unterschiede, die sich in sozialen Privilegien beziehungsweise Benachteiligungen niederschlagen, schließlich allein durch etwas legitimieren, das im Individuum liegt. Wer keinen Erfolg hat, ist eben faul oder dumm. Dabei zeigt gerade die Geschichte der Intelligenzforschung sehr deutlich, dass Forschung nie im leeren Raum stattfindet. Intelligenzforschung war von Anfang an (und ist es in anderer Form auch heute noch) eng verknüpft mit sozialdarwinistischem Gedankengut und Eugenik. Charles Spearman beispielsweise, der Begründer des IQ-Tests, forderte, Wahl- und Fortpflanzungsrechte vom IQ abhängig zu machen. So wollte er das Ausweiten des „angeborenen Schwachsinns“ eindämmen. Forschung ist niemals frei von ideologischen und politischen Annahmen und damit niemals im strengen Sinne objektiv. Auch der Intelligenzbegriff wurde in einer bestimmten Gesellschaftsform entwickelt. Mit dem Ergebnis: Intelligent ist, wer verwertbar ist.

Letztlich läuft die Kritik, die in dieser Broschüre geäußert wird, auf eine Erkenntnis hinaus: Solange es Armut gibt, wird die Wissenschaft dazu beitragen, sie zu rechtfertigen. Erst in einer freien Gesellschaft, in einer Gesellschaft ohne Klassen, kann die Wissenschaft im Dienste aller Menschen stehen. Dass wir ein Problem haben und dass dieses Problem Kapitalismus heißt, das machen die AutorInnen Beitrag für Beitrag deutlich. Wer jedoch nach Ansätzen sucht, wie mit ihm gebrochen werden kann, wird von der Broschüre enttäuscht. Außer der Forderung nach dem Einführen von ^Dachzeichen^ als Warnzeichen für problematische Wörter ist diesbezüglich leider wenig zu finden. Ob wir die Bourgeoisie die herrschende, die obere oder die ^obere^ Klasse nennen, ändert jedoch nichts daran, dass sie die Klasse ist, die über die Produktionsmittel dieser Gesellschaft verfügt. Dadurch geraten alle Menschen, die an diesem Besitz nicht teilhaben, in eine Abhängigkeit vom Kapital: Um mit der Gesellschaft zu leben, müssen sie sich von der Bourgeoisie verwerten lassen. Kritik am Kapitalismus liest sich in dieser Broschüre reichlich, die Forderung Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen, ihn also zu überwinden, leider kein einziges Mal.

Torsten Bultmann / Jens Wernicke (Hg.) 2015:
Naturalisierung und Individualisierung. Beiträge der Wissenschaft zur Legitimation von Armut und Ausgrenzung.
BdWi-Verlag, Marburg.
ISBN: 973-3-939684-20-2.
72 Seiten. 8,00 Euro.

Zitathinweis: Alison Dorsch: Kranke Menschen – oder kranke Gesellschaft? Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1345. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Eine Klasse gegen sich

Christian Baron / Britta Steinwachs
Faul, Frech, Dreist
Die Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen

Die Autor_innen nehmen die Bild-Kampagne über den „Arbeitslosen Arno Dübel" unter die Lupe und untersuchen, mit welchen Argumentationen auch die Leser_innen zu klassistischer Rede greifen.

Rezensiert von Andrea Strübe

Arno Dübel fungierte im Jahr 2010 als Figur einer *Bild*-Kampagne, die sich den Erwerbslosen zur Zielscheibe menschenverachtender Hetze aufgrund seines sozialen Status machte. Die Rede war vom „Sozialschmarotzer", er sei „Deutschlands frechster Arbeitsloser", der seit 36 Jahren von Sozialhilfe lebe und keinerlei Bereitschaft zeige, arbeiten zu gehen. Ergänzt wurde das Bild durch Stereotype wie ein ungepflegtes Äußeres, Zigaretten, Alkohol und *natürlich* fehlende Sozialkompetenz. Die *Bild* reproduzierte eifrig das Klischee der „Person aus der Unterschicht". Doch damit war die Redaktion nicht allein. Das soeben erschienene Buch „Faul, Frech, Dreist" legt den Fokus auf die Leser_innenkommentare, die auf *bild.de* Position zur dargestellten Lage Dübels beziehen.

Die hier auffindbaren Aussagen entsprechen zwar weitgehend den Paradigmen des herrschenden Unterschichtendiskurses, doch übersteigen die Anfeindungen in ihrer Vehemenz und Brutalität mancher Forderungen zum Umgang mit Erwerbslosen das „gewohnte Maß". Es werden Forderungen ausgesprochen, die Arno Dübel gern als Obdachlosen „unter der Brücke" oder in einem Arbeitslager sehen würden. Die Rede von jemandem, der_die von „Steuergeldern lebt", aber „nichts zur Gemeinschaft beiträgt", löst fortwährend ein beachtliches Getrete nach unten aus, sogar innerhalb der häufig prekär beschäftigten Arbeiter_innenklasse. Im Fokus der Studie steht, mit welchen Argumentationen Erwerbslosigkeit im Sinne der „sozialen Hängematte" von den Leser_innen delegitimiert und gleichzeitig Ungleichheit legitimiert wird, nicht nur von den Eliten, sondern sogar von Teilen der Gesellschaft, die selbst absturzgefährdet sind.

Im Buch werden fünf Legitimationssemantiken zusammengetragen, anhand derer sich die (De)Legitimation von Sozialleistungen und die daraus resultierenden Argumentationen für klassistische Ungleichwertigkeit aus den Leser_innenkommentaren ablesen lassen. Hierbei ist der Fall Arno Dübel schlicht als Beispiel zu werten für eine die Gesellschaft durchziehende Abwertung von Erwerbslosen.

Die Klasse im Kapitalismus

Die theoretische Folie, die die Autor_innen Christian Baron und Britta Steinwachs für die Betrachtungen der Kampagne und der Reaktionen darauf anwenden, ist die des Klassismus. Dieser ist einerseits durch Ausbeutungsverhältnisse im Produktionsprozess gegeben und verursacht andererseits, dass Menschen aufgrund ihrer prekären sozialen Lage in der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Denn im Klassismus gilt nicht die ungleiche Verteilung von Ressourcen als verantwortlich für Armut, sondern die Armen selbst werden als Problemursache identifiziert. Sie hätten sich nicht genügend angestrengt und seien demnach an ihrer Lage selbst schuld. Was dementgegen fehlt, so die Autor_innen, ist das subjektive Klassenbewusstsein, ein Gefühl der „Klasse für sich", die sich

emanzipativ und solidarisch ihrer Lage bewusst wird. Stattdessen gebe es in weiten Teilen der kapitalistisch strukturierten Gesellschaft nur eine „Klasse an sich“. Die Individuen im kapitalistischen Ausbeutungsverhältnis stehen in Konkurrenz zueinander, was eine Angriffsfläche für klassistische Diskriminierung bietet, die Menschen aufgrund ihrer ökonomischen und sozialen Position mit den Attributen Verwahrlosung, Faulheit, Dummheit, Wert(e)losigkeit belegt.

Es wird deutlich, dass nicht allein die soziale Position ausschlaggebend für eine klassistische Diskriminierung ist, sondern diese ideologisch reproduziert wird. Armut wird auf diese Weise medial und politisch konstruiert als natürlich (weil beispielsweise Intelligenz erblich sei) und kulturell bedingt (denn „Erwerbslose sind nun mal faul“). Weiterhin zementiert wird sie durch Institutionen, wie Gesetze zur staatlichen Sozialversicherung, die klassistisch strukturiert sind. So dienen soziale Hilfen der Ausbeutung der Arbeiter_innen durch Kapitalist_innen und legitimieren außerdem das bestehende Herrschaftssystem als Schutz vor Aufständen. Doch kommt der Staat für diese Hilfen nicht selbst auf, sondern zwingt die Arbeitenden dazu, mit ihrem Lohn die Sozialabgaben zu decken. Die durch das Kapital hergestellten Notlagen müssen unter den darunter Leidenden selbst getragen werden. Hinzu kommt, dass aufgrund der spaltenden Sozialpolitik, verknüpft mit ausgrenzender Rede, zwischen würdigen (weil zum Beispiel kranken) und unwürdigen („faulen“) Bedürftigen unterschieden wird, was mitunter auch jene gegen Hilfeempfänger aufbringt, die selbst in einer prekären Lage sind, es sich aber nach eigenem Bemessen nicht in der „sozialen Hängematte gemütlich machen“, sondern sich den „Arsch aufreißen“.

In dieser Gegenüberstellung von Fleiß und Faulheit liegt der Kern der modernen Arbeitsmarktpolitik. Der aktivierende Sozialstaat garantiert nicht mehr für das Wohl des_der Einzelnen, sondern fordert gleichzeitig Leistungen. Für Erwerbslose bedeutet dies, dass sie sich beteiligen, engagiert zeigen, dankbar sein und zur Not jede Auflage akzeptieren müssen, um aus ihrer „selbstverschuldeten“ Misere mit eigenen Kräften wieder hinaus zu gelangen. Im Falle Arno Dübels beispielsweise ein Bügelkurs. Arbeit wird hier im Sinne einer sich steigernden Ökonomisierung der Gesellschaft „ein zentrales Integrations- und Anerkennungsmedium“ (S. 32). Kommen Erwerbslose diesem Druck nicht nach, werden Sanktionen verhängt. Doch dies nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern toleriert und in weiten Teilen von der Öffentlichkeit getragen.

Legitimation von Ungleichheit

In der vorliegenden Diskursanalyse wird die Wirkung der *Bild*-Kampagne, die 37 Artikel im Jahr 2010 umfasst, auf die Leser_innenkommentare untersucht. Dass die *Bild* dabei den „Charakter“ Dübels völlig überzeichnet, dürfte klar sein, dennoch wird dabei das Bild des „typischen Erwerbslosen“ verstetigt. Seine Arbeitshaltung, sein Konsumverhalten, Emotionen, Krankheiten und „falsches Gejammer“ werden so zusammengezimmert, dass daraus eine Person entsteht, die entweder Mitleid oder Aggression bei den Kommentator_innen hervorruft. Ersteres versucht Dübel und seine Hilfebedürftigkeit zu verteidigen, letzteres erkennt ihm jede Hilfeleistung ab und fordert Sanktionen. Argumentiert wird hier beispielsweise mit dem Paradigma der Leistungsgerechtigkeit. Wenn Andere sich so abmühen, sollen Erwerbslose nicht mit Nichtstun durchkommen. Das geht soweit, dass Erwerbslosigkeit kriminalisiert wird, wenn Arno Dübel vorgeworfen wird, er hintergehe den Staat.

Ein anderes Legitimationsmuster ist das der Bedürfnisgerechtigkeit (nur wirklich Bedürftige dürfen Leistungen erhalten), Gleichheit (es sollen alle gleich behandelt werden, Dübel werde vom Amt aber bevorteilt), wohlverstandenes Eigeninteresse (man muss nur wollen) und Naturalisierung von Erwerbsarbeit (Arbeit muss sein).

Demgegenüber stehen vereinzelte Forderungen nach Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen oder die Schuldzuweisung in Richtung „oben“ (Banken, Konzerne, Politik). Doch diese die Sozialleistungen legitimierenden Argumentationen stehen den Delegitimationen

zahlenmäßig weit zurück. Daraus resultiert die Meinung, dass, wenn Erwerbslose nicht den erwarteten Anforderungen entsprechen, sie auch kein Recht auf Unterstützung haben und deshalb eine klassistische Abwertung – sowohl ökonomisch als auch ideell – nicht zu kritisieren sei. Die Ideologie dafür liefert eine Melange aus Politik, Medien und Ökonomie - alle miteinander eng verzahnt – die einen erheblichen Beitrag leistet in der Schaffung solcher Stereotype.

Klassengesellschaft neoliberal

Was an den Betrachtungen bemerkenswert ist, ist, dass hier nicht nur ein Klassenkampf von oben oder aus der Mitte zu beobachten ist, sondern auch aus jenen Schichten, die selbst sehr prekär leben. Baron und Steinwachs merken an, dass ein Großteil der Gesellschaft sich selbst als Mittelschicht bezeichnet, woraus sich ablesen lässt, dass das Streben nach oben sehr dominant ist: „Die wirkungsvollste Art, die Armen unschädlich zu machen, besteht darin, daß man sie lehrt, die Reichen imitieren zu wollen." (Zafon, zitiert nach Baron / Steinwachs, S. 81).

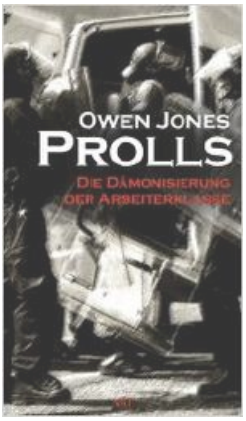
Die Frustration über die Verhältnisse, die in der Arbeiter_innenklasse aufgrund des aktivierenden Drucks am höchsten ist, entlädt sich jedoch paradoxerweise an jenen, die scheinbar von der von oben aufoktroyierten Norm abweichen, aus Angst, selbst dorthin abzurutschen. Anstatt den Frust gegen jene zu richten, die ihn verursachen, wird er gegen Schwächere gewendet, was als „Imitation des Habitus der Reichen" und „Selbstgeißelung" (S. 82) interpretiert wird. Die Chance, diese Frustration als Motor für einen Klassenkampf zu nutzen, wird durch das Versprechen des individuellen Reichtums und dem leicht zum Schuldigen ernannten Erwerbslosen, der auf Kosten der Gesellschaft lebt, vertan. So wird denn auch mitunter gefordert, den Sozialstaat abzuschaffen und Hilfeleistungen aus der Mildtätigkeit Wohlhabender zu finanzieren. Hier wird eine Huldigung der Reichen besonders deutlich. Umgekehrt wird die eigene soziale Unsicherheit durch alle Klassen hindurch nach unten hin abgewälzt und aktivierende und disziplinierende Forderungen des Arbeitsmarktes, derer Adressat_innen die Arbeiter_innenklasse eigentlich selbst ist, umso stärker von unten eingefordert. Dadurch fungiert diese selbst noch als nachdrückliche Instanz der Arbeitsmarktpolitik. Nach unten braucht es Abgrenzung, um die Chancen des Aufstiegs für sich aufrecht erhalten zu können. Denn schließlich – so die hegemoniale Meinung – ist jede_r ihres_seines Glückes Schmied und selbst schuld oder zu dumm gewesen, wenn's nicht klappt.

Das Buch liefert mit der Analyse der Leser_innenkommentare tiefe Einblicke in jene Seite der *Bild*, die jenseits der Hau-Drauf-Politik des Blattes selbst selten zum Vorschein kommt. Mit dem Instrument der Kritischen Diskursanalyse wurde ein Mittel gewählt, welches sowohl Arno Dübel nicht als Einzelfall ausgrenzender Rede markiert und außerdem der Gefahr entgeht, selbst Klassismen zu reproduzieren, da es die Aussagen in einen weiteren Kontext bettet. Doch wird der Aufbau der Studie im Mittelteil etwas statisch, da die erhobenen Daten in wissenschaftlicher Exaktheit dargelegt werden, wo eigentlich eine Konzentration auf die Analyse ausgereicht hätte. Allerdings bleibt das Buch dadurch auch sehr übersichtlich, besonders die theoretischen Schlussfolgerungen machen die partielle Langamtigkeit der vorigen Seiten wieder wett, wenn es darum geht, die Ergebnisse in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext zu stellen. Und trotz des wissenschaftlichen Vorgehens bleibt die Studie flüssig lesbar.

Christian Baron / Britta Steinwachs 2012:
Faul, Frech, Dreist. Die Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen.
Edition Assemblage, Münster.
ISBN: 978-3-942885-18-8.
128 Seiten. 14,80 Euro.

Zitathinweis: Andrea Strübe: Eine Klasse gegen sich. Erschienen in: Kampf um Arbeit. 17/ 2012, Die da unten. 40/ 2016, Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1008. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Kein Ende der Klassengesellschaft



Owen Jones
Prolls
Die Dämonisierung der Arbeiterklasse

Das Buch zeigt den Klassenkampf von oben am Beispiel Großbritanniens auf und verdeutlicht die Dringlichkeit, Klassen wieder mehr ins Blickfeld zu rücken.

Rezensiert von Sebastian Friedrich

Als im April diesen Jahres die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher starb, kam es im Londoner Arbeiter_innenbezirk Brixton zu spontanen Freudenfesten auf den Straßen. Andere, insbesondere das Establishment, waren bestürzt über den Tod einer in ihren Augen zwar umstrittenen, aber letztlich großen, gar revolutionären Politikerin. Die Bewertung der Lebensleistung Thatchers in den Tagen nach deren Tod legen Zeugnis von der Spaltung der britischen Gesellschaft ab. Der Journalist Owen Jones beschreibt die britischen Zustände der „Dämonisierung der Arbeiterklasse“ in seinem Buch „Prolls“, das in England für einiges Aufsehen gesorgt hat. Darin zeigt er ohne Umschweife die Interessen hinter der tief verankerten Verachtung gegenüber den Arbeiter_innen auf, die das Erbe einer traditionellen Klientelpolitik der Oberschicht ist und insbesondere durch Thatcher in den 1980er Jahren angeheizt wurde. Die Abscheu gegenüber der Arbeiter_innenklasse ist zwar in Großbritannien besonders stark ausgeprägt, aber sie unterscheidet sich nicht wesentlich von der in Deutschland.

„Prolls“ und „Neue Unterschicht “

Jones führt unzählige Beispiele der Dämonisierung der Arbeiter_innenklasse an. So wirbt ein Fitnessstudio für Kurse zur „Proll-Bekämpfung“ und ein Reiseveranstalter garantiert für „prollfreie Aktivurlaube“. Der Autor verfällt bei der Darstellung von solchen Exempeln nicht der beliebten Deutung, bei der „Proll“-Schelte handle es sich schlicht um ein Vorurteil oder eine Modeerscheinung. Die Abwertungen der Arbeiter_innenklasse ist nichts weniger als Produkt eines Klassenkampfes von oben. Besonders aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist das Kapitel „Klassenkämpfer“, in dem es vor allem um die konservative Partei, die Tories, und den Umbau der Gesellschaft durch Thatcher geht. Dafür entlockte Jones einem führenden Tory-Politiker des gemäßigten Flügels die Aussage, dass die konservative Partei seit jeher ein Zusammenschluss privilegierter Interessen sei. Die Partei „ist vor allem dazu da, diese Privilegien zu verteidigen. Wahlen gewinnt sie, indem sie anderen Leute gerade genug zugesteht“, fuhr der Politiker fort (S. 70). Unter Thatcher gelang es den Konservativen die Gewerkschaften, an vorderster Stelle die gut organisierten Bergarbeiter_innen, durchschlagend zu schwächen und die verschiedenen Milieus der Arbeiter_innenklasse gegeneinander auszuspielen. Die am meisten von Erwerbslosigkeit und Armut Betroffenen wurden für ihre soziale Situation verantwortlich gemacht, sie seien dumm, faul, stumpf, intolerant und verroht.

Was in Großbritannien schon in den 1980ern gepflegt wurde, trat in Deutschland insbesondere Anfang der 2000er Jahre auf die mediale Bühne. Ein Schlüsselwerk der Debatte um die „Neue Unterschicht“ ist hierzulande das Buch „Generation Reform“ des konservativen Philosophen Paul

Nolte, der den Begriff der „Unterschicht“ als Schimpfwort aus soziologischen Fachdebatten adaptierte. Nolte forderte die „Unterschicht“ auf, sich an einer „bürgerlichen Leitkultur“ (Nolte 2004, S. 73) zu orientieren, denn es gehe um ihre „Integration in die Mehrheitsgesellschaft“ und die „Vermittlung kultureller Standards und Leitbilder“ (ebd., S. 69). Die „Unterschicht“ wird zur eigenen abgeschlossenen – minderwertigen – Kultur mit eigenen Codes und Geschmäckern stilisiert. Seitdem wird verstärkt das Bild des faulen, leistungsunwilligen Arbeitslosen bedient, das Christian Baron und Britta Steinwachs jüngst in ihrer Arbeit „Faul, Frech, Dreist“ (kritisch-lesen.de #17) sehr überzeugend analysiert haben. Auch der aktuelle Erfolg des (ebenfalls in dieser Ausgabe rezensierten) Buches „Schantall, tu ma die Omma winken!“ von Kai Twilfer verdeutlicht einmal mehr die Konjunktur der Verachtung der „Unterschicht“ in Deutschland.

„New Labour“ und SPD

Jones richtet seine Kritik keineswegs nur an Medien und Tories, sondern widmet sich ebenfalls ausführlich der Rolle von New Labour. Tony Blair und Co. verordneten mit Verweis auf das Leistungsprinzip einen Marsch der Arbeiter_innenklasse in die Mittelschicht und wendeten sich von denen ab, die auf der Strecke blieben. Damit entfernte sich Labour noch weiter von der Arbeiter_innenklasse. Rhetorische Basis für die Abwendung ist das allgegenwärtige Mantra vom Ende der Klassengesellschaft. Diese gebe es nicht mehr in der Dienstleistungsgesellschaft, übrig blieben nur noch eine klitzekleine Oberschicht, eine abgehängte „Unterschicht“ und eine riesige Mittelschicht. Jones nimmt diese Ideologie geschickt auseinander und verdeutlicht überzeugend die Überschneidung zwischen denjenigen, die heute etwa in Callcentern ausgebeutet werden, und der traditionellen Arbeiter_innenklasse:

„Die neue Arbeiterschicht hat mit der alten eines gemeinsam: Sie besteht aus jenen, die für andere arbeiten und über ihre Arbeit keine Kontrolle haben. Die neuen Jobs sind weniger schmutzig und brauchen weniger Muskelkraft. Schnell tippen zu können ist wichtiger, als viel tragen zu können. Jobs in Büros, Geschäften und Callcentern sind oft schlecht bezahlt und langfristig nicht sicher. Schon vor der Rezession stagnierten die Löhne oder sanken sogar. Millionen Arbeitnehmer wechseln immer häufiger den Job. Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühle sind ebenso verschwunden wie der Stolz auf gute Arbeit. Die Arbeitsbedingungen besonders der weitgehend rechtlosen Zeitarbeiter sind oft schlecht. Große Teile der Arbeitnehmerschaft sind nicht gewerkschaftlich organisiert, und die Gewerkschaften haben immer weniger Einfluss.“ (S. 199)

Alles in allem hat Labour die letztgenannte Tendenz mit beeinflusst, indem sie den Kurs Thatchers weiterführte. In Deutschland hat die Sozialdemokratie eine ähnliche Verantwortung – vielleicht sogar eine noch größere, da eine von den Sozialdemokrat_innen geführte Bundesregierung ausschlaggebende Veränderungen sogar wesentlich vorantrieb. Zwar wurde in der Bundesrepublik bereits im Jahr 1982 die sozialliberale Koalition durch einen neoliberalen Vorstoß von Graf Lambsdorff gestürzt, dennoch wurden erst 16 Jahre später – und somit nach der Kohl-Ära – durch Rot-Grün weitreichende Maßnahmen zur Verschärfung neoliberaler oder neosozialer Politik vorangetrieben. Im August 2002 übergab Peter Hartz dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder die Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes. Mittlerweile ist die rot-grüne Agenda 2010 umgesetzt, der Arbeitsmarkt flexibilisiert und der Niedriglohnsektor massiv ausgebaut worden. Das ging zumeist auf Kosten von geringqualifizierten Arbeiter_innen, Angestellten und Sozialleistungsabhängigen, deren Bild in der Öffentlichkeit sich seitdem stets verschlechtert hat.

„Multikulturalismus“ und „Integration“

Es ließen sich noch weitere Ähnlichkeiten zwischen dem britischen und dem deutschen Kontext finden, allerdings lassen sich auch Unterschiede herausstellen. Erstaunlich dünn ist das Buch an Stellen, in denen es um die Überschneidung zu Rassismus geht. Zwar stellt Jones im Vorwort zur zweiten Auflage klar, dass Rassismus eine spezifische Form der Unterdrückung und der Ausbeutung

ist (S. 15), dennoch wird dieses Thema kaum noch aufgegriffen. Das kann daran liegen, dass der Autor die Reichweite des Rassismus vernachlässigt. Näher liegt aber, dass sich hier der Kontext zumindest teilweise unterscheidet. Darauf deutet die Einschätzung von Sibille Merz hin, die in einem Aufsatz des gerade erschienenen Sammelbandes „Nation – Ausgrenzung – Krise" den Zusammenhang von Krise, Nation und Ausgrenzung in Großbritannien analysierte. Laut Merz hielten längst totgeglaubte Rassismen wieder verstärkt Einzug in Debatten, zugleich bedient „sich die diskursive Produktion der Unterschicht, im Gegensatz zur Diskussion in Deutschland, erstaunlich wenig ethnisierender Konstruktionen" (Merz 2013, S. 146).

Die „Ethnisierung der Unterschicht" in Deutschland wird keinesfalls nur von Thilo Sarrazin oder Heinz Buschkowsky betrieben. Vielmehr zeigt sich, dass es vor allem die „liberalen" Kritiker_innen an Sarrazin und Co. sind, die zunehmend im Integrationsdiskurs dominieren und gewissermaßen als Entgegnung auf biologistischen und kulturalistischen Rassismus die Kategorie der vermeintlich neutralen Leistung hervorheben. Leistungswilligkeit fällt im deutschen Integrationsdiskurs mit Integrationswilligkeit zunehmend zusammen und führt im Effekt zur Einteilung zwischen „Musterbeispielen gelungener Integration" und „Integrationsverweigerern" (Friedrich/Schultes 2011). Der Erfolg der als „integriert" Begriffenen bildet den Beweis dafür, dass man „es" eben doch schaffen kann, wenn man sich richtig anstrengt – gleichzeitig werden „Musterbeispiele gelungener Integration" zu Ausnahmen stilisiert. Existierender Rassismus als Faktor für nationale und internationale Arbeitsteilung wird in dieser Weise verschleiert. Mehr noch: Bei der von der Dämonisierung der Arbeiter_innenklasse bekannten Deutung, Menschen befänden sich aufgrund selbstverschuldeter Leistungsverweigerung in Armut, entfällt struktureller Rassismus (etwa am Arbeitsmarkt) als Begründung für die Positionen vieler (Post-)Migrantinnen am unteren Ende sozialer Rangskalen. In herrschender Logik wird die Existenz einer „migrantischen Unterschicht" auf eine vermeintliche „Kultur der Leistungsverweigerung" oder „Leistungsunfähigkeit" zurückgeführt. Diese Kultur kann dann je nach Façon wieder auf Gene, Religionen, „Rassen" oder „Kulturkreise" zurückgeführt werden. Zumindest im deutschen Kontext wird Armut und soziale Marginalisierung also verstärkt auf die Herkunft zurückgeführt.

Klassen und Kämpfe

Ausgesprochen überzeugend ist „Prolls" an jenen Stellen, an denen die Hintergründe für das negative Bild beschrieben werden. Dabei bleibt Jones nicht auf der Ebene der Skandalisierung, sondern er lässt in einfühlsamen Reportagen die Betroffenen zu Wort kommen und bietet somit eine andere Realität an. Dabei geht es ihm nicht darum, den alten Zeiten hinterher zu trauern, in denen Arbeiter_innen noch einen höheren Stellenwert hatten und das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital ausgeglichener schien. Vielmehr möchte er die Klassenthematik einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, weshalb er sich mit theoretischen Ausführungen weitgehend zurückhält. Das ist keinesfalls eine Schwäche, sondern vielmehr eine Stärke des Buches: Es ist verständlich, auch für Menschen, die mit der akademischen Sprache nicht bestens vertraut sind. Dass es Jones nicht einfach nur um soziale Anerkennung der ausgebeuteten Klassen geht, wie es häufig in liberalen Diversity- und Gleichstellungs-Diskursen der Fall ist, ist umso erfreulicher. Unmissverständlich heißt es dazu am Ende der ausführlichen und aufschlussreichen Einleitung:

„Vor allem geht es mir nicht darum, einfach einen Einstellungswandel zu fordern. Klassenhass gibt es nur in einer gespaltenen Gesellschaft. Letztendlich müssen wir nicht gegen Vorurteile kämpfen, sondern gegen das, was sie ermöglicht." (S. 42)

Der Kampf gegen das, was den Klassenhass und somit auch die Klassengesellschaft ermöglicht, setzt eine Beschäftigung mit Klassenverhältnissen voraus, die gerade auch innerhalb der Linken in Deutschland intensiviert werden sollte. Selbst in betont „emanzipatorischen", meist akademischen Kreisen wird sich allzu gern über „Prolls" und die „Unterschicht" lustig gemacht und die soziale Marginalisierung der Arbeiter_innenklasse ausgeblendet. Owen Jones liefert Ansätze, um das Schweigen über die Verhältnisse zu durchbrechen und wieder eine gemeinsame Sprache zu finden

– und vor allem eines zu erkennen: Das entscheidende Mittel für die Mächtigeren im Klassenkampf ist es, den Klassenkampf zu leugnen. Das gilt nicht nur in Großbritannien und in Deutschland.

Zusätzlich verwendete Literatur

Baron, Christian / Steinwachs, Britta (2012): Faul, Frech, Deist. Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen. Edition Assemblage, Münster.
Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah (2011): Von „Musterbeispielen“ und „Integrationsverweigerern“. Repräsentationen von Migrant_innen in der „Sarrazindebatte“. In: Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“. Edition Assemblage, Münster. S. 77-95.
Merz, Sibille (2013): Zwischen „Big Society“ und „Aspiration Nation“. Krise, Nation und Ausgrenzung in Großbritannien. In: Sebastian Friedrich / Patrick Schreiner (Hg.): Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa. Edition Assemblage, Münster. S. 139-150.
Nolte, Paul (2004): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. C.H. Beck, München.

Owen Jones 2012:
Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse.
Verlag André Thiele, Mainz.
ISBN: 978-3-940884-79-4.
320 Seiten. 18,90 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Kein Ende der Klassengesellschaft. Erschienen in: Gesellschaft im Neoliberalismus. 29/ 2013, Die da unten. 40/ 2016, Neue Klassenpolitik. 47/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1135. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

SYRIZA über SYRIZA. Oder: warum SYRIZA scheiterte

Giorgos Chondros
Die Wahrheit über Griechenland
Die Eurokrise und die Zukunft Europas

Erklärungsversuche für das Versagen in der Krise und die fatalen Folgen der Memorandenpolitik für die griechische Bevölkerung aus Sicht eines SYRIZAners.

Rezensiert von Alp Kayserilioğlu

Giorgos Chondros, Umweltsprecher von SYRIZA und ZK-Mitglied, hat ein Buch vorgelegt, das umfassend auf die griechische Krise, die sozialen Auswirkungen der Memorandenpolitik, den Aufstieg von SYRIZA und vor allem auf die entscheidende Phase der Verhandlungen mit der sogenannten Troika und anderen europäischen Institutionen eingeht. Diese mündete letztlich in die Unterzeichnung des 3. Memorandum of Understanding (MoU). Er legt dar, wie zerstörerisch die Memorandenpolitik war, warum sie zu weiterer Rezession führen wird und wie SYRIZA keine Chance gelassen wurde, ihr Alternativmodell zu gestalten.

Das Buch ist also eines, das die Interpretation der Ereignisse rund um die Griechenlandkrise und die politische Perspektive der Mehrheitslinie innerhalb von SYRIZA präsentiert. Es ist somit auch ein Manifest, das vor Augen führt, was die gravierenden theoretischen und politischen Fehler von SYRIZA waren, die letztlich dazu führten, dass SYRIZA an der mächtigen Front seiner Gegner zerschellte und sicher auch nicht wieder in die Offensive gehen kann.

Gegen den Strom!

Einen bedeutenden Teil des Buches widmet Chondros dem Kampf gegen die „hervorragend geplante Desavouierungskampagne“ (S. 115), die gegen SYRIZA lanciert wurde. Das umfasst auch die Erklärung der Griechenland-Krise, welche im ersten Kapitel behandelt wird. Chondros folgt hier fast vollständig der klassischen linkskeynesianischen Interpretation: Die Griechenland-Krise wird gesehen als Folge der Weltwirtschaftskrise, die wiederum wesentlich vom exzessiven Gebrauch von Schuldverschreibungen und beliehenem Kapital sowie den maßlosen Gehältern und Boni der Investmentbanker verursacht worden sei. Erst die Rettung der in Krise geratenen Banken habe die Staatsschulden in die Höhe schießen lassen, und schwache Länder wie Griechenland seien aufgrund der Konstruktion der Euro-Zone nicht in der Lage gewesen, souverän auf die Sachlage zu reagieren. Und so sei Griechenland unter die Fittiche der Troika geraten.

Stark ist hier vor allem, dass Chondros kompakt wichtige Statistiken und Kennzahlen vorweist. Er zeigt, dass die Staatsschulden weltweit erst mit der Krise zunehmen und dass die Bankenrettungspakete daran einen massiven Anteil haben. Ebenfalls listet er detailliert alle wesentlichen Reform- und Kürzungsmaßnahmen vor sowie im Rahmen der Memoranden auf.

Weitere Kapitel widmen sich der Widerlegung der gängigsten massenmedial propagierten antigriechischen Klischees und Mythen um die Griechenland-Krise. So weist Chondros im Einklang mit drei unterschiedlichen Studien darauf hin, dass nicht „Griechenland“ mit den Rettungspaketen gerettet wurde, sondern vor allem Investoren und in- wie ausländische Banken. Die These „wir fleißigen Deutschen zahlen für die Griechen“, die in der Tat zu den demagogischsten Thesen im Umfeld der Griechenland-Krise zählt, widerlegt Chondros: Das Geld, das die jeweiligen Länder an

Griechenland überwiesen, besteht aus Krediten, die von der EZB aufgenommen und zu höheren Zinssätzen an Griechenland weitergereicht wurden. Anstatt für die Griechen zu zahlen, hat der deutsche Staat bisher sogar über 300 Millionen Euro Plus gemacht.

Besonders hervorzuheben ist das zweite Kapitel: Auf etwas mehr als 30 Seiten präsentiert Chondros kompakt die sozial desaströsen Folgen der Austeritäts- und Memorandenpolitik in Griechenland. Von der rasant ansteigenden Arbeitslosigkeit über massiv fallende Löhne, Renten und Haushaltseinkommen, steigende Strompreise und Energiearmut bis hin zur extremen Armut belegt er das soziale Gruselkabinett ausführlich mit Zahlen und Statistiken.

Oder doch nicht?

Bis auf die Erklärung der genaueren Dynamiken der Weltwirtschaftskrise dürften die meisten Linken mit dem bisher Präsentierten d'accord sein. Die meisten, die sich mit der Griechenland-Thematik schon länger auseinandersetzen, werden auch die erwähnten Statistiken und Zahlen kennen, auch wenn es natürlich von unschätzbarem Wert ist, dass all diese kompakt auf einigen dutzend Seiten zusammengetragen wurden.

Aber besonders ab dem fünften Kapitel „This is a coup!“, in dem es an's Eingemachte geht, also um die Periode, ab der SYRIZA die Regierung stellte, werden die Meinungen auseinandergehen. Eine gewisse Verbalradikalität übertüncht die gar nicht so radikale Grundeinstellung: Da ist die Rede von einer „Systemkrise […], die unauflöslich mit dem Kapitalismus […] verknüpft ist“ (S. 19) und vom „zeitgenössischen Absolutismus des Finanzkapitals“ (S. 172). Chondros spricht von einer „langfristigen ‚Germanisierung Europas‘“ (S. 206) und flucht wahlweise auf „Germropa“ (S. 211) oder die „Bankokratie“ (S. 58), in besonderem Maße natürlich auf Wolfgang Schäuble.

Die Konfliktachse wird bei Chondros also oft genug eher national/anti-kolonial gelegt: Er spricht vom „griechischen Verlierer“ (S. 98) und meint an den Stellen, wo von „Klassenfeinden“ die Rede ist, die Troika beziehungsweise die Euro-Gruppe und Dr. Schäuble (S. 192). An einer Stelle rutscht es ihm dann aus und er verweist darauf, dass eine sofortige Intervention durch die EZB im Jahre 2010 dem „griechischen Kapitalismus“ (S. 99) wenigstens die nötige Zeit gegeben hätte, um die notwendigen Anpassungen (?) umzusetzen. Bei aller Verbalradikalität also doch Reformierung des „griechischen Kapitalismus“?

Auch sonst sind die praktischen Vorschläge von Chondros eher moderat. Er verteidigt, wie die rechte SYRIZA-Mehrheitslinie, den Weg der Suche nach einem „ehrvollen Kompromiss“ mit den Gläubigern, die übrigens weitaus öfter „Partner-Gläubiger“ genannt werden als „Klassenfeinde“. Chondros bildet sich in der Tat ein, dass es am Anfang eine „Schnupperphase“ (S. 143) gegeben habe, in der sich die unterschiedlichen Seiten des Konflikts kennengelernt hätten und sich Premierminister Tsipras bei Frankreich und Italien Freunde gemacht habe. Dass Hollande das 3. MoU später öffentlich im Fernsehen lobpreiste und schon damals wichtige EU-Persönlichkeiten darauf hinwiesen, dass sich an den Abkommen nichts ändern wird, passt nicht so recht in diese Erzählung. Auch nicht, dass am Abkommen Ende Februar 2015, welches Varoufakis und auch Chondros mit „kreativer Ungenauigkeit“ (S. 150) uminterpretieren wollten, überhaupt nichts uminterpretiert wurde, sondern vielmehr der erste Stein desjenigen Weges war, der geradeaus zum 3. MoU führte.

Zwar kritisiert Chondros im Nachhinein, dass sich diese Taktik als falsch erwiesen hätte, dass da Gegner gewesen seien, die alles in Kauf genommen hätten und Griechenland schwach gewesen sei. Irgendetwas, das dieser Kritik in der Praxis oder in einzelnen Ausführungen korrespondieren könnte, sucht man aber vergeblich. Chondros lobpreist regelrecht den Umstand, dass SYRIZA oft genug die selbstgesteckten roten Linien, ja eigentlich alle davon, überschritten hat als Tatsache, die beweist, dass sie „wirklich“ verhandeln wollten.

Er wundert sich darüber, dass die Troika die Besteuerung der Reichen ablehnte und ist empört darüber, dass die Mehrwertsteuererhöhung für Nahrungsmittel erzwungen wurde, obwohl doch massenhaft Armut existiere. Voller Entrüstung berichtet er, dass SYRIZA keine Zeit gelassen wurde, das Referendum vom 7. Juli in Ruhe durchzuführen, und dass mit Liquiditätsbeschränkungen und erzwungenen Kapitalverkehrskontrollen großer Druck auf SYRIZA ausgeübt wurde. Er wundert sich also reihenweise über Dinge, über die man sich kaum wundern oder moralisch entrüsten würde, würde man eine kapitalismustheoretische Herangehensweise an den Konflikt ernst nehmen. Schließlich hatte SYRIZA ja gemeint, im Namen des Großteils der Werktätigen in Griechenland den Reichen und Gläubigern, ja gleich dem Neoliberalismus in ganz Europa den Kampf anzusagen. Kein Wunder, dass die dann wiederum reagieren. Wundern kann man sich hier nur, wenn man nicht realisiert oder nicht ernst nimmt, dass im betreffenden Fall antagonistische Interessen aufeinanderprallen, wobei sich diejenigen mehr durchsetzen, die mehr Macht geschickter nutzen können.

Ein Manifest der Niederlage

Chondros fallen auch einige gravierende Mängel der Analyse und Taktik von SYRIZA auf; etwa, dass kein Plan B vorlag für den Fall, dass die Taktik der Verhandlungen nicht aufgehen würde. Auch wird selbstkritisch festgestellt, dass man außenpolitisch besser agieren hätte können, um zum Beispiel via Russland auf die EU Druck auszuüben. Er gesteht ein, dass keine klassenorientierte Politik verfolgt wurde. Alles gravierende, ja im Grunde ausschlaggebende Probleme und Mängel von SYRIZA, die wesentlich erfolgsversprechender hätten angegegangen werden können, hätte man sie rechtzeitig in Angriff genommen anstatt die gesamte Energie und Zeit damit zu verschwenden, irgendwelche, in der Tat völlig aussichtslose, Verhandlungsspielchen zu spielen. Aber alle Mängel von SYRIZA werden mit einem erstaunlichen Argument zur Seite gewischt: Auch eine bessere Vorbereitung hätte die zwangsläufige Kapitulation nicht verhindert, denn die Kräfteverhältnisse seien einfach so aussichtslos gewesen, von Anfang an. Wie er bei so viel Pessimismus bezüglich eigener Taktiken dazu kommt anzunehmen, man könne nun „unter dem Radar der Memoranden [eine] klassenorientierte Politik“ (S. 199) machen, ja, er gar in unglaublich tiefer, dialektischer Manier das „Vereinbarungsdiktat“ (sic!) als einen „taktischen Schritt in Erwartung des geeigneten Zeitabschnittes“ (S. 211) zum Sturze des deutschen Europas seitens einer gesamteuropäischen Widerstandsbewegung deklariert, bleibt sein Geheimnis. Der Verdacht liegt nahe, dass die verbalradikalen Auslassungen nichts weiter sind als radikale Phrasen, die den äußerst moderaten, gar nicht kampfbereiten, noch -willigen Grundtenor in Theorie und Praxis übertünchen. Eher scheint es der Fall, dass das Experiment SYRIZA vollends an die Wand gefahren ist, weshalb das vorliegende Buch als ein Manifest der Niederlage gelesen werden sollte. Damit sich beim nächsten Mal nicht dieselben Fehler wiederholen.

Giorgos Chondros 2015:
Die Wahrheit über Griechenland. Die Eurokrise und die Zukunft Europas.
Westend Verlag, Frankfurt / Main.
ISBN: 978-3-86489-115-1.
240 Seiten. 16,99 Euro.

Zitathinweis: Alp Kayserilioğlu: SYRIZA über SYRIZA. Oder: warum SYRIZA scheiterte. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1349. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Sexismus als Strategie deutscher Schuldabwehr

Charlie Kaufhold
In guter Gesellschaft?
Geschlecht, Schuld & Abwehr in der Berichterstattung über Beate Zschäpe

Ob „heißer Feger“ oder schicker „Teufel“: Warum die Berichterstattung zu Beate Zschäpe sowohl eine antifaschistische wie auch feministische Kritik erfordert, wird in diesem Buch deutlich.

Rezensiert von Barbara Schecher

Nach der Selbstenttarnung der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ im Jahr 2011 ist der Name Beate Zschäpe im öffentlichen Bewusstsein angekommen. Zschäpe steht aktuell vor Gericht, doch es wäre zynisch, dies als gelungenen Abschluss der Auseinandersetzung mit den neonazistisch motivierten Morden und Gewalttaten zu betrachten. Eine angemessene Aufarbeitung hätte anders ausgesehen als das Drangsalieren des sozialen Umfelds der Ermordeten durch rassistische Ermittler_innen: Die Angehörigen wurden im Stich gelassen durch undurchsichtige Behörden, während die Taten teilweise medial bagatellisiert und eine Täter_in-Opfer-Umkehr betrieben wurde. Meist im Hintergrund der medialen Aufmerksamkeit stehen die Überlebenden wie beispielsweise jene des Nagelbombenanschlags in Köln.

Doing Gender statt Doing Solidarity

Für alle Betroffenen folgte statt der versprochenen lückenlosen Aufklärung ein Ermittlungsskandal nach dem anderen. Gleichzeitig ist ein Teil der Berichtserstattung massiv fokussiert auf das Geschlecht jenes „NSU“-Mitglieds, das als einziges der rechten terroristischen Gruppe noch am Leben sein soll. Diese Berichterstattung, die ihren Fokus auf das Frau*-Sein Zschäpes legt, steht im Zentrum von Charlie Kaufholds Buch und macht sowohl aus antifaschistischer wie auch feministischer Perspektive sprachlos: Medial wird Beate Zschäpe als „putzige Diddl-Maus“ mit „rosa Hauspuschen“ (*Süddeutsche Zeitung*) bezeichnet oder als „Teufel“, der „sich schick gemacht“ hat (BILD). Eine kollektive Solidarisierung in Deutschland mit den Opfern des „NSU“ blieb aus; stattdessen waren im Jahr der Selbstenttarnung Überschriften wie „Die Nazi-Braut galt als heißer Feger“ (S. 45) in der Presse zu lesen.

Woher kommt diese Diskrepanz in manchen Medien, den Fokus der Berichterstattung statt auf Fragen der Aufklärung, Verantwortung und Solidarität auf eine Sexualisierung Zschäpes zu legen, sie teilweise nicht als vollumfängliche Faschistin, sondern nur als die „Braut von“ zu bezeichnen?

Ein Teufel kann keine von „uns“ sein

Kaufholds Buch, das auf Basis einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit entstanden ist, beginnt mit Informationen zur Entstehungsgeschichte und Handhabung der Lektüre. Es folgt eine grobe Zusammenfassung der Ereignisse in Zusammenhang mit dem „NSU“. Die Ausführungen zum „NSU“ sind zwar knapp, aber sowohl sprachlich wie auch inhaltlich reflektiert und kritisch. So hinterfragt Kaufhold immer wieder durch ihre Wortwahl die dominante Darstellungsweise der Geschehnisse im Kontext des „NSU“ und würdigt die Ermordeten unter anderem durch die Nennung ihrer

Namen.

In dem ersten Kapitel „Wie?“ wird anhand zahlreicher Auszüge aus Zeitungen und Zeitschriften illustriert, wie über Beate Zschäpe berichtet wird. Mit den Beispielen untermauert Kaufhold die These, dass sich zwei Arten der Berichterstattung unterscheiden lassen, wenn diese auf Zschäpes Geschlecht fokussiert ist. Beiden Darstellungen gemein ist, dass es sich um *Feminisierungen* handelt, das heißt, „dass und wie bei den verschiedenen Darstellungsweisen auf Zschäpes Frau-Sein und/oder auf ihre weibliche Sexualität Bezug genommen wird, der Kategorie Geschlecht also Bedeutung zukommt“ (S. 7f.).

Die erste Darstellungsweise bezeichnet Kaufhold als *dämonisierende Feminisierungen*, womit „Darstellungsweisen zusammengefasst [sind], bei denen Zschäpe als deviant, das heißt als von der Norm abweichend gekennzeichnet und als personifiziertes Böses, als teuflisch konstruiert wird“ (S. 7). Vor allem zum Prozessbeginn im Mai 2013 lässt sich nach Kaufhold diese Art der Darstellung Zschäpes in der Berichterstattung finden. Die Beispiele für die dämonisierende Darstellung bezieht Kaufhold hauptsächlich aus der Berichterstattung in der BILD. Dies wirft allerdings die Frage auf, ob es sich hierbei um BILD- beziehungsweise Boulevardmagazin-Spezifika handelt, da weitere Beispiele wenig überzeugend sind. Bei der Analyse der aktuellen Berichterstattung verbleibt Kaufhold nicht nur auf der schriftlichen Ebene, sondern bezieht die bildliche beziehungsweise fotografische Inszenierung von Zschäpe und ihrem Frau*-Sein mit ein. Dabei wird deutlich: Die dämonisierenden Feminisierungen in der Darstellung Zschäpes sind keineswegs ein Zufall, sie sind in einer bestimmten Art und Weise konstruiert und erfüllen gesellschaftliche Funktionen. So implizieren beispielsweise Spekulationen über ein nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechendes Sexualverhalten Zschäpes, dass sie keine „von uns“ sein könne, da sie eine „schlechte“, promiske, nicht monogam lebende Frau sei.

„Erstens kann durch sie begründet werden, dass es keine Notwendigkeit gibt, sich mit Zschäpe und ihren Taten auseinanderzusetzen. Da sie nicht als Person verhandelt wird, deren Taten nachvollziehbar sein müssten, sondern verteufelt und als deviant dargestellt wird, scheint es überflüssig, sich mit ihren politischen Überzeugungen, Motivationen und ihren Handlungen zu beschäftigen. […] Zweitens ergibt sich aus diesen vergeschlechtlichten, dämonisierenden Darstellungsweisen die Möglichkeit, eigene Schuld durch Externalisierung abzuwehren. […] Die Dominanzgesellschaft kann durch die dämonisierenden Feminisierungen von Zschäpe von Fragen nach der eigenen Schuld und Verantwortung, nach der eigenen Beteiligung absehen. Der Kontext, in dem der NSU hat handeln können, Rassismus in Deutschland, kann dethematisiert werden – Zschäpe scheint ja eine vollkommene Ausnahme gewesen zu sein, vollkommen jenseits der weißen, deutschen Norm“ (S. 54f.).

Ein liebes Mädel, das nur den Haushalt geschmissen hat?

Als zweite grundlegende Darstellungsweise benennt Kaufhold *bagatellisierende Feminisierungen*, womit „Darstellungsweisen, bei denen Zschäpe entlastet und ihr ihr Subjektstatus abgesprochen wird“ (S. 7) gemeint sind. Hier lassen sich „beispielhaft die Beschreibungen Zschäpes als ‚liebes Mädel‘ […] anführen. Diese Formulierungen ermöglichen, Zschäpe nicht als politisches und handlungsfähiges Subjekt ernst zu nehmen und sie damit von der Beteiligung an den Taten des NSU zu entlasten“ (ebd.). Wie beispielsweise in einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung*, in dem es heißt: „Wie war das normale Leben im Untergrund? Wer hat gespült, wer hat den Müll runtergebracht? Trugen die Waffennarren Böhnhardt und Mundlos auch daheim schweres Gerät?“ (S. 44).

Zschäpe wird in der bagatellisierend-feminisierenden Berichterstattung teilweise verkindlicht, zum Teil sogar selbst als Opfer inszeniert, häufig in Abgrenzung zu den zwei Männern des sogenannten NSU Trios. Die Effekte dieser Darstellungsweise ergänzen die der dämonisierenden Feminisierungen auf zynische Art: „Warum sollte sich auch mit Zschäpe beschäftigt werden, wenn

sie doch nur den Haushalt geschmissen hat und sich sonst nichts hat zu Schulden kommen lassen?“ (S. 56). Kaufhold argumentiert, dass bagatellisierende Feminisierungen ein Identifikationsangebot für die weiße Dominanzgesellschaft Deutschlands schaffen, da die Dominanzgesellschaft in ihrer Wahrnehmung ebenso wie Zschäpe von nichts gewusst habe, keine (Mit-)Schuld trage, „da sie unbeabsichtigt in eine von ihr nicht verschuldete Situation geraten ist“ (ebd.). Es wird deutlich: Es geht um die (Nicht-)Bearbeitung von Fragen nach Schuld und Verantwortung, auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Der Effekt heißt Abwehr – damals wie heute

Nach der Analyse der Berichterstattung zu Zschäpe widmet sich Kaufhold der Berichterstattung zu Täterinnen aus der NS-Zeit, wobei sie sich auf Kernaspekte beschränkt und diese vergleicht. Die Parallelen zur Nachkriegszeit sind nachvollziehbar herausgearbeitet, Stück um Stück wird dem_der Lesenden klarer, welcher Schuldabwehr-Cocktail nicht nur rund um Zschäpe gemixt wird. Es ist geradezu erstaunlich, wie ähnlich die Berichterstattung in der Nachkriegszeit zu vor Gericht stehenden Nationalsozialistinnen im Vergleich zur Berichterstattung über Zschäpe ist. Sowohl bagatellisierende als auch dämonisierende Feminisierungen bis hin zu Sexualisierungen dieser Zeit stellt Kaufhold zahlreich dar. Die politischen und historischen Strukturen, die durch die Zutat ‚Geschlecht‘ übertüncht werden sollen, sind nach Abschluss des Buches zwar klarer, Lesende, die sich jedoch eine tiefergehende Analyse dieser historischen Strukturen erhoffen, werden enttäuscht. Da dies jedoch nicht Kaufholds primäres Thema ist und die Analysen des Buches direkt und indirekt auf der Arbeit von Fantifas [kritisch-lesen.de #38] und antifaschistischer und feministischer Theorie und Forschung basieren, finden sich in der vielfältigen Literaturliste des Buches genügend Anregungen zum Weiterlesen.

Ein Wermutstropfen ist die Tatsache, dass trotz einzelner Bezüge die Rolle kapitalistischer Verhältnisse in diesem ganzen Cocktail weitgehend unklar bleibt – so spielt beispielsweise das Mediensystem als Markt keine Rolle. Insgesamt ist Kaufhold jedoch mit „In guter Gesellschaft?“ ein großes Projekt gelungen: Der strukturierte Aufbau, die meist nachvollziehbaren Thesen, die eindrucksvollen Belege durch Zeitungsartikel und wiederkehrende Verweise auf diverse wissenschaftliche Theorien machen das Buch für alle lesenswert, die sich bereits vertiefend mit Themen wie Journalismus, Gender und (Neo-)Nationalsozialismus beschäftigt haben. Gleichzeitig schafft es Kaufhold, das Thema aus einem wissenschaftlich-akademischen Diskussionsraum herauszuholen und für mehr Menschen zugänglich zu machen, indem auf eine akademische Wortwahl weitgehend verzichtet wird und weniger geläufige Begriffe immer wieder erklärt werden. Dies macht das Buch besonders für Einsteiger_innen in das Themenfeld zu einer seltenen und aufschlussreichen Lektüre.

Was zum Abschluss des Buches nachwirkt, ist mehr als eine bloße Analyse und Kritik des deutschen Journalismus:

„Zwar schafft die Berichterstattung selbst Wirklichkeit und ist damit produktiv, sie ist jedoch gleichzeitig Symptom tieferliegender […] Zusammenhänge. […] Die Strukturen, die die spezifische, vergeschlechtlichte Berichterstattung über Zschäpe bedingen, müssen beachtet, kritisiert und verändert werden, sodass es überhaupt nicht mehr als naheliegend erscheint, über neonazistische Täterinnen in dieser vergeschlechtlichen Weise zu berichten. […] Es braucht eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und insbesondere mit der damit verbundenen Schuld – ohne Abwehr oder Nivellierung“ (S. 82).

Charlie Kaufhold 2015:
In guter Gesellschaft? Geschlecht, Schuld & Abwehr in der Berichterstattung über Beate Zschäpe.
Edition Assemblage, Münster.
ISBN: 978-3-942885-85-0.
106 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Barbara Schecher: Sexismus als Strategie deutscher Schuldabwehr. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1350. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Proletariat ohne Klischees

Alf Lüdtke
Eigen-Sinn
Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus

Mit der Textsammlung zum Thema „Eigensinn" legte Alf Lüdtke 1993 einen längst vergriffenen Klassiker der Sozialgeschichtsschreibung vor, welcher nun endlich neu aufgelegt wurde.

Rezensiert von Torsten Bewernitz

Als 1993 Alf Lüdtkes „Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus" erschien, überschlugen sich die Rezensent*innen mit Lob: Es handle sich um den seltenen Fall, in dem mit einer Textsammlung – „Eigen-Sinn" ist eine Sammlung von Zeitschriften- und Buchaufsätzen – ein großer theoretischer Wurf gelungen sei, und die Leser*innen erwarte ein „intellektuelles Lesevergnügen".

Um es vorwegzunehmen: Den damaligen Rezensent*innen ist 22 Jahre später vorbehaltlos zuzustimmen. Dank Lüdtkes Ansatz (den ich nur ungern einen „theoretischen" nennen möchte, weil er so nahe wie für Historiker*innen möglich an den Akteur*innen ist), wurde die Erforschung des Eigen-Sinns in der Sozialgeschichte zu einem relativ breit beackerten Feld, der Begriff hat es in die englisch- und französischsprachige Forschung geschafft. Dabei war Lüdtke keineswegs derjenige, der den Eigen-Sinn als erster wissenschaftlich nutzbar machte, das waren vielmehr zwölf Jahre zuvor Oskar Negt und Alexander Kluge mit ihrem Werk „Geschichte und Eigensinn" gewesen. Alf Lüdtke weist allerdings darauf hin, dass Negt und Kluge „Eigensinn" nicht näher definierten. Dagegen hat Lüdtke selbst 1995 im Glossar einer englischsprachigen Publikation eine pointierte Definition gegeben. Hier sei lediglich die kurze Definition aus dem Vorwort zur Neuauflage zitiert: „Eigen-Sinn kennzeichnet [...] höchste vielfältige Mischungen von Eigenständigem, mitunter Verschrobenem, jedenfalls in dieser oder jener Hinsicht Querliegendem" (S. 9) – quer einerseits zur Hinnahme der Verhältnisse und andererseits zu direktem und bewusstem Widerstand.

Die Pointe dieser Definition ist freilich, dass sie notwendig schwammig bleibt, schlicht deswegen, weil Eigen-Sinn eben sehr verschiedene Verhaltensweisen beschreibt. So kann Eigen-Sinn die Motivation sein, sich organisiert, gewerkschaftlich, kollektiv für die eigenen Rechte einzusetzen, bis hin zu einer politischen oder auch betrieblichen Widerständigkeit. Eigen-Sinn kann aber auch dazu motivieren, sich gerade nicht zu organisieren und sich individuell zur Wehr zu setzen, etwa durch Blaumachen, Krankfeiern, kleine Diebstähle oder sogar, indem man es sich in den unangenehmen Verhältnissen so gemütlich wie möglich macht. Alf Lüdtke beschreibt entsprechend eindringlich, dass es im Eigen-Sinn darum gehe, ganz bei sich zu sein (jenseits von politischen oder betrieblichen Ansprüchen anderer oder eines Kollektivs) oder eben bei sich und seinen*ihren Kolleg*innen.

Eigen-Sinn versus Klassenbewusstsein

Alf Lüdtke macht damit den Eigen-Sinn zu einem plausiblen Gegenbegriff zu dem überstrapazierten und zu zahlreichen Dilemmata führenden Begriff des „Klassenbewusstseins". Denn dieses „Klassenbewusstsein" hatte und hat immer das Problem der Vermittlung und Vermittelbarkeit – wie soll aus der Menge von einzelnen Arbeiter*innen mit unterschiedlichen Wissensständen, Meinungen und Positionen ein Akteur „Proletariat" mit einem kollektiven

„Bewusstsein“ entstehen? Ideologie und Theorie benötigten dafür immer sehr schwache bis problematische Hilfsmittel, es wurden immer die Leninschen „Transmissionsriemen“ (‚lenkende Kräfte’) nötig – Partei, Avantgarde, Intellektuelle. Akzeptiert man dagegen eine Vielfalt von Eigen-Sinn, stellt sich dieses Problem nicht mehr beziehungsweise hat man damit die Idee des gleichförmigen „Klassenbewusstseins“ begraben.

Das mag vielen fragwürdig erscheinen – lenkt es doch den Blick weg von einer kollektiven Handlungsfähigkeit oder -möglichkeit und hin zu sehr individuellen Handlungsweisen. Aber Alf Lüdtke vergisst „das Ganze“ nicht, sondern zeichnet ein vielschichtiges und differentes Bild, das Klassenhandeln (oder eben auch Nichthandeln) nachvollziehbarer macht. Dabei schöpft er nicht nur aus dem Werkzeugkasten der Geschichtswissenschaft, sondern auch aus dem der Soziologie und vor allem dem der Ethnologie. Seine leitende Frage ist: Wie nahe kann der*die Historiker*in den Arbeiter*innen vergangener Zeiten überhaupt kommen, ohne ihnen in gewissem Sinne ‚Gewalt anzutun’? Lüdtke greift dabei einerseits auf moderne ethnologische Reflexionen und Selbstkritiken zurück, andererseits aber auch auf historische teilnehmende Beobachtungen. Die ethnologische Reflexion lässt sich vielleicht zusammenfassen mit dem Diktum, dass auch die Erforschten die Möglichkeit haben müssen, die Forscher*innen zu erforschen, was eben das spezifische historische Problem verdeutlicht: In der Geschichte, gerade in der Alltagsgeschichte, kann der*die Erforschte nicht mehr reagieren, nicht kommentieren, nicht korrigieren. Alf Lüdtke problematisiert anhand der Selbstauskünfte von Paul Rabinow und Kevin Dwyer anhand ihrer Beobachtungen in Marokko sowie jener Renato Rosaldos auf den Philippinen die Notwendigkeit „wechselseitiger Befragung“ (S. 35). Der damit zum Ausdruck kommende Respekt vor den erforschten Menschen sollte auch historisch versucht werden.

Bodies matter!

Lüdtkes historische Betrachtungen, die bis in den Nationalsozialismus reichen, liefern Erklärungen auch für spätere Formen von Eigen-Sinn. Proletarischer Nomadismus (Wanderarbeit), geschlechtliche Arbeitsteilung und andere Erfahrungen des Alltags kennen wir in variierter Form auch aus heutigen Arbeits- und Alltagsverhältnissen, so dass aktuelle Verhaltensmuster ebenfalls als eine Form von Eigen-Sinn erklärbar werden. Dabei ist der Clou an der Sache die Sinnlichkeit der Erfahrung, die der „theoretischen Erfahrung“, die ein „Klassenbewusstsein“ ausmachen würde, entgegengestellt wird: Im Klassenbewusstsein wird traditionell eine einheitliche Erfahrung politisch transformiert, im Eigen-Sinn bleiben die Erfahrungen individuell und führen zu äußerst verschiedenen Handlungsweisen, die oft nicht politisch gewendet werden oder sogar deutlich unpolitisch sind. Lüdtke legt zu Recht Wert darauf, dass diese Sinnlichkeit vor allem im politischen Diskurs oft unterschätzt wurde und wird.

In dem Sinne ist besonders hervorzuheben, wie Lüdtke auf die Körperlichkeit der Arbeit und damit auch auf die Körperlichkeit des Eigen-Sinns eingeht. Neckereien, körperliche Schubsereien, gehörten und gehören in der körperbetonten Arbeit häufig dazu, es geht „rau“ zu in der Arbeitswelt. Das verweist auf eine strukturelle Männlichkeit der traditionellen Arbeit wie auch der Arbeiterbewegung. Lüdtke weist hier deutlich auf das theoretische Gewicht des Körpers hin und nimmt damit Grundlagen der Gender Studies und der Queer Theory vorweg – und zeigt damit auch heute, zwei Jahrzehnte später, wie uns diese Disziplinen für eine Erforschung der Alltags- und Arbeitsgeschichte nutzen können.

Diesbezüglich sei zuletzt darauf hingewiesen, dass die ‚Dienstleistisierung’ der Arbeitswelt zu ganz anderen Körperlichkeiten führt. Ich habe Alf Lüdtkes Buch ausschließlich in meiner Arbeitszeit in einem Callcenter gelesen. Das war eine besondere Lust, weil man sich dabei einbilden konnte, so seine eigene Form von Eigen-Sinn mit der theoretischen Beschäftigung mit diesem zu kombinieren. Immer wieder hob sich dabei der Kopf von der Lektüre und verglich das gerade Gelesene mit dem um einen her „tobenden“ Arbeitsalltag. Dienstleistisierung der Arbeitswelt, aber auch gerade erst beginnende Prozesse (Stichwort Industrialisierung 4.0) weisen auf eine sehr veränderte

Körperlichkeit in der Arbeitswelt hin. Callcenter-Agent*innen rüffeln sich zum Beispiel auch derb, aber eben nicht mit dem Körper, der hier auch in der Arbeit weniger zum Einsatz kommt, als viel mehr emotional (im Sinne dessen, dass sie „affektive Arbeiter*innen“ sind) und sprachlich.

Alf Lüdtke zeigt letztlich historisch, warum die Arbeiter*innen und die Arbeiter*innenbewegung oftmals nicht zueinander gefunden haben, und er liefert ebenso ein Instrumentarium dafür, zu erklären, warum dieses Zusammenfinden heute umso schwieriger ist. „Eigen-Sinn“ bläst, auch heute noch, einen frischen Wind durchs Gehirn und macht Platz für neue und unkonventionelle Gedankenspiele. „Eigen-Sinn“ stellt eine notwendige und teilweise korrigierende Ergänzung zu oftmals homogenisierenden Handlungsbeschreibungen des Großakteurs Arbeiter*innenklasse dar. Alf Lüdtkes Aufsätze können erklären, warum es immer nur eine Minderheit der arbeitenden Klasse war, die sich auch als Bewegung konstituierte. Dabei nimmt Lüdtke individuelle, als unpolitisch geltende Handlungsweisen ebenso ernst wie die kollektiven, politischen Aktionen der Bewegung und trägt somit maßgeblich zu einem Verständnis der historischen Arbeiter*innenklasse bei. Dieses Verständnis ist auch für heute relevant: Wenn man nicht ‚für’ sondern ‚mit’ (anderen) Arbeiter*innen agieren möchte und die verschiedenen Interessenlagen dabei ernst nimmt, ist der Eigen-Sinn eine Folie, die auch für heutiges klassenpolitisches Handeln äußerste Relevanz hat.

Alf Lüdtke 2015:
Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus.
Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.
ISBN: 978-3-89691-975-5.
388 Seiten. 39,90 Euro.

Zitathinweis: Torsten Bewernitz: Proletariat ohne Klischees. Erschienen in: Die da unten. 40/2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1353. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Fata Morgana Europa

Markus Metz / Georg Seeßlen
Hass und Hoffnung
Deutschland, Europa und die Flüchtlinge

In der Flüchtlingskrise treten Machtverhältnisse, wirtschaftliche Interessen sowie Prozesse der Entdemokratisierung und Dehumanisierung in Deutschland und Europa unerbittlich zutage.

Rezensiert von Johanna Bröse

Provinzbürgermeister Boris Palmer hat ein über die grünen Stadtgrenzen hinaus bekanntes Hobby: Er postet und kommentiert bei Facebook mit unfassbarer Penetranz alles, was ihm in seinem Mikrokosmos als halbwegs relevant und aufregend erscheint. Wir sehen uns 24 Stunden im Leben eines Bürgermeisters an: Freude über neues Bauland für ein neues Großprojekt, kommunalpolitischer Stolz über ein Riesenplakat mit dem Slogan „Wir schaffen das!“ zur Energiewende in Tübingen, Erstaunen über etwas, das sich „Pumptrack“ nennt („bis gerade eben hatte ich keine Ahnung, was das ist. Aber es ist geil“.), ein Selfie vom Familientag. Wohlstand, Selbstsicherheit, Spaß und Mensch-sein-Dürfen: Es scheint alles heiter und sonnig zu sein in Palmerland.

Aber natürlich ist das nicht immer so. Das Wetter schlägt um, wenn es diese Privilegien abzusichern gilt. Unter der Rubrik „Realismus in der Flüchtlingsdebatte“ ist der Grünen-Schultes vorne mit dabei, wenn es darum geht, die europäischen Außengrenzen mit Waffengewalt zu sichern, Obergrenzen einzuführen, geflüchtete Menschen nach ökonomischen Nützlichkeitskriterien einzuordnen und „blonde Töchter“ von grünen Professoren vor „arabischen Männern“ zu schützen. Jüngst begann ein Posting mit dem Satz „Ich habe eine aufwühlende Stunde in einer Flüchtlingsunterkunft hinter mir“. Palmer konstatiert darin, es falle ihm nach Sichtung der Lage „ungeheuer schwer, mir vorzustellen, wie wir diese Menschen in unsere Gesellschaft, unser Bildungssystem, unseren Arbeitsmarkt integrieren sollen“. Die Menschen dort sollten dankbar sein, aber stattdessen habe „eine dubiose Gruppe von Linksautonomen die Flüchtlinge aufgewiegelt und ihnen wohl den Eindruck gegeben, durch öffentlichen Druck könnten sie die Halle schneller verlassen“. Er erhält für seine Aussagen Zustimmung: vor allem aus rechtspopulistischen und nationalkonservativen Lagern (Frauke Petry, Beatrix von Storch, der Kopp-Verlag, zahllose AfD-Ortsverbände teilen den Beitrag), aber auch aus SPD und CDU und aus den eigenen Parteireihen. Es ist ein Ausdruck davon, warum in der aktuellen Asyldebatte die einstigen Lagergrenzen zwischen den etablierten Parteien verschwimmen: Man ist sich zumindest darin einig, die Privilegien der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft gegenüber Nicht-Zugehörigen zu verteidigen – koste es, was es wolle. Diese machtvollen Diskurse, die über Integration und Ausschluss, über Militarisierung und Nationalisierung geführt werden, fügen sich zu einer Gesamtheit, einem viele Elemente umfassenden Netz, zusammen. Über dieses Netz – Foucault spricht hier von einem „Dispositiv“ – haben Markus Metz und Georg Seeßlen ein Buch geschrieben.

Der Band entstand „im Zorn“, wie die beiden in ihrem Vorwort vermerken. Und das ist auch im Aufbau sichtbar. Gezeichnet wird ein Bild der aktuellen Verhältnisse in fünf Essays mit Prolog und Epilog auf knapp 250 Seiten. Sie setzen sich darin mit dem Projekt Europa, den Verhältnissen in Deutschland insbesondere im Umgang mit Geflüchteten, der Frage von Identitäten, einem Spezialblick auf bayrische Verhältnisse und nicht zuletzt mit Europa im Krieg auseinander.

Dazwischen finden immer wieder ganz unterschiedliche Bezugnahmen auf Theorien von Foucault, Agamben, Badiou und andere statt; spezifische Begrifflichkeiten werden dabei zumeist halbwegs verständlich eingeführt. Man folgt den Autoren in ihrer eigenen Suche nach Erklärungen. Heraus kommen manchmal sehr ausgereifte Gedankengänge, andere Male bleiben Themen nur fragmentarisch oder sind abstrakt und widersprüchlich. Die einzelnen Essays sind auch Zeugnisse von Trauer und moralischem Pathos. Man merkt, dass sich im Prozess wohl auch einige Utopien der Autoren verabschiedet haben.

Europäischer Ausnahmezustand

Palmerland ist auch eine Provinzparabel für die Verhältnisse in Europa selbst. Man fragt sich: Feiert sich dieses Europa eigentlich noch immer so richtig, oder kann es sich langsam „selbst kaum mehr ertragen“ (S. 9)? Metz und Seeßlen sind der Meinung, dass sich Europa nicht als kultureller und politischer Fortschritt, sondern als „barbarischer, korrupter und amoralischer Rückschritt“ realisiert – es sei nur mehr eine „verfallende Festung von Begünstigten, die nicht einmal ihre Privilegien genießen können“ (S. 11). Die Autoren fassen Europa als einen Souverän auf, von dem unterschiedliche Institutionen nutznießen und der nicht greifbar ist. Europa als „Fata Morgana“ (S. 13). Sie gehen den Trugbildern von Europa nach: Wie es sich darstellt als Projekt der Vernunft, als Projekt der Einschließung und Ausschließung, als Projekt „ökonomischer Exaltation“ (Erhöhung) (S. 17). Bei letzterem betonen die Autoren im Hinblick auf Geflüchtete insbesondere ihren Nutzen für wirtschaftliche Interessen: Sie dienen nicht nur als Arbeitskräfte, die als industrielle Reservearmee ausgebeutet werden können, sondern auch dafür, die Maske der Vielfalt und Diversität transnationaler Unternehmen aufrechtzuerhalten und damit das eigene Ansehen zu erhöhen.

Mit der Bezugnahme auf Einschließung und Ausschließung geht es den beiden Autoren darum, zu zeigen, dass unentwegter Ausschluss und Selektion feste Bestandteile des Neoliberalismus sind und sich auch tief in den individuellen Verhaltensweisen der Menschen verwurzelt haben. Frei nach dem Motto: Nur wenn du selbst ausschließen kannst, bist du noch nicht ganz unten. Systemseitig sieht das dann so aus, dass man von Bildung ausschließt, wer sich nicht „in die Teilung von Eliten und Bedeutungslosen fügt“ (S. 39), man schließt vom Markt diejenigen aus, die nicht genügend Profit bringen, und jene von Arbeit, die sich nicht an den neoliberalen Leistungszwang samt (Selbst-)Ausbeutung anpassen. Auf nationaler beziehungsweise europäischer Ebene werden dann eben nicht nur Menschen ausgeschlossen, sondern gleich ganze Kulturkreise oder Länder. Vermittelt durch die Notwendigkeit für den „Symbolraum Nation“ (S. 46) werden Wirtschaftskriege gegen andere Nationen geführt, um dem Trugbild von Wohlstand und Stabilität eine strategische Richtung zu geben – hin zu „ein(em) entdemokratisierte(n) Europa unter deutscher Hegemonie“ (S. 92).

Eine weitere These der beiden Autoren ist, dass mit dem Verweis auf die Geflüchteten eine Politik des Ausnahmezustands hergestellt und dauerhaft reproduziert wird. Diese diene dem wahren Souverän, der „Marktmacht“ (S. 23), also dem Kapital, bei seinem postdemokratischen Regierungshandeln: „Daher der 'Krieg gegen den Terror', daher 'die Finanzkrise' und nun 'die Flüchtlingskrise'. Der Ausnahmezustand kann nur dann aufrechterhalten werden, wenn ein Problem nicht gelöst, sondern in serielle Schwingungen versetzt wird" (S. 21). Europa ist also ein Projekt des gewollten Ausnahmezustandes, weil es diesen immer wieder zu Selbstkonstitution benötigt: Es kann damit Krisenmanagement zur allgemeinen Unterhaltung betreiben und die großen Projekte Demokratie, Humanismus, Aufklärung auf ein unbestimmtes „Später“ verschieben.

Demokratie ist für Wohlstand nicht zwingend notwendig

Generell widmen die beiden Autoren der Auseinandersetzung mit Demokratie, Wohlstand und Nation einen großen Raum. Die drei zentralen Begriffe, die, so die beiden, gemeinhin als unhinterfragbare Wahrzeichen gelten, werden als Illusionen entlarvt, die vor allem eine

ökonomische Funktion haben. Der Begriff der Demokratie ist längst eine leere Hülse für die Interessensvertretungen des Kapitals geworden. Das Problem, das Geflüchtete angeblich für die demokratische Ordnung darstellen, lässt sich erklären, wenn man die Sache aus der Vogelperspektive betrachtet: Nicht sie, die Hinzukommenden, sorgen für den Zerfall der Demokratie, sondern vielmehr wird in den Reaktionen auf sie sichtbar, dass dieser Zerfall längst schon stattgefunden hat. Wohlstand wird beschrieben als angestrengtes, krampfhaft aufrechterhaltenes „immerwährendes Helene-Fischer-Konzert“ (S. 49), das allerdings seine künstliche und illusionäre Seite zeigt, wenn „Andere“ dazu kommen und das Spektakel hinterfragen. Auch die Nation erhält durch die Geflüchteten eine Art negative Bestätigung: Sie muss, so die Begründung, ja real existieren, wenn man sie gegen die Ankömmlinge verteidigen muss. Künstlich geschaffen wird „der Flüchtling“ damit nicht nur als „Problem“ zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands, sondern auch „zur Erzeugung von Bildern, zur Erzeugung eines Blicks“ (S. 32). Demokratie, Wohlstand und Nation fungieren real nur noch als Schlagwörter für die mediale Inszenierung.

Vermittelt über diese Inszenierung wird Politik in Deutschland und Europa „auch und gerade mit den Flüchtlingen gemacht“, mit der „Metapher des Flüchtlings als Futter für den Identitätswahn von ‚imaginierter Gemeinschaft und ‚erfundener Tradition‘“ (S. 158). Metz und Seeßlen sprechen von einer „zähen, aber scheinbar unaufhaltsamen Faschisierung immer weiterer Kreise der Gesellschaften“ (S. 46) und meinen damit nicht nur die offen nationalistischen Bewegungen in unterschiedlichen Ländern. Der Siegeszug der Rechten (der durch den Verrat der Sozialdemokratie an den „kleinen Leuten“ vorangetrieben wurde) führte zudem dazu, dass „auch die bürgerlichen und natürlich auch die sozialdemokratischen Parteien in den Jargon der Nationalisten und der Rassisten [verfallen]“ (S. 249). Bezüglich der Protagonisten argumentieren die Autoren manchmal recht krude, etwa, wenn sie von der „geheimen Allianz der Dummen, der Bösen und der Gemeinen“ (S. 243) sprechen, die das politische Subjekt der Postdemokratie darstellen.

Im gesamten Werk schwingt die Trauer um einen europäischen Staatenbund mit, in dem Demokratie, Humanismus und Menschenrechte aufrechterhalten werden: ein funktionierendes Europa, das sich Metz und Seeßlen durchgängig als Idealbild der Hoffnung vorstellen. Einen Vorschlag, wie diese Fantasie Realität werden soll, bleiben sie aber schuldig. Ihre salbungsvolle Bezugnahme auf eine Zivilgesellschaft ist an sehr idealistischen und bürgerlichen Idealen ausgerichtet: „Den Flüchtlingen zu helfen, hier und jetzt, ist die erste Bürgerpflicht. Die zweite ist es, Europa neu zu denken. Von Grund auf. Und die dritte Aufgabe besteht darin, eine Gesellschaft zu erkämpfen, die auf Solidarität, Egalität und realer Demokratie basiert“ (S. 12). Ökonomische Verteilungskämpfe und Klassenverhältnisse werden zwar hier und da angeschnitten, aber nicht wirklich in die Überlegungen zu der Gestaltung ihrer imaginierten neuen Gesellschaft einbezogen. Ob eine Gruppe von linksautonomen Aufwiegler_innen hier helfen könnte?

Markus Metz / Georg Seeßlen 2016:
Hass und Hoffnung. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge.
Bertz + Fischer, Berlin.
ISBN: 978-3-86505-737-2.
120 Seiten. 7,90 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Fata Morgana Europa. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1354. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Der Individualisierung gesellschaftlicher Probleme entgegen treten

Kirsten Achtelik
Selbstbestimmte Norm
Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung

Eine Auseinandersetzung mit den Debatten um reproduktive Rechte und dem Selbstbestimmungsbegriff in der Frauen- und Behindertenbewegung seit den 1970er Jahren.

Rezensiert von Charlie Kaufhold

Die Besetzung geschlechter- und bevölkerungspolitischer Themen durch konservative und rechte AkteurInnen ist kein neues Phänomen. Es ist jedoch eines, das in den letzten Jahren zunehmend an Sichtbarkeit und Bedeutung gewonnen hat. So bringen die sogenannten „Märsche für das Leben" regelmäßig in verschiedenen deutschen Städten mehrere tausend Menschen auf die Straße. Motiviert durch ein christlich-fundamentalistisches Weltbild demonstrieren sie gegen Verhütung, Schwangerschaftsabbrüche, Präimplantationsdiagnostik (PID) und Pränataldiagnostik (PND).

Diese Positionen sind auch durch Rassismus und Ableismus (Diskriminierung aufgrund körperlicher und geistiger Fähigkeiten/Behindertenfeindlichkeit) geprägt: Die gewünschte demografische Entwicklung bezieht sich nur auf weiße Deutsche; zu Behinderten wird ein instrumentelles, paternalistisches Verhältnis eingenommen, statt sie als eigenständige, politische Subjekte zu betrachten. Durch Antifeminismus machen extrem rechte und christlich-fundamentalistische AkteurInnen ihre politischen Positionen auch für bürgerliche Spektren anknüpfbar.

Wie dieser politischen Entwicklung aus einer linken, (queer-)feministischen Position zu begegnen ist, ist Thema des Buchs „Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung" von Kirsten Achtelik. Im Zentrum steht dabei die Verknüpfung von feministischen und antiableistischen Positionen in Bezug auf eine aktuelle und zentrale Fragestellung: Wie können reproduktive Rechte – etwa die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs – gestärkt werden und gleichzeitig die ableistische Praxis, die mit PID und PND verknüpft ist, politisch problematisiert werden?

Reproduktive Rechte und Ableismus

Schwangerschaftsabbrüche sind – so führt Achtelik aus – in Deutschland nach wie vor rechtswidrig, sie bleiben jedoch unter bestimmten Bedingungen straffrei. Seit 1995 ist dementsprechend ein Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche möglich, wenn die Schwangere nachweisen kann, dass sie eine Beratung bei einer staatlich anerkannten Stelle in Anspruch genommen hat. Nach dieser Pflichtberatung muss eine dreitägige Wartezeit eingehalten werden, erst nach dieser darf der Abbruch vorgenommen werden.

Auch 1995 wurde die sogenannte „embryopathische Indikation" als Grund für einen Schwangerschaftsabbruch aus dem Gesetz gestrichen – maßgeblich aufgrund der Kritik von Behindertenverbänden und Kirchen. Die embryopathische Indikation galt, wenn aufgrund pränataler Untersuchungen mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit davon auszugehen war, dass der Embryo beziehungsweise der Fötus zu einem behinderten Kind heranwachsen würde.

Weiterhin finden jedoch sowohl pränatale Untersuchungen als auch Schwangerschaftsabbrüche in Reaktion auf damit verbundene, positive Diagnosen statt. Die Gesetzeslage erlaubt noch bis zum Ende der Schwangerschaft Abbrüche aufgrund einer „medizinischen Indikation". Das heißt, ein Schwangerschaftsabbruch ist dann möglich, wenn durch die Fortführung der Schwangerschaft von einer Gefährdung der körperlichen und/oder psychischen Gesundheit der Schwangeren auszugehen ist. Achtelik schreibt hierzu: „Praxis scheint zu sein, dass davon ausgegangen wird, dass das Leben mit einem behinderten Kind unzumutbar ist, weshalb die Diagnose einer schwereren fötalen Behinderung die medizinische Indikation der Schwangeren* impliziert." (S. 54). Die Kombination von PND und „medizinischer Indikation" hat dementsprechend einen ableistischen Effekt: Bei der Diagnose Trisomie 21 („Down-Syndrom") wird beispielsweise in über 90 Prozent der Fälle die Schwangerschaft abgebrochen (S. 56).

Das Phänomen der PND hat sich in der BRD seit den 1960er Jahren durchgesetzt. Die Zielsetzung der PND ist nicht „Prävention", sondern „Selektion", das heißt, nicht die Behandlung einer pränatal diagnostizierten Erkrankung ist angestrebt. Meist ist die einzige Entscheidung, die der Schwangeren bleibt, die, ob sie abtreiben will oder nicht (S. 129). Neben der immer weiter voranschreitenden Normalisierung von PND nimmt außerdem die PID vor dem Hintergrund des 2011 verabschiedeten Präimplantationsgesetzes an Bedeutung zu.

Eugenische Diskurse lassen sich jedoch noch weiter zurückverfolgen – sie entwickelten sich bereits Ende des 19. Jahrhunderts. Anfang des 20. Jahrhunderts waren sie nicht nur von reaktionären Kräften geprägt, auch Teile der ersten Welle der Frauenbewegung sowie Anarchist_innen und Kommunist_innen vertraten eugenische Positionen. Damals wie heute sind die in dem Themenbereich verorteten politischen Bewegungen und Diskurse – so arbeitet Achtelik heraus – nur vor dem Hintergrund einer ableistisch geprägten Gesellschaft zu verstehen.

Ein Blick zurück

Den größten Raum im Buch nimmt die Beschäftigung mit den historischen Auseinandersetzungen um reproduktive Rechte seit den 1970ern ein. Insbesondere werden die Debatten um den Begriff der Selbstbestimmung beleuchtet. Dazu stellt Achtelik einerseits die Debatten in der von nicht-behinderten Frauen* dominierten Frauenbewegung dar und andererseits die Debatten in der Behindertenbewegung.

Dass in den 1970ern Schwangerschaftsabbrüche zum zentralen Thema der Frauenbewegung wurden, war durchaus nicht unumstritten. So gab es etwa Zweifel an der Relevanz des Themas. Die Forderung nach Selbstbestimmung schwang zuerst implizit mit und wurde im Laufe der Jahre immer expliziter formuliert. Am Selbstbestimmungsbegriff gab es jedoch auch von verschiedenen Seiten Kritik, unter anderem aufgrund seiner individualisierenden Stoßrichtung. An den Debatten um die Einführung der embryopathischen Indikation in dieser Zeit beteiligten sich die nicht-behinderten Feministinnen gar nicht erst.

Auch für die Behindertenbewegung war der Selbstbestimmungsbegriff „ein wichtiger Abwehr- und Kampfbegriff" (S. 80). Die politische Praxis richtete sich auch auf den Ausbau von eigenen Strukturen wie ambulanten Diensten und Assistenzgenossenschaften, durch die die Behinderten selbstbestimmter leben konnten. In Bezug auf die Auseinandersetzungen um den §218 unterschied sich die Situation der behinderten Frauen von denen der Nicht-Behinderten: Während von den letzteren in der Regel verlangt wurde, jedes Kinder auszutragen, wurden den ersteren häufig nahegelegt Schwangerschaftsabbrüche durchführen zu lassen.

Selbstbestimmung nur in kollektiven Strukturen

Das Verständnis von PND und selektiven Schwangerschaftsabbrüchen als „originär gesellschaftspolitische […] Probleme" (S. 11) – wie Achtelik sie verhandelt – lässt insbesondere

für queer-feministische Bewegungen interessante Erkenntnisse zu. Besonders beeindruckend ist Achteliks Auseinandersetzung mit den historischen Debatten in der Frauen- und Behindertenbewegung: Es stimmt, dass komplexe und kontrovers geführte Bewegungsdebatten rückblickend vereinheitlicht werden, ein Narrativ die Oberhand gewinnt und der Rest zu oft dem Vergessen preisgegeben wird. Insbesondere die in Vergessenheit geratene historische Kritik am Selbstbestimmungsbegriff ist auch für die heutige Kritik – nicht nur – an selektiven Abtreibungen relevant: Selbstbestimmung kann nicht sinnvoll ohne Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen gefordert werden.

Die kapitalistischen, rassistischen und ableistischen Verhältnisse verhindern, dass Entscheidungen wirklich „selbstbestimmt“ getroffen werden können. Dem sollte eine kollektive Perspektive entgegen gesetzt werden, um der Individualisierung von gesellschaftlichen Problemen entgegen zu treten – sowohl in Bezug auf sexistische als auch in Bezug auf ableistische Phänomene. Dementsprechend ist eine Kritik an PID und PND bei gleichzeitiger Beibehaltung der Forderung nach der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen notwendig. Diese Kritik ist auch deshalb wichtig, um den „Lebensschützern“ nicht das Feld zu überlassen und deren sexistischen, ableistischen und rassistischen Positionen eine emanzipatorische entgegen zu setzen.

Ein politisch wichtiges und durch und durch empfehlenswertes Buch.

Kirsten Achtelik 2015:
Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung.
Verbrecher Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-95732-120-6.
223 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Charlie Kaufhold: Der Individualisierung gesellschaftlicher Probleme entgegen treten. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1356. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Der zentristische Liberalismus – die integrierende Geokultur des kapitalistischen Weltsystems

Immanuel Wallerstein
Das moderne Weltsystem IV
Der Siegeszug des Liberalismus (1789-1914)

Im vierten Band der Reihe „Das moderne Weltsystem" analysiert Wallerstein, wie und warum sich der Liberalismus im langen 19. Jahrhundert als Geokultur durchgesetzt und sowohl konservative als auch sozialistische Strömungen gebändigt hat.

Rezensiert von Christin Bernhold und Christian Stache

Der letzte von vier Bänden aus der Reihe „Das moderne Weltsystem" hebt sich von seinen drei Vorgängern ab: Zwar richtet der Autor seinen Blick in Anschluss an Band III auf das lange 19. Jahrhundert. Allerdings steht hierbei nicht die Fortsetzung der zyklenhaften und von struktureller Ungleichheit geprägten Entwicklung des Weltsystems im Mittelpunkt der Betrachtung. Stattdessen geht es im vorliegenden Band um etwas „in der historischen Entwicklung des modernen Weltsystems bis dahin noch nie dagewesen[es]: etwas, das wir seine Geokultur nennen" (S. 321).

Liberale Geokultur und politische Metastrategie

Wallerstein bezeichnet Ideen, Werte und Normen als Geokultur, wenn sie „im ganzen Weltsystem weitgehend geteilt werden" (S. 320). Im 19. Jahrhundert habe sich der zentristische Liberalismus gegenüber den beiden anderen „Hauptideologien des modernen Weltsystems" (S. 321), Konservatismus und Radikalismus, als Leitideologie durchgesetzt. Ideologien werden hier als „politische Metastrategien" (S. 15) „für den Umgang mit der Moderne" (S. 25) verstanden, die als kulturelles Erbe der französischen Revolution notwendig die Weltbühne betraten. Denn erstens bedurfte es nun, da politische Veränderungen zum Alltag gehörten, Begründungen für das Für und Wider des Wandels. Zweitens entstand ein Widerspruch zwischen der egalitären Rhetorik einerseits und der real existierenden politischen und ökonomischen Ungleichheit andererseits. Entsprechend wurden Strategien entwickelt, diesen Widerspruch zu übertünchen.

Der Konservatismus war die „erste ideologische Reaktion auf die geokulturelle Umgestaltung durch die Französische Revolution" (S. 16) und strebte danach, politische Veränderungen einzuschränken. Der Radikalismus wollte „den Fortschritt durch einen harten Kampf gegen alle Widerstände beschleunigen" (S. 25). Der Liberalismus gab vor, „wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit einer Verbesserung der Gesellschaft" (S. 130) erreichen zu können. Das Projekt der Liberalen war darauf ausgelegt, Veränderungen zum eigenen Vorteil zu kontrollieren, sozialistische Bestrebungen einzuhegen und damit letztlich das kapitalistische Weltsystem zu stabilisieren. Sowohl beim Aufbau liberaler Staaten und im Kampf um die politische Teilhabe in denselben als auch in den historischen Sozialwissenschaften hat der Liberalismus, wie Wallerstein an diesen drei Sphären aufzeigt, dieselbe Rolle gespielt: Er hat Konservatismus und Radikalismus gezähmt, praktisch in Ausdrucksformen seiner selbst verwandelt und sie damit letztlich entsorgt. „Die große politische Errungenschaft des Liberalismus von 1830 bis 1875", schreibt der Autor, war „die Bändigung der gefährlichen Klassen", während „seine große ideologische Errungenschaft die

Bändigung des Konservatismus“ (S. 167) war.

Die Bändigung der „gefährlichen Klassen“

Die zähmende Rolle des Liberalismus verdeutlicht Wallerstein zum Beispiel anhand der Arbeiter-, Frauen- und Minderheitenbewegungen, die allesamt die „Kehrseite der Einbeziehung aller Staatsbürger“ (S. 170) zu spüren bekamen: den Ausschluss aus der Staatsbürgerschaft. Das Credo „Gleiche Rechte für Alle“ galt im kapitalistischen Weltsystem stets nur für einen Teil der Gesellschaft, die Zugehörigkeit zu „Allen“ wurde in sozialen Kämpfen entschieden. „Die Dominierten organisierten sich“ (S. 180) im 19. Jahrhundert. Doch alle antisystemischen Bewegungen dieser Zeit wurden alsbald durch den Einfluss liberaler Kräfte eingedämmt.

In Frankreich kam es zum Beispiel zu ernsthaften Konflikten, nachdem 1824 der reaktionäre Karl X an die Macht gekommen war und sich gleichzeitig mit dem Konjunkturabschwung ab 1825 die soziale Situation im Land drastisch verschlechtert hatte. Die dreitägige Volksrevolution vom 27. bis zum 29. Juli 1830 wurde rasch vom Liberalismus der Restauration aufgefangen und führte zur aufgeklärten Julimonarchie unter Louis-Philippe. Auf ähnliche Weise setzten die britischen Liberalen 1832 die *Reform Bill* durch, die die Macht der Minister im Verhältnis zu den Abgeordneten schwächte und „die Mittelschicht scheinbar ins politische Leben integrierte“ (S. 94). Die Arbeiterklasse hat allerdings in England genauso wie in Frankreich nichts als Ernüchterung erfahren „und eine ungünstigere Stellung für die nächste Runde des Kampfes“ (S. 95) erhalten. Sobald die Mittelschicht „ihr *droit de cité* erlangt hatte, [legte sie] ihre Aufmerksamkeit sofort auf die Eindämmung der Forderungen der werktätigen Klassen“ (S. 103, Herv. Im O.).

Die Feuerprobe für die Dominanz des Liberalismus

1848 aber gipfelten die wachsenden Unruhen in der „ersten Weltrevolution des modernen Weltsystems“ (S. 188). Geographisch war diese zwar auf Europa beschränkt, Wallerstein interpretiert sie dennoch als Feuerprobe für die langfristige Dominanz der neuen Geokultur. Die „europaweite Revolution“ (S. 110) begann als Bedrohung des „internationalen liberalen Regimes“ (S. 117). Den Liberalen waren die Herrschaftssysteme erneut zu starr und illiberal geworden, sodass sie sich, de facto im Bündnis mit den Radikalen, gegen die Repräsentanten ihrer Regierungen auflehnten. Als sie erkannten, „dass die Unterschichten womöglich die Lage ausnutzen und das Ganze zu weit treiben könnten“ (S. 112), agierten sie 1848 wie schon 1830 und schlossen neue Bündnisse gegen den Feind von links. Die Radikalen erlitten dementsprechend „im Wesentlichen eine politische Niederlage“ (S. 188), während die Liberalen den Sieg davontrugen.

Nach 1848 war auch der Absolutismus in Europa endgültig eingedämmt, die aufgeklärten Konservativen hatten erkannt, dass der starke „Wohlfahrtstaat des *grand capitalisme*“ (S.132) hilfreich ist, um Kapital zu akkumulieren und es vor dem „Sturm der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse“ (S. 136) zu schützen. Radikale wie Konservative waren zu „bloßen Spielarten des zentristischen Liberalismus“ (S. 96) geworden. Die Zähmung der ArbeiterInnenbewegung und damit die Konsolidierung der liberalen Herrschaft gipfelten darin, dass „1914 alle sozialistischen Parteien für den Krieg stimmten (mit den Bolschewiki als besondere Ausnahme)“ (S. 201) und damit die imperialistische Politik der Zentren verteidigten. Die Liberalen der kapitalistischen Zentren gingen aus den Revolutionen des 19. Jahrhunderts mit gestärkten Staaten in den Händen hervor.

Der starke liberal-imperiale Staat

Ebenso wie die beiden anderen Ideologien, schreibt Wallerstein, habe der Liberalismus, trotz aller Behauptungen, gegen den Staat zu sein, nie antistaatliche Politik verfolgt. Im Gegenteil war er „immer die Ideologie eines starken Staates im Schafspelz des Individualismus“ (S. 24). Der Aufbau starker liberaler Staaten erfolgte zunächst in England und Frankreich. Unter britischer Hegemonie

gingen die beiden Länder ein „stillschweigendes aber tiefgehendes Bündnis ein“, eine „Entente Cordiale“, und untermauerten damit ihre Stärke nicht nur im Innern, sondern „auch innerhalb des Weltsystems“ (S. 24). Die aufgeklärte „Vorstellung eines Westens, der militärisch stark ist, wirtschaftlich dominiert und gegenüber dem wirtschaftlich rückständigen ‚unfreien Osten‘ die Fahne der individuellen Freiheit hochhält, sollte ein Muster für den Rest des 19. und 20. Jahrhunderts werden“ (S. 89). Das liberale *laissez-faire* blieb auch nach außen stets „eher Mythos als Realität“ (S. 122), wie Wallerstein etwa anhand der britischen Freihandelspolitik verdeutlicht. Von dieser profitierte England, weil es „damals in allem überlegen war: Handel, Finanzen und Industrie“ (S. 125). Die Briten waren an Offenheit aber nur in dem Maße interessiert, das ihren wirtschaftlichen Interessen diente. So gesehen ist Freihandel „auch nur eine Spielart des Protektionismus“. Denn er schützt „die Vorteile jener, die zu einer bestimmten Zeit wirtschaftlich effizienter sind“ (S. 142). Zudem ist der „Freihandelsimperialismus“ (S. 145) ein Mittel der informellen Kontrolle anderer Staaten, damit diese nichts unternehmen, dass der heimischen Industrie schaden könnte. Die liberale Haltung gegenüber dem Kolonialismus war ebenfalls rein rhetorisch. „Was den liberal-imperialen Staat auszeichnete“, fasst Wallerstein zusammen, „war seine Orientierung auf intelligente Reformen durch den Staat, die gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum (oder vielmehr die Akkumulation von Kapital) fördern und die gesellschaftlichen Klassen bändigen (indem man sie in die Bürgerschaft eingliederte und ihnen einen – wenn auch kleinen – Teil des Kuchens der imperialen Wirtschaft anbot)“ (S. 163).

Ein bedeutendes Werk mit einigen Schwächen

Die eindrückliche Darstellung der Dialektik des Liberalismus ist die große Stärke des vorliegenden Bandes. Sie birgt gleichzeitig aber auch diverse Schwächen.
Wallersteins „positive“ Konzeptualisierung von Ideologien als politische Projekte der Moderne – worunter er Liberalismus ebenso fasst wie Sozialismus –, gibt die Unvereinbarkeit von Ideologie und Wahrheit auf. Ideologie wird, anders als bei Marx, nicht als falsches Bewusstsein von den gesellschaftlichen Verhältnissen verstanden, das deren Veränderung im Weg steht. Ihre Definition ist hier vielmehr vom Anspruch auf Befreiung vollkommen getrennt. Gleichzeitig bleibt unterbestimmt, welchen Anteil Bewusstseinsbildung sowie politische und ökonomische Interessen und Praxis an der Herausbildung von Ideologien, wie Wallerstein sie versteht, haben. Deshalb bleibt er eine befriedigende Erklärung schuldig, warum Ideologien eine „außergewöhnliche Erfindung des 19. Jahrhunderts“ (S. 37) sein sollen.

Auch die Interpretation, dass die sozialen Kämpfe der „Dominierten“ gegen die „Dominierenden“ des 19. Jahrhunderts vorrangig als Kämpfe gegen den Ausschluss von den Privilegien der Staatsbürgerschaft zu verstehen seien, greift zu kurz. Dass diese Exklusion eine große Bedeutung hatte, steht außer Frage. Wallerstein lässt aber den Klassenwiderspruch, wie er sich aus der gesellschaftlichen, politisch-ökonomischen Struktur des Weltsystems ergibt, unterbelichtet. Genauer gesagt macht der Autor keinen qualitativen Unterschied zwischen dem politisch-*ökonomischen* Klassenwiderspruch und *politisch*-ökonomischen Herrschaftsverhältnissen. Letztere werden im vorliegenden Band vorrangig ohne Bezug zu ihrer ökonomischen Funktionalität erklärt. Analog dazu werden auch die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung und ihre Beziehung zu anderen sozialen Kämpfen als auf die „nationale Frage“ beschränkt dargestellt. Wallerstein meint sogar, der Blick derjenigen antisystemischen Bewegungen, die auf eine soziale Revolution fokussierten, sei notwendig „innerhalb der Nation“ (S. 188) verblieben – begründet diese Behauptung aber nicht.

In Band IV reproduziert sich damit eine Schwäche, die das Werk insgesamt durchzieht: Der Kapitalismus als historisch besondere Organisationsform gesellschaftlicher Arbeit und damit die Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehung zwischen Kapital und Arbeit spielen zwar eine Rolle – in Wallersteins Theorie jedoch stets eine untergeordnete. Das kapitalistische Weltsystem wird in erster Linie durch die ungleichen Beziehungen zwischen Zentrum, Peripherie und Semiperipherie bestimmt. Entsprechend bleibt auch die klassentheoretische Bestimmung der dominanten Akteure

des politischen Liberalismus unscharf.

Methodisch bleibt am Ende der Lektüre der vier veröffentlichten Bände die Frage offen, in welchem Verhältnis die zwei großen zyklischen Prozesse zueinander stehen, auf die Wallerstein sich in der Darstellung der Entwicklung des modernen Weltsystems bezieht – „der eine ist jener der Kontratjew-Zyklen, die jeweils rund fünfzig bis sechzig Jahre dauern – Zyklen des Wachstums und der Stagnation der Wirtschaft als Ganzes. Der zweite ist viel langsamer: Der Prozess des Aufstiegs und des Niedergangs von Hegemonialmächten im internationalen Staatensystem.“ (S. 320)

Der Vorhang zu und das Ende offen?

Nicht nur um der Klärung der genannten Fragen Willen bleibt zu hoffen, dass Wallerstein sein Werk fortsetzt. Es seien noch mindestens zwei Bände zu schreiben, um die weitere Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems zu analysieren, heißt es in der Einleitung zu Band IV. Offen bleibt vorerst leider auch, weshalb genau, wie Wallerstein in diesem Band behauptet, das kapitalistische Weltsystem im Laufe des 21. Jahrhunderts, „vielleicht bis 2015“, seinen „endgültigen Niedergang erfahren“ (S. 14) haben wird.

Immanuel Wallerstein 2012:
Das moderne Weltsystem IV. Der Siegeszug des Liberalismus (1789-1914).
Promedia, Wien.
ISBN: 978-3-85371-347-1.
416 Seiten. 27,90 Euro.

Zitathinweis: Christin Bernhold und Christian Stache: Der zentristische Liberalismus – die integrierende Geokultur des kapitalistischen Weltsystems. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016, Antiimperialismus global. 43/ 2017. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1355. Abgerufen am: 03. 01. 2019 11:17.

Notizen aus der Redaktion

Migrantische Arbeit

Z - Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 105, März 2016: Kapitalismus und Migration. 226 Seiten, 10 Euro.

Vermehrt betonen Linke den ökonomischen Hintergrund, vor dem sich die „Flüchtlingsdebatte“ abspielt. Nicht immer ist das sinnvoll, wie die jüngsten Einlassungen von Sahra Wagenknecht zu dem Thema zeigen. Nicht nur ihr sei das aktuelle Heft der Zeitschrift für marxistische Erneuerung empfohlen. Die Bandbreite der neun Beiträge zum Schwerpunkt „Kapitalismus und Migration“ ist beachtlich: Es geht um Fluchtursachen, die jüngsten Asylrechtverschärfungen, die Arbeit der Gewerkschaften, Globalisierung und Neoliberalismus. Der bereits 2009 erschienene und jetzt erstmals in deutscher Fassung vorliegende Beitrag von Jane Hardy zeigt zudem anhand der Beispiele USA und Großbritannien fundiert den Einfluss von Migration auf den Arbeitsmarkt auf: ein Zusammenhang, der keineswegs nur aus Perspektive der Kapitalseite betrachtet werden sollte. Zwar spiele migrantische Arbeit sowohl als „industrielle Reservearmee“ eine Rolle als auch als Mittel, um die Ausbeutungsrate zu erhöhen. Doch Hardy richtet sich gegen einen rein objektivierenden Blick: Migrantische Arbeiter_innen fänden sich bei Streiks, Gewerkschaftsgründungen und politischer Aktivität häufig in der ersten Reihe. Außerhalb des Schwerpunkts fällt besonders der Beitrag von Karin Fischer und Rudy Weissenbacher positiv auf, die präzise die wichtigsten Ansätze des Theorems vom ungleichen Tausch rekonstruieren. Es bleibt zu hoffen, dass die lesenswerte Ausgabe Eingang in aktuelle linke Debatten in Deutschland findet. (S. F.)

Ein Roman wie ein Fiebertraum

Sascha Macht: Der Krieg im Garten des Königs der Toten. DuMont 2016, 272 S., 19,99 Euro.

Zugegeben: Etwas schwindlig fühlt man sich durchaus nach den 270 Seiten von Sascha Machts Debütroman. Das macht aber nix. Am besten erst mal sacken lassen. Und dann das Ganze noch mal lesen. Denn mit „Der Krieg im Garten des Königs der Toten“ haben wir es mit einem ziemlich ungewöhnlichen und originellen Beitrag zur deutschen Gegenwartsliteratur zu tun. Erzählt wird die Geschichte von Bruno Hidalgo, dessen Hippie-Eltern sich einen Tag vor seinem Geburtstag aus dem Staub gemacht und den 17-Jährigen nicht nur seinem Faible für miese Horrorstreifen, sondern auch den revolutionären Umbrüchen in seiner Heimat überlassen haben. Bruno wohnt auf einer Aussteiger-Insel „an einem vergessenen Ende der Welt“, die in den 1940er Jahren durch Erdbeben infolge von Atomwaffentests des US-amerikanischen Militärs entstanden ist. Erschütternd, verstörend und, ja, auch ein bisschen verstrahlt, geht es auch im Roman zu. Denn auf seiner Reise zu den „Republikanischen Filmfestspielen“ der Insel begegnet der pubertierende Film-Nerd nicht nur allerlei merkwürdigen Gestalten (etwa einem kränklichen Deutschen, nur „der Preuße“ genannt, dem Kommandanten X Wohlff, der einst Filme wie „Der terroristische Mond“ drehte und nun für die Revolution kämpft, oder dem rätselhaften El Corazón, den Bruno nicht so einfach loswird, wie er es schnell möchte), auch verstrickt Bruno sich immer mehr in seine überhitzten Horrorfantasien. Erwachsenwerden als anarchistisches Chaos, Coming of age als Horrortrip, Jugend als einsames Partisanentum – so kann man den Roman gewiss lesen. Dabei besticht der Text weniger durch ausgeklügelte Figurenpsychologien oder einen stringenten roten Faden als vielmehr durch die düsteren, fantastischen Bilder, die er auf der inneren Leinwand der Leser_innen entstehen lässt. Story, Figuren, Setting: „Der Krieg im Garten des Königs der Toten“ liest sich wie die Ausgeburt eines schrillen Fiebertraums, bei dem Absurdität zum Programm und Prosa zum Verstörungsgenerator wird. (S. B.)

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2019 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere Kontaktseite erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.